

# Sezession

## Macht

Autorenportrait
Elias Canetti

Karlheinz Weißmann
Soft power

Erik Lehnert
Macht des Geistes

Felix Menzel
Skandalokratie

Manfred Kleine-Hartlage
Wie man putscht

48

Juni 2012
10 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (verantwortlich), Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann.

10. Jahrgang, Heft 48,
Juni 2012

*Sezession* erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 10 € zzgl. Versandkosten. Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 45 €, ermäßigt 30 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr. Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.



Manuskripte sind stets willkommen und sollten für einen Kurzbeitrag 8 500, für einen Grundlagenbeitrag 14 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 860 100 90
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

# zwischentag.de

von Götz Kubitschek

Wer behauptet, es sei der Staat mit seiner permanenten Feind-Inszenierung gegen Rechts, der die Straßentrupps der Antifa legitimiere, leidet weder an Paranoia, noch bedient er partei-politisches oder sonst irgendwie berechnendes Gejammer. Er beschreibt vielmehr den logischen Weg vom offiziellen Warnvokabular hin zur halb-offiziellen Zivilcourage: Keine Woche vergeht, in der nicht irgendwo in dieser Republik die gewaltsame Störung oder Verhinderung einer – im weitesten und unscharfen Sinne dieses Wortes – rechten Veranstaltung, die Denunziation einer Person oder das Hacken einer Internet-Seite zum zwar nicht legalen, jedoch aufgrund der Bedrohungslage verständlichen Widerstandsakt erklärt würde.

Ein Beispiel von Mitte Mai ist der Farbbeutel-Anschlag auf die Kirche der Piusbrüder-Gemeinde Stuttgart-Fellbach. Dort referierte der auch in diesem Heft wieder vertretene *Sezession*-Autor Manfred Kleine-Hartlage über das Thema »Zerstörung und Selbst-Zerstörung Europas« – Anlaß genug für eine jener alltäglich gewordenen antifaschistischen Aktionen, die wir Organisatoren solcher Vortragsveranstaltungen in unserer Planung immer schon mitberücksichtigen. Denn wir kennen es kaum anders und sind mittlerweile schon für das Banalste dankbar: für Räumlichkeiten, deren Vermieter nicht nach den ersten drei Drohanrufen von seinem Veranstaltungsvertrag zurücktritt; für den ungestörten Verlauf vor, während und nach einer Diskussion über die Identitätsstörung der Deutschen; für jeden neuen Referenten und Autor, der mit seinem guten Namen wiederum nur für das Banalste einzustehen bereit ist: für Fragestellung, Vortrag und Text.

Dieses Banalste ist nicht mehr das Selbstverständliche. In diesem Fall waren es die jungen Männer der Konservativen Aktion Stuttgart (www.konservative-aktion-stuttgart.de), die sich zwischen die beiden Backen einer Zange stemmten und sie auseinander drückten, um im Zwischenraum die freie Rede zu pflegen und das Eigentliche, das Wesentliche zu verhandeln.

Als die *Junge Freiheit* 1992 in Ravensburg zur 1. Sommeruniversität einlud, war der Ort nach zwei Tagen enttarnt, und am dritten Tag frühmorgens mußten sich die Teilnehmer absetzen, über den Bodensee ins Ausweichquartier. Die Stimmung war elektrisch, aber im Nachhinein wissen wir, daß wir uns damals schon an dieses ständige Aufspreizen der Zange gewöhnt haben und einen Teil unserer Gestimmtheit seither daraus beziehen: Im Zwischenraum den **Zwischentag** veranstalten – das ist es wohl, das ist schon viel, und wer dieses Sich-dazwischen-Klemmen für würde-, einfalls- oder aussichtslos hält, hat zwei Dinge nicht begriffen:

1. Die äußeren Bedingungen und die internen Möglichkeiten lassen mehr als solche zeitlich begrenzten Zwischenräume nicht zu;
2. Ein Zwischenraum ist kein Hinterzimmer, der **Zwischentag** kein Restprogramm, sondern das neue Wort für Widerborstigkeit und Waldgang. Das Institut für Staatspolitik (IfS) beispielsweise bezieht einen Gutteil seines Rufs daraus, daß es immer wieder Räume für solche Tage findet (manchmal besucht von so prominenten Teilnehmern wie jenen, die auf der nächsten Seite ihren Eindruck beschreiben).

»So Gott will, und die Alliierten nichts dagegen haben« – würde jetzt einer unserer Mitarbeiter sagen – können die Autoren der *Sezession* und ihre Leser, können rund dreißig andere Verlage, Zeitschriften, Projekte und Initiativen am 6. Oktober in Berlin einen großen **Zwischentag** miterleben und zu einem Ort der freien Rede machen. Es wird an diesem Samstag die erste Freie Messe Berlin geben, mit Ausstellern, Ständen, Begleitprogramm, Sitzecken, Stehtischen, Abendbuffet und einer nicht ganz kleinen Feier: An diesem 6. Oktober wird die 50. *Sezession* ausgeliefert.

Man wird den Tag über ein weitgefaßtes metapolitisches Milieu in seiner Differenziertheit und Vielgestaltigkeit an den Messeständen und im Rahmen des Begleitprogramms kennenlernen können. Es versteht sich von selbst, daß dieser Tag als organisatorisches und – ein mißbrauchtes Wort findet jetzt seinen Platz! – solidarisches Ereignis zu einem Erfolg werden muß: Zufrieden sind wir, wenn sich eintausend Gäste anmelden (davon wiederum dreihundert auch für den Abend, für das Buffet und die Feier zur 50. *Sezession*). Und wir wissen, daß diese erste Freie Messe Berlin ein **Zwischentag** sein wird, der endlich einmal nicht nur von einem einzelnen Projekt als Ort der freien Rede zwischen die Backen der Zange geklemmt werden muß.

Mehr ab jetzt unter **www.zwischentag.de**.

# In der Pampa

von Ernst Jünger

Mit M.L., F.M. und Doktor S. zu Besuch bei K.&K., die in einer bemerkenswert langweiligen Gegend wohnen. Gleich nach der Ankunft mißglückter Versuch eines Spaziergangs: Er geriet zu einem geometrischen Marsch entlang jener überdimensionalen Kanten eines Planquadrats, wie wir es von den Meßtischblättern der Artillerie-Beobachter kennen. Hier aber war es ein Feld, auf dem die Wintergerste stand und den Eindruck der Eintönigkeit noch verstärkte. Automobile donnerten in rascher Geschwindigkeit über die schmale Straße heran. Diese früh schon sichtbaren, dröhnenden Annäherungen lösten in mir den Wunsch aus, mich auf den Boden zu werfen und nicht der einzige Ziel- und Fixpunkt inmitten dieser freien Pläne zu sein. Jähe Erkenntnis: Hier ist nichts eingebettet, und der einzelne Baum ragt auf wie eine Landschaftsmarke, auf die sich einschießt, wer über Kanonen verfügt.



Am Nachmittag Vorträge über die »Macht«, unter der man auch hier vor allem den Zugang zum Machthaber versteht. Saß neben einem Studenten, der nicht zuhörte, sondern in einem jener Bücher las, die wir nicht vermissen, weil wir sie nicht kennen. Ich entlieh mir das Werk und blätterte darin, während vorn ein junger Mann den George-Kreis zu einem »schwulen Kringel« und den Künstler an sich zu einem »asozialen Egoisten« erklärte, heftig beklatscht von den Heißblütigeren unter den Hörern. Obwohl dies Diktum auch mich betraf, brachte ich mich vor dem darauffolgenden Handgemenge durch einen Sprung in eine der vielen Nischen in Sicherheit, die in die Wände des Raumes eingelassen sind. Dies trug mir Hohn ein von denen, die in derlei Ausbrüchen den eigentlichen Sinn von Zusammenkünften sehen. Ich erklärte mich indes zum Kenner der Tapferkeit und verwies auf meine Auszeichnung aus dem vorletzten Kriege. Doch belehrte man mich, daß die Aura solcher Symbole in dem Moment verblasse, in dem sie nicht erneut aufgeladen würde.

So trat ich unter denkwürdigen Umständen in den Orden jener Waldgänger ein, von denen niemals zwei in dieselbe Ecke passen.

# Unter Geächteten

von Ernst von Salomon

Es rief, und alle kamen: von Süden, von Westen, aus dem Herzen Deutschlands und aus seiner lahmen Hauptstadt, und es war, als sei ein geheimer Befehl an die jungen Männer ergangen, der sie wegrief von ihren Studiengängen und Trinkrunden. Man stieß auf den schnurgeraden Landstraßen beinahe zusammen und erkannte sich am Stil, denn die Sicht war weit, und der Blick war klar, und man wußte, daß dort, wo es sich drängte und kreuzte, die Gefahr am größten sein würde. Aber alles fand sich, und bald gingen Rufe hin und her durch den Gastraum: »Du auch hier?« – »Ja, auch ich, ich auch wieder mit dabei!«

Dann ging das Gerücht, daß Jünger selbst anwesend sei, und ein Hurra brandete auf, als man ihn auf einem der geteerten Feldwege in die wogende Weite eines Wintergerstenfeldes auf subtile Jagd ausgehen sah. Halb verschwand er in einem Graben, als ein Wagen der Unseren in rascher Fahrt zum Treffpunkt donnerte, aber dann sah man ihn wieder und prostete ihm aus der Ferne zu: »Auch Du ein abenteuerliches Herz, das, an unsichtbaren Fäden gezogen, den Weg zu uns fand!«



Später im Saal, als die Machtfrage gestellt wurde, war die Entscheidung schon gefallen. Wir waren ausgezogen, um an den Bruchlinien Wacht zu halten, aber der Bodensatz verspottete uns, während die Bürger Gewinn und Verlust sinnenden Hauptes erwogen. Hatte uns der Staat auch verraten, hatte uns das Volk auch verkannt – Deutschland wußte um uns, Deutschland war da, wo wir waren, lebte, wo wir lebten, glühte, wo wir um jedes Wort, jede Deutung, jede Stimmung rangen, und was am Ende den Tumult auslöste, war uns einerlei, als wir uns über die anderen warfen und sie mit Stühlen einkeilten, um Genugtuung zu fordern.

Selbst Jünger, der mit kaltem Blick die Ringenden wie Käfer studierte, geriet noch in Bedrängnis. Dann war es Thorsten, der uns Einhalt gebot und in die Stille hinein die Frage stellte: »Sind wir nicht alle Geächtete?«

Dem konnte keiner widersprechen, und als sich zaghaft noch eine Stimme aus der Mitte vernehmen ließ, wurde sie zum Schweigen gebracht.

**Die Einen:** Der Kultur- und Medienbetrieb zementiert durch Förder- und Rezensionskartelle ein wirklichkeitsfremdes Weltbild. **Die Anderen:** Immer wieder gelingt es unabhängigen Verlegern und Publizisten, brachliegende Felder zu bearbeiten und Leuchttürme der freien Rede zu bauen. **Die Methode:** Zwischenräume besetzen und ausdehnen. **Die Anfechtung:** Man könnte radikal werden nach so vielen Jahren; man könnte aufgeben nach so vielen Jahren; man könnte auf die Idee kommen, daß alle anderen recht haben. **Das Gegengift:** Ein Großereignis, ein kraftvoller, mächtiger Beweis für die Vielgestaltigkeit und die Anziehungskraft eines Milieus, dem nichts, aber auch gar nichts geschenkt wird. **Der Zwischentag:** Am Samstag, den 6. Oktober findet die 1. Freie Messe Berlin unter dem Namen »zwischentag« statt. 30 Aussteller sind angemeldet, 20 Vorträge organisiert, 1000 Karten sind verfügbar, 300 davon gelten auch für die abendliche Feier mit Buffet. **Das Jubiläum:** Anlaß ist das Erscheinen der 50. Sezession. Die Idee indes reicht weit über dieses Jubiläum hinaus.

# zwischen tag.de

## FREIE MESSE BERLIN 6. X. 2012

**Die Messe ist von 10 bis 18 Uhr für Besucher geöffnet, für Teilnehmer mit Jubiläumskarte bis 21 Uhr.**

**Anmeldungen sind ab sofort möglich.**

**Messekarte:** 25 EUR (inkl. 15 EUR Messegutschein)
ermäßigt: 15 EUR (inkl. 10 EUR Messegutschein)
**Jubiläumskarte:** 55 EUR (inkl. 15 EUR Messegutschein und Abendbuffet)
ermäßigt: 35 EUR (inkl. 10 EUR Messegutschein und Abendbuffet)

**zwischentag**
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
tel/fax: 034632-909 41
anmeldung@zwischentag.de
www.zwischentag.de

# Uniform oder Kostüm?

von Arthur East

Podiumsdiskussion über die Kampfbereitschaft der im Ausland eingesetzten Bundeswehrverbände in einer Führungseinrichtung der Bundeswehr, bestückt mit Experten aus dem In- und Ausland. Ein Gast mit langjähriger Auslandserfahrung forderte, die Bundeswehr müsse sich wieder um eine »Kultur des Kämpfens« bemühen – und stieß damit auf große Zustimmung im Publikum. Die Veranstaltung lief danach zwar nicht aus dem Ruder, geriet aber zu einem unbeabsichtigten Exkurs in die tiefenpsychologischen Abgründe der deutschen Neurose und der Deutungsmacht im Land. Ein anderer Teilnehmer nämlich, bekennender Wehrdienstverweigerer und zugleich Experte für Sicherheitspolitik, fiel dem Redner sofort ins Wort und betonte, daß eine solche Aussage nicht nur »hochproblematisch« sei, sondern auch »äußerst gefährlich«.

Auf die Frage des Moderators, ob der Redner eine Zwischenfrage erlauben und auf den Einwurf eingehen wolle, antwortete dieser, daß er den inhaltlichen Einspruch des Kollegen keinesfalls für wichtig halte, hochinteressant hingegen die Körperhaltung des Publikums, nachdem sein Plädoyer für eine »Kultur des Kämpfens« als »gefährlich« eingestuft worden sei. In diesem Moment hätten die Zuhörer wie auf Kommando die zustimmenden Signale »abgeschaltet« und eine neutrale bis erschrockene Körperhaltung eingenommen. Das bedeute, daß die Bezeichnung »gefährlich« als ernstzunehmendes Gefahrensignal verstanden worden sei: Er, der »Sender« einer politisch inkorrekten Botschaft, sei markiert worden, und sie, die »Empfänger«, hätten ihre spontanen positiven Gesinnungsbekenntnisse sofort eingestellt und sich im Wortsinne »klein« gemacht, um nicht in Verdacht zu geraten, der gleichen unerwünschten Meinung zu sein. Er selbst kenne diesen Reflex als eine Auswirkung der sogenannten »Herrschaft des Verdachts«: Wem Sozialprestige und Karriere lieb seien, der habe soeben verstanden, daß sich beides nicht mit zu starker Zustimmung zu einer politisch unerwünschten Äußerung vertrage. Ihn fasziniere die seltene Einförmigkeit einer Reaktion deshalb so sehr, weil er doch Angehörige einer Armee vor sich habe, deren Aufgeklärtheit und staatsbürgerlicher Pluralismus bei jeder Gelegenheit hervorgekehrt würde. Im übrigen aber bleibe er bei seiner ursprünglichen Aussage und wolle darüber hinaus folgendes harte Urteil zu Protokoll geben: Die Leitidee des »Bürgers in Uniform« habe der Bundeswehr ein Offizierkorps beschert, das – schlimmer als in mancher Diktatur, deren einige er kennengelernt habe – geistig die Machtlosigkeit uniformierter Handlungseunuchen besitze. Dies sei kein Vorwurf, sondern eine Diagnose.

Es war nach diesen Worten peinlich still im Saal: Feigheit (nicht im Gefecht, sondern aus Sorge um die Karriere in einer Institution) verhinderte eine Aussprache über diesen wunden Punkt und die ungeheuerliche Feststellung.

Im Anschluß gab es den obligatorischen Häppchen-Empfang. Dennoch geriet auch hierbei der Comment durcheinander, denn die Diskussion ging in die nächste Runde. Etliche deutsche Teilnehmer hatten sich auf dem Weg zum Speisesaal beim »Delinquenten« bedankt und vorsichtig ihre Zustimmung, zumindest nonverbal, zum Ausdruck gebracht. Um den »Ankläger« standen etwas abseits zwei Obristen und schwärmten von ihren außerordentlich positiven Erfahrungen mit Frauen in Kampfeinheiten. Um den »Delinquenten« sammelten sich hingegen die ausländischen Teilnehmer und aus der Bundeswehr die Jüngeren, Angehörige der zwar nicht offiziell, jedoch im Jargon als »Einsatzarmee« bezeichneten Einheiten. Man sprach englisch, und die Bundeswehroffiziere hörten der von allen nationalmasochistischen Banden befreiten Diskussion über die Diskussionskultur aufmerksam zu. Der »Delinquent« erklärte die moralphilosophischen Schwächen und sicherheitspolitischen Gefahren jeglicher Denk- und Sprechverbote. Auch der inflationäre Einsatz einer »Nazi-Warnsprache« sei bedenklich. Sie basiere auf Assoziationsketten und Reflexen, die zwangsläufig zu Mißtrauen und Denunziation führten. Dies hörte einer der Obristen, und um Schlimmeres zu vermeiden, schlenderte er kauend zu der größeren Gruppe. Er sei selbstverständlich und ausdrücklich für den freien Gedankenaustausch, wolle bei dieser Gelegenheit aber noch einmal betonen, wie wichtig es neben aller freien Rede und Aussprache sei, bei solchen Veranstaltungen jeglichen Eindruck der »Kriegsverherrlichung« zu vermeiden.

Der »Delinquent« war daraufhin sprachlos – immerhin »ein Stück weit« nur, denn dann sammelte er sich und brachte den Abend zu Ende: Es sei die Generation seiner Großväter gewesen, die den Großvätern seiner heutigen Gastgeber den Krieg aus der Überzeugung heraus erklärt hätte,

daß dies notwendig sei. Manchmal habe er bei Vorträgen in Deutschland das Gefühl, daß die Generation der Enkel sich nun dadurch räche, daß sie anderen mit erhobenem Zeigefinger und einem fast schon militanten Pazifismus bei jeder Gelegenheit den Frieden erklären wollte. Sie griffen dabei auch häufig Behauptungen an, die keiner aufgestellt habe. Seine Kameraden hier würden das nicht gerne zugeben, aber sie schlössen zu Beginn von Sicherheitskonferenzen untereinander manchmal Wetten ab, welcher der anwesenden deutschen Offiziere sich als erster grundlos zum Thema »Menschenrechte« äußern werde – und zwar nicht, weil ihm die Menschenrechte wichtiger seien als den Nichtdeutschen (auch wenn dies jedesmal die implizite Unterstellung sei), sondern weil es ihm zwanghaft wichtig erscheine, der Welt zu zeigen, daß er – der Enkel grandioser Soldaten – nun der grandiose Gandhi und allen anderen moralisch überlegen sei. »Friedensjochen« laute der Spitzname, den man diesem je ersten deutschen Menschenrechtsoffizier dann für die Dauer der Tagung verleihe.

Sicherheitspolitisch spielten die Deutschen um ihren »Friedensjochen« eine peinliche Rolle. Ihre Offiziere müßten Einsatzbesprechungen in Afghanistan verlassen, weil von ihnen mit keinem Beitrag zu rechnen sei. Den hier anwesenden deutschen Soldaten könne diese Abwertung doch keinesfalls schmecken. Denn nur Feldgeistlichen könne man die Wirklichkeitsverweigerung gerade noch durchgehen lassen, als Offizier jedoch sei eine Verpflichtung auf die Realität bereits im Berufsbild angelegt: ohne sie keine Erfüllung des Auftrags. Es sei selbstverständlich besser, kämpfen zu können und es nicht zu müssen, als kämpfen zu müssen und es nicht zu können. Er selbst könne einfach nicht verstehen, wie in einer Armee der Blick auf Sozialprestige und Karriereperspektiven einen Offizier dazu bringen könne, gesinnungspolitisch zu manövrieren und vorauseilenden Gehorsam zu praktizieren. Damit verschiebe sich der Schwerpunkt der Diskussion von der Sach- auf die Appellebene, was bedeute, daß der »Bürger in Uniform« ständig am Soldaten vorbeirede.

Natürlich könne er – und damit wolle er zu einem Ende kommen – gänzlich falschliegen, und man sehe in der deutschen Armee die Sache tatsächlich so, wie dies vorhin zum Ausdruck gekommen sei. In diesem Fall würde er ab sofort nicht mehr unter Soldaten, sondern unter Zivilisten stehen, und er habe sich dann in der Tat einer Sprache bedient, die man außerhalb einer Kaserne nur schwer verstehen könne. Wunderlich sei aber, daß sich diese Zivilisten als Soldaten verkleidet und Führungsaufgaben übernommen hätten. Die Kriegsgeschichte sei voller tragischer Ereignisse, bei denen solche Entscheidungsträger ihre Ideologie vor die soldatische Vernunft gestellt hätten. Es sei schade um das viele Blut, das von solchen Idioten vergossen worden sei. Als Zuchtanstalt für derlei könne er das »Zentrum Innere Führung« in Koblenz ausmachen. Dort habe er einem Seminar für soldatische »Betreuungslotsen« beiwohnen müssen, in dessen Verlauf ein Stabsfeldwebel einen Hauptfeldwebel im Arm gehalten habe wie eine Mutter ihr Kind. Eine Kamera sei mitgelaufen. Ihm aber hätten die Worte gefehlt.



© dpa

# Masse und Macht – über Elias Canetti

von Martin Lichtmesz

Deutsch war nach Spaniolisch (das »Judenspanisch« der Sepharden), Bulgarisch und Englisch erst die vierte Sprache, die Elias Canetti erlernte. Genauer gesagt, wurde sie ihm von seiner Mutter gewaltsam eingepflanzt, mit einer Methode, deren Erfolg ihm noch Jahrzehnte später unfaßbar erschien. 1913 war Canetti acht Jahre alt, der Umzug der Familie von England nach Wien stand unmittelbar bevor. Seine Mutter las ihm eine erkleckliche Anzahl deutscher Sätze vor, übersetzte sie rasch ins Englische und befahl ihm, sich bis zum nächsten Tag ihren Sinn zu merken, untersagte jedoch, sie nachzuschlagen. Jedes Gedächtnisversagen wurde mit verächtlichem Hohn bestraft. Es hing viel an dieser Sprache: In ihr führten die Eltern ihr intimes »Liebesgespräch«, das die Kinder ausschloß und das mit dem frühen Tod von Canettis Vaters verstummt war. Nach qualvollen Wochen war Canetti endlich in den Arkanbereich vorgedrungen: Er wurde nun endgültig zum Thronfolger des Verstorbenen an der Seite einer besitzergreifenden, genial-neurotischen Mutter.

»Die Sprache meines Geistes wird die deutsche bleiben, und zwar weil ich Jude bin. Was von dem auf jede Weise verheerten Land übrig bleibt, will ich als Jude in mir behüten. Auch ihr Schicksal ist meines; aber ich bringe noch ein allgemein menschliches Erbteil mit. Ich will ihrer Sprache zurückgeben, was ich ihr schulde. Ich will dazu beitragen, daß man ihnen für etwas Dank hat.«

Elias Canetti: *Die Provinz des Menschen*

Elias Canetti, geboren als Sohn sephardischer Juden am 25. Juli 1905 im bulgarischen Rustschuk (heute: Russe), wo das Osmanische Reich an das Königreich Rumänien grenzte, wurde zu einem der bedeutendsten Schriftsteller deutscher Zunge im 20. Jahrhundert. 1981 erhielt er den Literaturnobelpreis. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er neben Rustschuk in Manchester, Zürich und Frankfurt am Main, den größten Teil seines erwachsenen Lebens in London und wiederum in Zürich. Die prägende Stadt für Leben und Werk war allerdings Wien, wo er von 1913 bis 1916 und von 1924 bis 1938 lebte, ehe ihn der Nationalsozialismus in die Emigration zwang.

In Wien machte Canetti Bekanntschaft mit Robert Musil, Hermann Broch, Franz Werfel und Alban Berg; er verfiel der »Diktatur« des wortgewaltigen Karl Kraus, freundete sich mit dem Bildhauer Fritz Wotruba an und lernte seine spätere Ehefrau, die acht Jahre ältere Veza Taubner-Calderon kennen, die ebenfalls sephardischer Abstammung war. Der junge Canetti, der ohne innere Teilnahme Chemie studierte und sich nur langsam zur dichterischen Berufung vorantastete, war ein Mensch voller extremer innerer Spannungen, mit einer gut verborgenen, aber heftigen Empfindsamkeit, einer scharfen sinnlichen Wahrnehmung und einem ebenso scharfen Verstand. Von seinem Studentenzimmer in Wien-Hacking aus konnte er bis nach Steinhof blicken, einem psychiatrischen Komplex aus unzähligen Pavillons, in deren Mitte die goldene Jugendstilkuppel der Otto-Wagner-Kirche glänzte. Diese »Stadt der Irren«, die angeblich Tausende Einwohner zählte, war ihm ein Spiegel für die Labyrinthe und Gefährdungen seiner eigenen Seele. »Ich war voll von Fragen und Chimären, Zweifeln, bösen Ahnungen, Katastrophenängsten, aber auch von einem unheimlich starken Willen, mich zurechtzufinden, die Dinge auseinanderzunehmen, ihre Richtung zu bestimmen und sie dadurch zu durchschauen.«

Als »Frucht des Feuers« entstand sein erster großer Wurf: der Roman *Die Blendung,* der 1935, vier Jahre nach seiner Niederschrift, mit einem von Alfred Kubin gestalteten Einband erschien. Es ist ein Werk wie Feuer und Eis, von einer zuweilen unerträglichen Intensität, das gleichzeitig extrem zuspitzend wie kalt sezierend dem selbstzerstörerischen Wahnsinn seiner Hauptfigur, dem kauzigen Sinologen und Büchermenschen Kien (zunächst: Kant), bis ins mikroskopische Detail folgt. *Die Blendung* war Exorzismus und Auto-da-fé zugleich für den jungen Autor: »Im Herbst 1931 legte Kant Feuer an seine Bibliothek und verbrannte mit seinen Büchern. Sein Untergang ging mir so nahe, wie wenn es mir selber geschehen wäre. Mit diesem Werk beginnt meine eigene Einsicht und Erfahrung.«

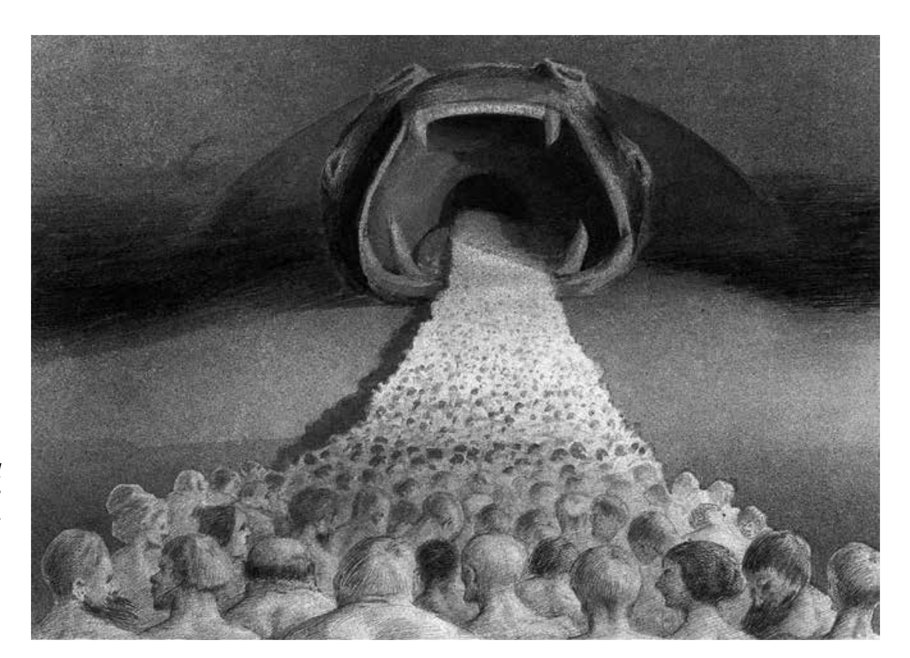


Aber noch an einer anderen entscheidenden Stelle hatte sich ihm in Wien die bedrohliche »Entzündbarkeit der Welt« offenbart. Am 15. Juli 1927 wurde Canetti Zeuge eines Ereignisses, das zu einem der einschneidendsten seines Lebens wurde. Am 30. Januar des Jahres war es im burgenländischen Schattendorf zu einem Zusammenstoß der rechten »Frontkämpfervereinigung« mit den sozialdemokratischen »Schutzbündlern« gekommen. Dabei wurden ein achtjähriges Kind und ein Kriegsinvalide von den Kugeln der »Frontkämpfer« getötet. Als im Juli die Presse das »gerechte Urteil« des Freispruchs der Angeklagten verkündete, kam es in Wien zu einem heftigen Tumult, in dessen Folge der Justizpalast brannte und 89 Demonstranten dem Eingreifen der Polizei zum Opfer fielen. Canetti hatte die Ereignisse aus nächster Nähe miterlebt und wurde selbst in den Prozeß der eskalierenden Massenbildung hineingerissen, der zu Tod und Zerstörung führte. »Ich wurde zu einem Teil der Masse, ich ging vollkommen in ihr auf, ich spürte nicht den leisesten Widerstand gegen das, was sie unternahm.« Das Thema der Masse, das ihn schon seit früher Jugend beschäftigte, kristallisierte sich nun im Trauma dieses »hell-erleuchteten, entsetzlichen Tages«, der die empirische Grundlage für sein Hauptwerk, *Masse und Macht,* bereitete, das nach jahrzehntelanger Arbeit im Jahre 1960 erschien und seinen Weltruhm sicherte. »Was ich in weit auseinanderliegenden Quellenwerken suchte, hervorholte, prüfte, herausschrieb, las und wie unter Zeitlupe wiederlas, konnte ich gegen die Erinnerung an dieses zentrale Ereignis halten, die frisch blieb, was immer auch später in größerem Maßstab geschah, mehr Menschen einbezog und für die Welt folgenreicher war.«

*Masse und Macht* geriet zur einzigartigen dichterischen Synthese aus anthropologischem, mythischem, ethnologischem, psychologischem Material, die sich sowohl der Moralisten- als auch der Entlarverpose enthielt. »Masse« und »Macht« waren für Canetti brennende, schreckliche Rätsel, existentielle Erschütterungen, denen er mit dem Schild und Schwert seiner luziden Sprachgewalt stoisch entgegentrat. In der Masse schlug die natürliche Berührungsfurcht des Menschen in ihr Gegenteil um, in eine Art Verschmelzungswonne, aus der eine neue, den einzelnen verschlingende und übersteigende Entität hervorging, ein gefräßiges, in ständiger dynamischer Verwandlung begriffenes Untier, ein raumgreifendes Gebilde, das wächst, mitreißt, ansteckt, verdichtet, polarisiert, das wie ein Fluß über seine Ufer tritt, zerstört, nivelliert, überschwemmt und egalisiert, das sich auf seinem Höhepunkt entlädt und jäh wieder zerfällt. Die Masse kann von einem Führer oder Demagogen aufgestachelt und dirigiert werden, aber auch eine eigene zielgerichtete Schwarmintelligenz entwickeln, sie kann als »Hetzmasse« im Pogrom, als »Fluchtmasse« angesichts einer Gefahr, als »Verbotsmasse« im Streik oder als »Umkehrungsmasse« in der Revolution auftauchen. In ihrer Urform tritt sie als »Meute« bei der Jagd, im Krieg und der kollektiven Klage auf. Sie kann handfest real sein wie auch im rein Imaginären wirken als religiöse oder wahnhafte Vorstellung von unsichtbaren Dämonenscharen oder den Totenheeren der Ahnen. Auf der Ebene der Symbole erscheint sie im Bild des Waldes, des Korns, des Sandes, als Meer oder Feuer.

»Die waghalsigsten Träume früherer Machthaber, denen das Überleben zur Passion und zum Laster geworden war, erscheinen heute dürftig. Die Geschichte gewinnt plötzlich, von uns aus erinnert, ein harmlos behagliches Gesicht. Wie lange hat es damals alles gedauert, und wie wenig gab es auf einer unbekannten Erde zu vernichten! Heute liegt zwischen Beschluß und Wirkung nicht mehr als ein Augenblick. Was Dschingis Khan! was Tamerlan! was Hitler! – an unseren Möglichkeiten gemessen, klägliche Lehrlinge und Stümper!«

Elias Canetti: *Masse und Macht*



*Ohnmächtig und schuld daran? Alfred Kubin: Ins Unbekannte, o.J.*

Um aber das Verhältnis der Masse zur Macht zu erfassen, setzte Canetti an den nackten physischen Grundlagen des Menschseins an. Der Mensch muß sterben und weiß darum; er muß andere Lebewesen töten und sich einverleiben, um sein Überleben zu sichern, er weiß aber auch, daß er sich seinerseits in ständiger Gefahr befindet, getötet und einverleibt zu werden. Dieser Lage Herr zu sein, als Töter und nicht als Getöteter aus ihr hervorzugehen, das bedeutet Macht, und dies ist das düstere Arkanum, das den Sozietäten der Menschen auch in ihren kompliziertesten und verfeinertsten Formen zugrunde liegt. Canetti findet den Schatten dieses Fluchtpunkts in den kleinsten Gesten der sozialen Distanz und Nähe, der Unterwerfung und der Überhöhung wieder. Selbst die Körperstellungen des Menschen, wie Sitzen, Stehen, Liegen, Hocken und Knien, spiegeln Aspekte der Macht- und Machtlosigkeit wieder. Jedes Mehr oder Weniger bedeutet letztlich ein Mehr oder Weniger an Leben oder Tod.

»Masse« und »Macht« werden also durch Canettis eigentlichen Hauptfeind, den Tod, miteinander verbunden, dem er sein beinahe 90 Jahre währendes Leben mit unversöhnlichem Haß gegenüberstand, Auge in Auge, unter bewußtem Verzicht auf metaphysische Tröstungen. Der plötzliche, unerklärliche Tod seines erst 31jährigen Vaters Jacques war die Urszene und das Urtrauma dieser lebenslangen Besessenheit. Die Autorschaft bot die Möglichkeit eines heroischen Widerstandes und Protestes durch das Wort, aber auch einer Art von Unsterblichkeit, die dem Überleben seinen »Stachel« nahm. Denn dieser tiefste Trieb des Menschen ging immer auf Kosten der Toten, der anderen, die man hinter sich zurückließ oder die selbst getötet werden mußten, und kaum ein Mensch zögert, die anderen diesen Preis bezahlen zu lassen. Das Werk des Schriftstellers aber, das sein zeitliches Ich überdauert, seine Welt und ihre Menschen den Nachgeborenen bewahrt, überwindet dieses Verhängnis, ist das »genaue Gegenbild jener Machthaber, bei deren Tod ihre Umgebung mitsterben muß, damit sie in einem jenseitigen Dasein der Toten alles wiederfinden, woran sie je gewöhnt waren. Durch nichts wird ihre tiefinnerliche Ohnmacht furchtbarer bezeichnet. Sie töten im Leben, sie töten im Tod, ein Gefolge von Getöteten geleitet sie ins Jenseits.«

»Nichts fürchtet der Mensch mehr als die Berührung durch Unbekanntes. Man will sehen, was nach einem greift, man will es erkennen oder zumindest einreihen können. Überall weicht der Mensch der Berührung durch Fremdes aus. Nachts oder im Dunkel überhaupt kann der Schrecken über eine unerwartete Berührung sich ins Panische steigern. Nicht einmal die Kleider gewähren Sicherheit genug: wie leicht sind sie zu zerreißen, wie leicht ist es, bis zum nackten, glatten, wehrlosen Fleisch des Angegriffenen durchzudringen. Alle Abstände, die die Menschen um sich geschaffen haben, sind von dieser Berührungsfurcht dikiert.«

Elias Canetti: *Masse und Macht*

Canettis pessimistische, ja düstere Vision zeichnet die Menschheitsgeschichte als ein ewiges Schlachtfeld, auf dem verängstigte menschliche Tiere ihre Todesfurcht dadurch bezwingen, daß sie andere Tiere töten. Je größer die Massen sind, die sie überleben, aus dem Weg räumen, sich einverleiben und töten, um so fester wähnen sie den eigenen Tod im Zaum zu halten. »Der Augenblick des Überlebens ist der Augenblick der Macht. Der Schrecken über den Anblick des Todes löst sich in Befriedigung auf, denn man selbst ist nicht der Tote. Dieser liegt, der Überlebende steht. Es ist so, als wäre ein Kampf vorausgegangen und als hätte man den Toten selbst gefällt. Im Überleben ist jeder des anderen Feind, an diesem elementaren Triumph gemessen, ist aller Schmerz gering.« Die Verfügungsgewalt über Leben und Tod hat dem Menschen immer wieder die eksta-

tischen Glücks- und Allmachtsgefühle eines Gottes verschafft. Sie ist die Essenz der Macht schlechthin. Daraus folgt: »Der Tod als Drohung ist die Münze der Macht«, am augenfälligsten ausgedrückt im militärischen Befehl, der im Ausführenden einen seelischen »Stachel« zurückläßt, der auf seine Weiterreichung wartet, was verheerende Folgen haben kann. Canetti stand der Figur des Überlebenden, vor allem des sogenannten »Helden«, mit der tiefsten Skepsis, wenn nicht Verachtung gegenüber: Dieser war für ihn letzten Endes nicht mehr als der siegreiche Töter, weniger von Heroismus als von Habgier getrieben. Hieraus folgte auch seine tiefe Abneigung gegen alles Militärische, Soldatische und Kriegerische. Ernst Jünger hatte in den Schützengräben des Weltkriegs, im »Kampf als innerem Erlebnis«, die Erfahrung dieses ungeheuerlichen und unwahrscheinlichen Überlebens gemacht, das den Menschen an den Rande des Wahnsinns und der Hybris bringen kann. Er entstieg dem millionenfachen Schlachten mit dem beinah mystischen Bewußtsein der Unzerstörbarkeit des Lebens, nicht zuletzt seines eigenen. Canetti sah in solchen Epiphanien lediglich einen narzißtischen Rausch, das inflationär potenzierte und zu Kopf steigende Glück, das man – frei nach Aristoteles – empfindet, wenn der Pfeil im Krieg den Nebenmann trifft. Das solchermaßen überlebenstrunkene Ego wird aber ein böses Erwachen haben, wenn der Rausch nachläßt. Der Moment des Überlebens kann zur Sucht werden, deren Befriedigung stetig wiederholt und gesteigert werden muß. *Masse und Macht* sucht die Essenz des »Machthabers« in besonders extremen Beispielen wie afrikanischen und orientalischen Despoten oder in den Phantasien des berühmten Psychotikers Schreber, der in vielerlei Hinsicht wie ein geistiger Vorläufer Hitlers erscheint.

Der Paranoiker ist für Canetti die konsequente Zuspitzung des Machthabers: Er fühlt sich von Feinden umzingelt, deren Zahl unermeßlich und unerschöpflich ist, und die mit entsprechenden Methoden bekämpft werden müssen. Hier tritt aber auch die »tiefinnerliche Ohnmacht« noch des mächtigsten Herrschers vor dem letzten großen unsichtbaren Gegner, dem Tod, zutage. Von Pascal stammt das Bild des Königs, den die Betrachtung seiner Königswürde nicht über das menschliche Unglück und die Hinfälligkeit des Daseins hinwegtrösten kann; am Ende bedarf er der lächerlichsten Zerstreuung wie jeder andere Mensch auch. Canetti bringt ein noch eindrücklicheres Bild. Er zitiert den Bericht des mittelalterlichen arabischen Reisenden Ibn Batuta über Muhammad Tughlak, den Sultan von Delhi: Als dieser eines Tages anonyme Schmähbriefe erhielt, die nachts über die Palastmauern geworfen wurden, beschloß er, ganz »Delhi in Trümmer zu legen, und nachdem er allen Einwohnern ihre Häuser und Wohnstätten abgekauft und den vollen Preis dafür gezahlt hatte, befahl er ihnen, nach Dalautabad zu ziehen, das er als seine Hauptstadt einrichten wollte.« Als sich die Bewohner weigerten, ließ er an einem Krüppel und einem Blinden ein Exempel statuieren: Der eine wurde mit einem Katapult über die Stadtmauern geschossen, der andere nach Dalautabad geschleift, bis nach vierzig Tagen Reise nur sein Bein übrigblieb. Nun verließen die Einwohner fluchtartig die Stadt. »So vollkommen war die Zerstörung, daß nicht eine Katze, nicht ein Hund in den Gebäuden der Stadt, in den Palästen oder Vororten zurückblieb.« Der Sultan aber stieg auf das Dach seines Palastes und blickte über das menschenleere und verödete Delhi, »wo kein Feuer, kein Rauch, kein Licht zu sehen war«, und sagte: »Jetzt ist mein Herz ruhig und mein Zorn beschwichtigt.«

*Masse und Macht* ist voll mit grausig-absurden Pointen dieser Art. Canetti machte jedoch unmißverständlich deutlich, daß all dies nicht bloß Negerkönige und Geisteskranke betraf, sondern auf Dispositionen verwies, die auch im vermeintlich zivilisierten Menschen der Moderne latent schlummern und jederzeit auf furchtbare Weise ausbrechen können. Es war nicht nötig, allzuviel Worte über die noch frisch ins Gedächtnis gebrannten Schrecken der totalitären Diktaturen mit ihren kollektiven Hysterien und Hexenjagden, ihren Kriegen und Vernichtungslagern zu verlieren: Auch sie waren im Grunde nichts Neues unter der Sonne, sondern nur besonders entsetzliche, vom technischen Zeitalter gesteigerte Auswüchse der in ihrer Tiefe unveränderlichen, prähistorischen Seele des Menschen. Die Lektüre von *Masse und Macht* gleicht einem Kälteschock, der den Leser zwingt, seine eigene Stellung in der Welt, ja seinen eigenen Lebenssinn von Grund auf neu zu überdenken.


Bibliographie (Auswahl):

*Die Blendung,* Wien 1936;

*Masse und Macht,* Hamburg 1960;

Dramen: *Hochzeit, Komödie der Eitelkeit, Die Befristeten,* München 1964;

*Die Stimmen von Marrakesch,* München 1968;

*Die Provinz des Menschen. Aufzeichnungen 1942–1972,* München 1973;

*Die gerettete Zunge. Geschichte einer Jugend,* München 1977;

*Die Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1931,* München 1980;

*Das Augenspiel. Lebensgeschichte 1931–1937,* München 1985;

*Die Fliegenpein. Aufzeichnungen,* München 1992.

# Soft power – sanfte, flexible, subtile Macht

von Karlheinz Weißmann

*Soft power* ist einer jener Begriffe, die seit den 1990er Jahren in Mode sind, nach *software,* parallel zu *soft skill* und *soft fact*. Das entsprach dem Zeitgeist, der nach dem Ende des Kalten Kriegs zur Geltung kam, als es möglich schien, alles zu ersetzen, was in der Vergangenheit den Ausschlag gegeben hatte: das Männliche durch das Weibliche, das Harte durch das Sanfte, das Starre durch das Flüssige, das Verbindliche durch das Unverbindliche, die Moderne durch die Postmoderne. Die Suggestionskraft dieses Konzepts hatte nicht nur mit dem Siegeszug der Computertechnologie und der Globalisierung zu tun, sondern auch mit einer neuen Vorstellung von Effizienz. Ohne die dauernde Weiterentwicklung der Programme taugt die *hardware* nichts, ohne die soziale Kompetenz, die Fähigkeit zu Kooperation und Teambildung, sind der Wirksamkeit von Institutionen im wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Bereich enge Grenzen gezogen, ohne das Wissen um Vorlieben und Aversionen, Gewohnheiten und Tabus in einer bestimmten Kundengruppe kann man kein neues Produkt plazieren.

»Wir Amerikaner müssen uns darüber klar sein, daß die Leitgedanken der Nächstenliebe, die unsere gesellschaftliche Entwicklung im verflossenen Jahrhundert beherrschaft haben, und der weichliche Gefühlsüberschwang, der Amerika zur ›Zufluchtsstätte für die Bedrückten‹ gemacht hat, die Nation dem Rassenverfall zutreibt.«

Madison Grant: *Der Untergang der großen Rasse* [1923], München 1925, S. 159.

Selbstverständlich hatte die Betonung des Weichen auch zu tun mit dem Bedürfnis des Neoliberalismus, sich weniger als unbarmherzige ökonomische Konzeption darzustellen, eher als humane Möglichkeit nach dem »Ende der Geschichte« (Fukuyama). Allerdings verlor der Erfinder des Terminus *soft power,* der amerikanische Politologe Joseph S. Nye, niemals aus dem Blick, daß auch eine »sanfte Macht« immer »Macht« bleibt, daß es nur um die Frage geht, wie der *mix* auszusehen habe, zwischen klassischen und nachklassischen Formen von Machtausübung. Nye hat schon 1990 in einem programmatischen Aufsatz sein Konzept von *soft power* erläutert. Es ging ihm dabei um den Nachweis, daß die USA als einzige verbliebene Supermacht nicht in die Isolation gehen dürften.

Interessanterweise verglich Nye die Situation der USA am Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Großbritanniens am Beginn des 20. Jahrhunderts. In beiden Fällen gehe es um imperiale Mächte vor neuen Herausforderungen. Großbritannien war dem Aufstieg der angelsächsischen Vettern über See und Deutschlands konfrontiert, die Vereinigten Staaten seien es nun dem Aufstieg Chinas, der Konkurrenz Europas, der wahrscheinlichen Reorganisation Rußlands. Außerdem sei eine »Fragmentierung« des Staatensystems zu beobachten, in dem sich verschiedene Strukturen überlagerten; hinzuweisen sei außerdem auf eine »Diffusion der Macht«, die dazu führe, daß mittlerweile auch nichtstaatliche Akteure als politische Faktoren von Gewicht betrachtet werden müßten, angefangen bei den NGOs bis zu jenen multinationalen Konzernen, deren Budget größer ist als das vieler Länder der zweiten oder dritten Welt.

Im ersten der angesprochenen Fälle, so Nye, führte die Veränderung der Lage zu einer relativen Schwächung der eigenen Position, auf die Großbritannien mit einer Flexibilität reagiert habe, die sich die USA zum Vorbild nehmen sollten. Der Konzentration auf den Ausbau von *soft*

*power* komme den Vereinigten Staaten außerdem entgegen, weil Macht heute nicht mehr allein an der Größe des Territoriums, der Bevölkerungszahl oder dem Kriegspotential gemessen werden könne, sondern vor allem an der Fähigkeit, andere politische Akteure zu einer »Verhaltensänderung« zu bewegen, die dem eigenen Interesse entspreche; *hard power* zwinge den anderen und erzeuge deshalb Widerstand, *soft power* bewege ihn, daß er »wolle«, was man selbst »wolle«. Das gelinge aufgrund gewandelter Bedingungen wesentlich besser, wenn man auf die Steuerung von Informationsflüssen, »kulturelle Attraktivität«, die Plazierung von Personen, die Schaffung von Netzwerken, die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft, Staat und Medien, Staat und Ideologieträgern setze.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß das von Nye vorgetragene Konzept ein typisches Produkt des Zeitgeistes war oder nur eine Antithese zu Samuel Huntingtons Entwurf, der im traditionellen Sinn machtfixiert blieb. Man kann auch darauf hinweisen, daß es *soft power* seit jeher, spätestens seit der Antike, gegeben habe: Propaganda nach innen und »ideologische Angliederung« (Franz Altheim) nach außen, und daß entsprechende Verfahren früh zum Gegenstand theoretischer Reflexion wurden. Aufschlußreicher als diese Feststellung ist aber, daß Nyes Argumentation vor allem in den Kontext eines angelsächsischen Modells gehört, das mit Hilfe der Begriffe *public relations* einerseits, »informelle Herrschaft« oder »Dollardiplomatie« andererseits bezeichnet werden kann. Während sich Großbritannien noch auf traditionelle Muster bezog, hat man in Washington seit dem Ende des 19. Jahrhunderts versucht, so etwas wie ein Gesamtkonzept von *soft power* zu entwickeln, in dessen Kontinuität man auch den Entwurf Nyes verstehen kann.

*Soft-War – Ottheinrich Strohmeyer: Die Fechter, Holzschnitt, 1918*

Voraussetzung dafür war ein komplizierter Anpassungsprozeß der US-Eliten an die veränderte Situation. Angefangen hatte alles mit dem Hinzutreten jener Männer, die die Ostküstenaristokratie ursprünglich als »rubber barons« – »Räuberbarone« auf Distanz gehalten hatte, Neureiche, die vor allem durch Immobilienspekulation und Eisenbahnbau, dann durch das Bankgeschäft zu großen Vermögen gekommen waren. Die eine wie die andere Gruppe verachtete das demokratische System, nutzte es bestenfalls für die eigenen Zwecke, kaufte Politiker oder Ämter oder Parteien, manipulierte die Gesetzgebung wie das Justizwesen zum eigenen Vorteil und wandte brutale Methoden – mit oder ohne Unterstützung der Institutionen – an, um sich durchzusetzen. Diese Verfahren erreichten jetzt aber die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten: Die Verstetigung der politischen Organisation, die Entstehung neuer, immer schwerer kontrollierbarer Bewegungen in den urbanen Zentren, der wachsende Widerstand gegen die *trusts* und die miserablen Lebensbedingungen der städtischen Massen führten in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu einer krisenhaften Entwicklung und zu intensiven Debatten über die Möglichkeit, das System weiter im Griff zu behalten.

Dabei wurde vorausgesetzt, daß eine Massengesellschaft – aufgrund ihrer Größe, ihrer Heterogenität, ihrer Dummheit – tendenziell anarchisch sei, daß jedenfalls ein System, das auf Wahlen basierte, das denkbar ungeeignetste für einen solchen Verband sei; oder, wie es ein Repräsentant der amerikanischen Führungsschicht formulierte: »Die Welt besteht aus zwei Klassen – den Gebildeten und den Ungebildeten –, für den Fortschritt ist es entscheidend, daß den ersteren ermöglicht wird, die letzteren zu beherrschen« (Irving Fisher). Damit war aber noch nicht geklärt, auf welchem Weg man dieses Ziel erreichen sollte. Während eine Gruppe davon ausging, es wäre das beste, die Verfassung außer Kraft zu setzen, die Gesellschaft zu dezimieren und dann neu aufzubauen, ging die andere davon aus, daß man die politische Organisation besser bestehen lasse, jedenfalls deren Fassade, man sich mit der Unabänderlichkeit des Gesamtzustands abfinden und alle Energie darauf konzentrieren sollte, Verfahren zu entwickeln, um die Gesellschaft trotzdem zu kontrollieren. Das erste Modell setzte auf Geschlossenheit, »Neoaristokratie« (Lothrop Stoddard) und *hard power* (Zwangsabtreibung, Euthanasie, Einwanderungsblokkade, Eliminierung der Gewerkschaften und aller Abweichler, Einfüh-

rung diktatorischer Methoden), das zweite auf »effiziente Regulierung« (Herbert Croly), Technokratie und *soft power* (Umerziehung der Bevölkerung, Durchdringung der sozialen Strukturen, Integration, Kooptation der Befähigten, Zusammenarbeit mit den Progressiven, Aufrechterhaltung des Anscheins von Selbstbestimmung und Machtkontrolle).

Bis zum Beginn der zwanziger Jahre war nicht entschieden, welches der beiden Modelle sich durchsetzen würde. Der »Immigration Act« von 1924, der Aufstieg des Ku-Klux-Klan zur Massenorganisation und die Popularität rassentheoretischer Deutungen des Bolschewismus in den USA konnte man durchaus als Anzeichen dafür verstehen, daß die Verfechter des geschlossenen Systems die Oberhand gewannen. Wenn es dazu nicht kam, hatte das vor allem mit gewissen Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs zu tun. Denn die militärischen Anstrengungen der USA wurden ganz wesentlich von halbstaatlichen, halbprivaten Institutionen getragen. Dabei erkannten Unternehmer den Vorteil eines Burgfriedens mit der Arbeitnehmerseite, deren Gewerkschaften man erfolgreich in »gelbe« umwandelte oder durch den unerwarteten Ausbau von Sozialleistungen sabotierte. Der Taylorismus, der jetzt in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben Einzug hielt, war nur ein weiteres Instrument zur Optimierung der Daseinsvollzüge durch nachhaltige, aber immer subtilere Steuerung. Als frühe Markierung, an der die Durchsetzung des Konzepts *soft power* ablesbar wurde, kann man die Umwandlung des gigantischen Carnegie-Vermögens in eine Stiftung betrachten (1911), die nicht nur der Erhaltung des Familienbesitzes diente, sondern dem Aufbau einer neuen Art von politischer Philanthropie, die aktiv an die Umgestaltung der Gesellschaft ging, als Endpunkt die Absage Henry Fords an den Antisemitismus nach dem Kriegseintritt der USA gegen das nationalsozialistische Deutschland (1941).



*Was wie Spiel wirkt, zielt doch auf Sieg – Ottheinrich Strohmeyer: Wettlauf, Holzschnitt, 1918*

Wenn das 20. Jahrhundert ein »amerikanisches Jahrhundert« war, dann nicht nur durch die Macht aus den Gewehrläufen oder die Macht der Ökonomie, nicht nur durch den systematischen Ausbau des *imperium americanum,* sondern auch durch die »Macht der Menschenfreunde« (Tim B. Müller). Innerhalb wie außerhalb der USA entstand seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein schwer durchdringbares Geflecht von Organisationen und Institutionen, deren Einflußnahme oft genug verdeckt ablief, jedenfalls nie ganz eindeutig nur politischen oder ökonomischen oder sozialen Zwecken diente. In jedem Fall stand dahinter ein Konzept von »Amerikanismus«, das nicht mehr nur auf den Binnenbereich bezogen war, sondern als universales Muster verstanden wurde. Daß dabei die Grenze zwischen Eigennutz und Uneigennützigkeit nie ganz klar zu trennen war, versteht sich von selbst, genauso wie die notwendige Geheimhaltung der *arcana imperii.*

»Niemand von uns versteht die Folgen, aber man muß kein Prophet sein, um zu sagen, daß das Wissen darum, wie man Konsens schafft, jede politische Planung und jede politische Prämisse verändern wird. Unter dem Einfluß von Propaganda, nicht unbedingt im negativen Sinn des Wortes, sind die alten Konstanten unseres Denkens zu Variablen geworden. Es ist zum Beispiel nicht länger möglich, an das Grunddogma der Demokratie zu glauben, daß die Kenntnis, die notwendig ist für die Leitung menschlicher Angelegenheiten, spontan dem menschlichen Herzen entspringt.“

Walter Lippmann: *Public Opinion,* 1922, abrufbar unter http://www.gutenberg.org/cache/epub/6456/pg6456.html [übersetzt]

Überraschenderweise finden sich trotzdem Äußerungen einiger Verfechter von *soft power* aus der Frühphase der Entwicklung, die mit einer Art kindlichem Stolz die verborgene Mechanik offenlegten. Schon 1922 schrieb Walter Lippmann, daß eine »progressive« Entwicklung nur denkbar sei unter Führung einer neuartigen »spezialisierten Klasse«, die »nicht rechenschaftspflichtig« sein sollte, also keiner demokratischen Kontrolle unterliege, denn sie handele »aufgrund von Informationen, die kein Gemeineigentum sind, in Situationen, die die Öffentlichkeit im großen Zusammenhang nicht begreift, und sie kann nur zur Verantwortung gezogen werden, nachdem die Tatsachen vollendet sind.« Lippmann hatte während des Ersten Weltkriegs zu den engsten Beratern von Präsident Wilson gehört und danach sein Buch *Public Opinion* (1922) veröffentlicht, in dem er seine tiefe Skepsis gegenüber dem demokratischen Gedanken erkennen ließ. Lippmanns »Liberalismus« hatte einen ausgesprochen elitären Zug und entwickelte sich je länger je mehr in Richtung auf ein politisches Modell, in dem eine Gruppe von Sozialingenieuren nicht nur die Verfassungsorgane, sondern auch die inkompetente Öffentlichkeit kontrollieren sollte.

Lippmann verfolgte ein durchaus theoretisches Interesse. Das unterschied ihn von einem zweiten Protagonisten der Entwicklung, Edward

Bernays. Wie Lippmann hatte Bernays während des Kriegs für die amerikanische Propaganda gearbeitet. Er war zwar auch der Neffe Sigmund Freuds, vor allem aber ein typischer Aufsteiger, *self made,* ohne nennenswerte akademische Ausbildung, indes belehrt in der harten Schule von Tingeltangel und Lobbyarbeit. Bernays kam, anders als Lippmann, ohne philosophisches Dekor aus, aber auch er hielt unmißverständlich fest: »Die bewußte und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land.« Das war der erste Satz in Bernays' Buch *Propaganda,* 1928 erschienen, und im folgenden hat der Verfasser mit entwaffnender Ehrlichkeit dargestellt, was in den Massengesellschaften sein kann und was nicht. Kaum vereinfacht, könnte man seine Grundthesen folgendermaßen wiedergeben: Die historische Entwicklung hat dahin geführt, daß sich sehr große Staaten und sogar Staatengemeinschaften ausbildeten, die nicht imstande sind, so etwas wie Öffentlichkeit im Wortsinn hervorzubringen.



Vielmehr muß man von Öffentlichkeiten sprechen, geschaffen durch partikulare Gruppen, wobei die einzelnen nicht nur mehreren dieser Gruppen angehören können – aufgrund ihrer Herkunft, ihres Einkommens, ihres Wohnorts, ihrer religiösen Überzeugung, ihrer persönlichen Vorlieben und Konsumgewohnheiten –, sondern auch noch über ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein verfügen.

Das vorausgesetzt, muß jede auf Öffentlichkeit zielende Tätigkeit die Öffentlichkeit erst »erzeugen« und dann »lenken«; dazu bedarf es eines strategischen – im besten Fall empirisch durch Marktforschung und Demoskopie gestützten – Vorgehens.

Das setzt, wie die klassische Massenpsychologie, die relative Dummheit der vielen voraus, die man im Grunde nur mit »Assoziationen« und »Bildern in den Köpfen« beeindrucken kann; die Kriegspropaganda habe gezeigt, daß nichts so effektiv sei wie die Nutzung von »Klischeevorstellungen« und »Verhaltensmustern«, also die Schaffung von »Gefühls-Clustern«, um die »Herde« zu »bearbeiten«.

Solche Ausrichtung ist legitim, denn sie ist eine »logische Folge der Struktur unserer Demokratie«. Das gilt auch, wenn sie nicht in der Verfassung vorgesehen war und die Manipulation nur demjenigen möglich ist, der über die notwendigen Mittel – vor allem Geld und Organisation – verfügt: »Es ist teuer, die gesellschaftliche Maschine zu manipulieren. Deshalb liegt die unsichtbare Herrschaft und Kontrolle der Meinungen und Gewohnheiten der Massen tendenziell in der Hand von nur wenigen Menschen.«

»Der amerikanische Film ist das größte unterschwellige Propagandamedium unserer Zeit. Er eignet sich hervorragend zur Verbreitung von Meinungen und Ideen. Filme können die Gedanken und Gewohnheiten einer ganzen Nation prägen. Es werden Filme produziert, von denen man erwartet, daß die Leute sie sehen wollen – und deshalb werden darin eher selten neue Denkanstöße gegeben, sondern man bedient die Nachfrage, indem populäre Tendenzen aufgegriffen, betont oder gar übertrieben werden.«

Edward Bernays: *Propaganda* [1928], o. O. ³2011, S. 131.

Wenn die wenigen klug sind, engagieren sie Berater, die für »Public Relations« – ein von Bernays geprägter Begriff – zuständig sind und sich mit der »Maschine Gesellschaft« auskennen, jedenfalls »übergreifende Strategien« entwickeln können, die es erlauben, für eine Marke einen bestimmten »Stil« zu prägen und so eine dauerhafte Bindung zwischen Führern und Gesellschaft herzustellen. Das ist auch im großen Rahmen notwendig, weshalb ein Propaganda- oder »Minister für Public Relations« zwingend zu jedem modernen Kabinett gehöre.

Jedes Mittel der Kommunikation kann für die PR genutzt werden. Das gilt auch und gerade für die Möglichkeiten, die die moderne Technik bietet: »Filme können die Gedanken und Gewohnheiten der ganzen Nation prägen.« Gerade weil es sich um »unterschwellige Propaganda« handele, wirke sie besonders nachhaltig.

Allerdings ist zu betonen, daß der Beeinflussung Grenzen gesetzt sind: Das Wohlwollen der Gesellschaft ist ein flüchtiges und »schwer greifbares Etwas« (Judge Gary), dauernd gefährdet durch den Eigensinn der Individuen wie der Gruppen und durch objektive Bedingungen, die nicht willkürlich zu verändern sind; eine Rolle spielt auch die Eigendy-

namik von Meinungsbildungsprozessen, die sich unter Umständen der Steuerung entziehen.

Die Methoden der Propaganda sind durch keine Entlarvung außer Kraft zu setzen: »Propaganda wird niemals sterben.« Und: »Egal wie feinfühlig oder gar zynisch die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Methoden der Publicity wird – sie wird weiterhin auf gewisse grundlegende Reize reagieren, denn sie wird immer Nahrung brauchen, sich nach Unterhaltung und Schönheit sehnen und sich einer Führung unterordnen.«

Auch wenn man betonen muß, daß die Eindeutigkeit von Bernays' Argumentation in vielem einer gewissen Naivität und historischer wie kultureller Ignoranz zu verdanken ist, wird man kaum bestreiten können, daß er eine ausgesprochen realistische Vorstellung davon entworfen hat, welche Rolle *public relations* in einer Massengesellschaft spielen. Bezeichnend ist, daß er ursprünglich an den Begriff »public direction« dachte, was der Sache gerechter geworden wäre, aber ähnlich wie »Propaganda« allzu offensichtlich nach Vortäuschung und Übertölpelung aussah. Außerdem wäre so nicht hinreichend deutlich geworden, daß Bernays, im Gegensatz zu älteren Konzepten, PR nicht als einseitige Kommunikation betrachtete; man müsse, so seine These, zur Kenntnis nehmen, daß die Masse zwar beschränkt sei, aber nicht »willenlos«, daß es deshalb darum gehe, diesen Willen »zu formen«. Was Bernays anstrebte, war *engineering of consent,* also die Verfertigung des Konsens, und er hat das ganze Repertoire der Möglichkeiten seit den zwanziger Jahren erprobt, das in der PR-Branche bis heute gebräuchlich ist: von der Werbekampagne über Event-PR, also das Schaffen von berichtenswerten Anlässen, die »Third Party Advocacy«, die Empfehlung einer Person, einer Ware, einer Überzeugung durch angeblich neutrale Dritte, das »band waggoning«, die Organisation einer Kette von Ereignissen, die immer wieder auf einen bestimmten Sachverhalt hinweisen sollen, das Zusammenspiel von »kontinuierlicher Information« und »Dramatisierung durch Hervorhebung«, bis zur Isolierung und öffentlichen Bloßstellung der Widerstrebenden.

Bernays glaubte, mit seinen Büchern die Grundlage eines »ethischen Codes« geschaffen zu haben, der allerdings nur in die Hände einer Elite gehörte, die lerne müsse, »sich der Propaganda … dauerhaft und systematisch [zu] bedienen«. Wenn sie das tue, werde sie auch feststellen, daß der »Einfluß der unsichtbaren Drahtzieher … manchmal ins Unermeßliche« wachse.

Bernays gilt gemeinhin als »Vater der PR«. Er hat eine atemberaubende Karriere gemacht und nicht nur für Ford oder Procter & Gamble gearbeitet, sondern auch Ende der zwanziger Jahre die erste große Werbekampagne für American Tobacco organisiert und Anfang der sechziger Jahre eine nationale Gesundheitskampagne gegen den Zigarettenkonsum. Abgesehen von dieser Tätigkeit im Rahmen der Wirtschaft, war er als Berater der CIA und der United Fruit Company tätig. Er hat sich gerühmt, 1954 den Sturz der linksgerichteten Regierung Guatemalas erreicht zu haben, die er systematisch in den – falschen – Verdacht gebracht hatte, Parteigängerin der Sowjetunion zu sein. Wahrscheinlich macht dieser Vorgang, der Teil der wirtschaftlichen Durchdringung Lateinamerikas durch ein privates Unternehmen und den amerikanischen Geheimdienst war, noch am deutlichsten, auf welche Weise man sich das ideale Zusammenspiel von *hard power* und *soft power* vorzustellen hat.

Bernays wurde »zweiter Machiavelli« und zugleich »Roosevelt-/Kennedy-Liberaler« genannt. Aufschlußreicher als das ist aber, daß Noam Chomsky Bernays' Formel vom »engineering consent« für seine eigene Analyse der Machtausübung in den entwickelten Gesellschaften der Gegenwart verwendet. Was sich bei Chomsky über die »Konsensmaschine« findet, ist nichts anderes als der Hinweis auf die entscheidende Bedeutung von *soft power* als Ersatz für oder flankierende Maßnahme neben *hard power:* die mehr oder weniger subtile Kontrolle durch mehr oder weniger anonyme Instanzen mittels uralter Methoden der Indoktrination neben differenziertesten Formen des *screening* und der politisch-korrekten Sprachregelung, eine Form der Machtausübung, die ihrer Tendenz nach ungleich totalitärer ist als ein offen repressives System, weil es den einzelnen mit Wänden aus Watte und nicht mit Stacheldraht umstellt. Dieser Sachverhalt spielt schon deshalb keine Rolle in den öffentlichen Debatten, weil niemand die von Chomsky geforderten Kurse in »geistiger Selbstverteidigung« anbietet, – oder wenn doch, die Sitzreihen leer bleiben.


Literaturhinweise:

Joseph S. Nye: »Soft Power«, in: *Foreign Policy* 80 (1990), S. 153–171;

Franz Altheim: *Entwicklungshilfe im Altertum. Die großen Reiche und ihre Nachbarn (rowohlts deutsche enzyklopädie,* Bd. 162), Reinbek bei Hamburg 1962;

Damien Amblard: *Le »fascisme« americain et le fordisme,* Paris 2007;

Edward L. Bernays: *Propaganda,* zuletzt o.O. 2011;

Larry Tye: *The Father of Spin. Edward L. Bernays and the Birth of Public Relations,* zuletzt New York 2002;

Edward S. Herman/ Noam Chomsky: *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media,* zuletzt New York 2002.

## Autoren dieses Heftes

Arthur East, 1970, ist Offizier der Scots Guards im Rang eines Hauptmanns (Captain). Er hat in Nordirland, dem Irak und Afghanistan gedient und ist seit seiner Verwundung als Ausbilder tätig.

Siegfried Gerlich, 1967, studierte Philosophie und Musikwissenschaft in Hamburg, freischaffender Autor und Pianist.
*Ernst Nolte. Portrait eines Geschichtsdenkers,* Schnellroda 2009

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, freier Autor in Berlin, 2004 Gerhard-Löwenthal-Preis.
*Der Weizsäcker-Komplex. Eine politische Archäologie,* Berlin 2012
*Literatur aus der Schuldkolonie*, Schnellroda 2010
*Die Psychologie der Niederlage. Über die deutsche Mentalität*, Berlin 2010

Manfred Kleine-Hartlage, 1966, ist Diplom-Sozialwissenschaftler in der Fachrichtung Politische Wissenschaft. Er veröffentlicht regelmäßig aktuelle politische Kommentare, Analysen und Essays in seinem Internet-Blog www.korrektheiten.com.
*»Neue Weltordnung« – Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?* Schnellroda 2011
*Das Dschihad-System. Wie der Islam funktioniert,* Gräfelfing 2010

Ellen Kositza, 1973, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie, freie Publizistin. 2008 Gerhard-Löwenthal-Preis.
*Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb,* Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios).
*Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland – Hintergrund, Chronik, Prognose,* gemeinsam mit Michael Paulwitz, Schnellroda 2011

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie, Geschäftsführer des *Instituts für Staatspolitik (IfS).*
*Vordenker,* Band 3 des *Staatspolitischen Handbuchs,* hrsg. gemeinsam mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2012
*Wozu Politik? Vom Interesse am Gang der Welt,* Schnellroda 2010

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
*Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate,* Schnellroda 2011

Felix Menzel, 1985, studiert Medien- und Kommunikationswissenschaft, Politik und BWL in Halle/Saale. Verantwortlicher Redakteur von www.blauenarzisse.de.
*Medienrituale und politische Ikonen*, Schnellroda 2009

Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes.
*Das konservative Prinzip,* Schnellroda 2011

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie und ist promoviert als Historiker.
*Armin Mohler. Eine politische Biographie,* Schnellroda 2011
*Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945,* Berlin 2011

# Handlungsanleitung für Putschisten

von Manfred Kleine-Hartlage

Als das Grundgesetz erarbeitet wurde, lautete einer der Leitgedanken seiner Verfasser, daß sich ein 30. Januar 1933 nie wiederholen dürfe. Es sollte ein für allemal unmöglich sein, den freiheitlichen, demokratischen, deutschen Rechtsstaat legal oder auch nur scheinlegal zu beseitigen. Nie wieder sollte es Revolutionären und Putschisten möglich sein, sich hinter Paragraphen zu verschanzen. Nichts sollte ihnen jenes Odium der Illegalität ersparen, das in Deutschland anrüchiger ist als irgendwo sonst auf der Welt, und das den, der es nicht loszuwerden versteht, zum Scheitern verurteilt.

Zwei juristische Kunstgriffe schienen, zusammen genommen, die Lebensversicherung der freiheitlichen Demokratie auszumachen: Zum einen die Konstruktion einer Verfassung in der Verfassung (Art. 79 III GG): Eine Änderung des Grundgesetzes muß nicht nur formal korrekt mit Zweidrittelmehrheit zustande kommen, sondern auch materiell mit dem Verfassungskern übereinstimmen, insbesondere mit den Prinzipien Republik, Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat (Art. 20 GG) sowie mit der Menschenwürde (Art. 1 GG). Damit dies nicht nur Verfassungslyrik und frommer Wunsch bleibe, räumte man zum anderen dem Bundesverfassungsgericht – einer als unabhängig gedachten Instanz – das letzte Wort für solche Fälle ein, in denen es die Legalität von Verfassungsänderungen zu beurteilen gälte. Juristisch also sollte der Staatsstreich in der BRD keine Chance mehr haben, die Ermächtigung einer kleinen Gruppe bei gleichzeitiger Entmächtigung des demokratisch gewählten Parlaments sollte unmöglich sein.

Angenommen, Sie wären Politikberater der skrupellosen Art, und Ihr Kunde wäre vor vielleicht vierzig Jahren zu Ihnen gekommen, um zu erfahren, wie er legal das Grundgesetz aus den Angeln heben könne – Sie hätten ihm so antworten können:

- Das Grundgesetz beruht auf einer Reihe von soziokulturellen Voraussetzungen, ohne die es nicht funktioniert, nicht anwendbar oder einfach sinnlos ist. Zerstören Sie diese Voraussetzungen!
- Das Grundgesetz beruht auf der Autonomie einander kontrollierender Systeme – Zentralbank, Wissenschaft, Presse, überhaupt öffentliche Meinung, Justiz. Finden Sie Mittel und Wege, sie gleichzuschalten!
- Was immer das Grundgesetz unternimmt, den Staat an materielles Recht zu binden, letztlich hängt Legalität doch immer von der Einhaltung bestimmter Formen ab. Mißbrauchen Sie diese Formen!
- Jede Verfassung ist interpretierbar, und sie wird stets so interpretiert werden, daß sie zur Bewältigung tatsächlich existierender Probleme taugt. Schaffen Sie Probleme, die auf verfassungskonformem Wege nicht lösbar sind!
- Demokratie setzt einen unabhängigen Staat voraus, denn nur in einem solchen existieren politische Alternativen, über die sinnvoll demokratisch entschieden werden kann. Verstricken Sie den Staat in Abhängigkeiten!

Hätten Sie die Vorstellungskraft besessen, auf den ungläubigen Blick Ihres Kunden hin die einzelnen Schritte zu konkretisieren?

**Erstens:** Lösen Sie das Volk auf und wählen Sie ein neues: Demokratie setzt einen Demos voraus, ein Volk, das heißt eine Solidargemeinschaft, die vom Staat nicht geschaffen werden kann, aber vorausgesetzt werden muß. Das Volk ist eine soziologische Gegebenheit, keine juristische Kategorie, auch wenn der Staat – das ist nun einmal der *modus operandi* eines Rechtsstaates – es als solche auffassen muß und als Volk nur die Gesamtheit seiner Staatsbürger verstehen kann. Stoßen Sie in diese Lücke! Spielen Sie die juristische Form gegen den materiellen Gehalt des Volksbegriffs aus: Machen Sie Massen von Nichtdeutschen zu Staatsbürgern, dann ist Demokratie als kollektive Selbstbestimmung in Ermangelung eines Kollektivs nicht mehr möglich. Statt einer Nation haben Sie dann eine bloße Bevölkerung, bestehend aus Gruppen, unter denen die ethnischen Deutschen nur eine sind, dann finden Sie für jedwede Politik eine Sie unterstützende Interessenkoalition. Reißen Sie die Grenzen nieder, holen Sie so viele Einwanderer wie möglich! Sorgen Sie dafür, daß die Deutschen so schnell wie möglich in die Minderheit geraten. Am besten fördern Sie Familienzerfall, unterminieren die überkommene Sexualmoral, geben Abtreibung frei, und sorgen dafür, daß all dies auf allen Kanälen propagiert wird!

»Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?«

Bertolt Brecht

**Zweitens:** Verhindern Sie jede Opposition dagegen: Treiben Sie den Deutschen, aber eben nur ihnen, zumindest solange sie in der Mehrheit sind, den Gedanken aus, sie selbst könnten als Gruppe legitime Interessen haben. Verketzern Sie die Artikulation solcher Interessen als rechtsradikal! Dabei wird Ihnen der Umstand entgegenkommen, daß die Masseneinwanderung einen Rattenschwanz von Problemen nach sich zieht, die tatsächlich Fremdenfeindlichkeit provozieren. Nutzen Sie dies, um Opposition gegen Ihre Politik als extremistisch zu brandmarken. Mißbrauchen Sie das Konzept der »wehrhaften Demokratie«, um sich Oppositionellen gegenüber von der Bindung an demokratische Spielregeln zu lösen.

**Drittens:** Unterwandern Sie die Universitäten, denn sie sind der Ort, an dem die Ideologie der herrschenden Eliten geformt wird! Sind Justiz, Medien und Wissenschaft erst ideologisch gleichgeschaltet, werden sie ihre Kontrollfunktionen schon deshalb nicht wahrnehmen können, weil ihnen dazu die Kriterien fehlen. Und wenn doch: Schaffen Sie wechselseitige Abhängigkeiten, Verstrickungen und Verflechtungen, damit niemand aus der Reihe tanze. Tun Sie dies am besten auf internationaler Ebene, damit die herrschenden Klassen ganz Europas zu einer einzigen verschmelzen, deren Angehörige zueinander loyal sind, nicht zum je eigenen Volk.

**Viertens:** Private dürfen vieles, was der Staat nicht darf. Wenn Sie auf rechtliche Probleme stoßen, weil das Grundgesetz die Verfolgung politisch Andersdenkender verbietet, spannen Sie den Mob ein. Mobilisieren Sie das Schwein im Menschen! Nutzen Sie die Freude des Untertanen am Denunziantentum und die des Getretenen am Treten. Sorgen Sie dafür, daß Oppositionelle ihren Arbeitsplatz verlieren, kein Bankkonto unterhalten und sich öffentlich nicht mehr versammeln können. Machen Sie sich selbst nicht die Hände schmutzig! Es werden sich genug Menschen finden, die für Sie die Drecksarbeit erledigen, legal oder illegal. Sie müssen nur dafür sorgen, daß der Staat gezielt wegschaut.

»Wir kriegen euch alle!«

Transparent bei einer Demonstration linker Gruppen gegen einen Vortrag des Verfassers, 24. März 2012

**Fünftens:** Das führt uns zu dem Grundsatz, das, was Sie selbst nicht tun dürfen, was also der Staat selbst nicht tun darf, von anderen tun zu lassen. Sie können nach unten delegieren – an den Mob – oder nach oben – an supranationale Institutionen. Schaffen Sie auf internationaler Ebene Fakten, an denen der nationale Gesetzgeber nicht vorbei kommt. Damit entfällt die parlamentarische Kontrolle: Die supranationale Ebene ist das Terrain der Regierungen, nicht der Parlamente. Ein von Dutzenden Regierungen ausgehandelter Vertrag kann auf nationaler Ebene nicht geändert, höchstens abgelehnt werden. Dies wird nicht geschehen, weil kein Politiker und kein Gericht sich nachsagen lassen wollen, gegen »Europa« oder gegen die »internationale Gemeinschaft« zu sein. Delegieren Sie jede Kompetenz, derer Sie zu diesem Zweck habhaft werden können, an die EU, die WTO, die UNO, die NATO – an wen Sie wollen, aber delegieren Sie! Stellen Sie dabei so viele wohlgetarnte Blankoschecks wie möglich aus. Wie leicht läßt sich doch der Norm zustimmen, es dürfe keine »Handelshemmnisse« geben. Was das bedeutet, merkt man erst, wenn Waren zugelassen werden, die vorher aus guten Gründen verboten waren (etwa

die »Pille danach«, deren Freigabe im katholischen Irland von dessen Regierung nur durch einen politischen Kraftakt verhindert werden konnte). Wie leicht läßt sich »ja« zur innereuropäischen Freizügigkeit sagen; im nachhinein wird solche Freizügigkeit auch »Spaniern« gewährt, deren illegale Einwanderung dorthin durch Einbürgerung honoriert wurde. Wie leicht läßt sich einer Gemeinschaftswährung zustimmen, die durch eine unabhängige Zentralbank, strenge Maastricht-Kriterien und drakonische Strafen für Verschuldungssünder gesichert zu sein scheint; daß all dies nur auf dem Papier steht, merkt man erst, wenn Tatsachen geschaffen sind.

»Das heißt, eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle.«

Angela Merkel

**Sechstens:** Machen Sie sich die Tatsache zunutze, daß Gerichte immer nur einzelne Normen überprüfen können, nicht aber ganze Maßnahmenbündel, die sich auf verschiedenste Sachbereiche beziehen und überdies zeitlich gestreckt nach und nach eingeführt werden; solange jede einzelne Maßnahme für sich genommen verfassungskonform ist, wird Karlsruhe sie abnicken, auch wenn der daraus resultierende Zustand unheilbar verfassungswidrig ist. Auch die absehbaren politischen Wirkungen einer Entscheidung sind nicht justitiabel. Treffen Sie daher bewußt Fehlentscheidungen, um Probleme zu schaffen, deren »Lösung« dann »alternativlos« ist, und verlassen Sie sich darauf, daß sich das Verfassungsgericht unter solchem »Sachzwang« breitschlagen lassen wird, das Grundgesetz zu verbiegen.

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Jean-Claude Juncker

Wie wir heute wissen, haben die Kunden unseres fiktiven Politikberaters all diese Ratschläge beherzigt. Sie haben es zur Meisterschaft in der Kunst gebracht, auf UNO- oder EU-Ebene Entscheidungen zu fällen, deren Tragweite die Öffentlichkeit nicht einmal dann versteht, wenn ausnahmsweise – dann aber in verschleiernder PR-Sprache – darüber berichtet wird.

Wer weiß schon, daß zum Beispiel das Konzept des *Gender Mainstreaming* zuerst von der UNO-Vollversammlung als Marschroute beschlossen wurde, und daß Zweifler mit dem Hinweis beruhigt wurden, ein solcher Beschluß sei ja nicht rechtsverbindlich? Daß daraufhin die Europäische Kommission unter Berufung auf eben dieses angeblich unverbindliche Konzept einen Maßnahmenkatalog ausarbeitete, der den EU-Staaten (immer noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit) durch Konsens ihrer eigenen Regierungen als Richtlinie aufgedrängt wurde? Daß es daraufhin in Deutschland zuerst auf administrativem Wege von der Bundesregierung dort umgesetzt wurde, wo sie das Parlament nicht zu fragen brauchte?

Interessiert sich jemand dafür, daß das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, die sogenannte Agenda 21, just denselben Weg genommen hat und nun als politische Vorgabe wirksam ist, die bis hinunter zu den Kommunen durchgesetzt wird? Selbstverständlich gab es auch hierüber nie eine öffentliche Debatte.

Weiß irgend jemand, daß die Europäische Union im Zuge der Euromed-Agenda auf Anregung und im Einklang und in Absprache mit der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) schon vor Jahren beschlossen hat, die Lehrpläne der Schulen und die Forschungsinhalte der Universitäten in Richtung auf islamfreundliche Geschichtsklitterung umzustellen? Nicht alles (aber vieles) kann die EU per Ukas erzwingen; wo es ihr aber an formaler Kompetenz fehlt, hat sie sehr wohl die Macht, durch Mittelvergabe, ideologisch ausgerichtete Projekte aller Art und über die Beziehungsnetze politischer Entscheidungsträger ihre Politik in den einzelnen Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Auf solche Weise verschwinden immer größere Teile des Gegenstandsbereiches demokratisch legitimierter Politik im Arkanbereich von undurchschaubar miteinander verfilzten administrativen und gouvernementalen Eliten, Lobbyisten und privaten Stiftungen – in einem schwarzen Loch, wo sich Entscheidungen als Resultante aus dem Kräfteparallelogramm von Partikularinteressen, ideologischer Verblendung und Korruption ergeben.

Dabei führt das beständige Ausbleiben von Opposition zu Anschlägen von immer atemberaubenderer Dreistigkeit: Die Strategie, Fehlentscheidungen zu treffen, um Probleme zu schaffen, deren »Lösung« auf Kosten der Souveränität der Nationalstaaten gehen muß, wurde uns mustergültig beim Euro vorgeführt. Als er eingeführt wurde, versprach man uns, er werde so stabil sein wie die D-Mark. Und nein, auf keinen Fall würden die reicheren Länder für die Schuldenkönige im Süden in die Tasche

greifen müssen. Dabei war die EU bereits ohne den Euro eine Umverteilungsmaschinerie zu Lasten Deutschlands gewesen. Und daß von fiskalpolitischer Solidität einiger Staaten nicht die Rede sein konnte, pfiffen schon damals die Spatzen von den Dächern. Wenn aber die Stabilität des Euro letztlich von der Haushaltsdisziplin genau dieser Staaten abhängig war, konnte dieses Stabilitätsversprechen nur eine Mogelpackung sein. Und so war zum einen absehbar, daß man über kurz oder lang vor dem »Sachzwang« stehen würde, die Euro-Zone in eine Haftungsgemeinschaft zu verwandeln. Zum anderen war klar, daß es sich mitnichten um gegenseitige Haftung handeln würde, sondern daß Deutschland und einige andere reiche EU-Staaten für die südliche Peripherie hafteten.



*Und immer wieder: Trotz alledem! – Ölgemälde von Wolfgang Mattheuer, 1976*

Es wäre schlimm genug gewesen, wenn man es dabei belassen hätte, die Kontrolle über die nationalen Haushalte an Brüssel zu delegieren und damit die Demokratie unter EU-Vorbehalt zu stellen. Auch eine »europäische Wirtschaftsregierung« als weiterer Nagel im Sarg des Nationalstaates lag in der Logik der Entwicklung, die man herbeigeführt hatte – nicht obwohl, sondern gerade weil man wußte, daß sie zur Unterwerfung der Nationalstaaten unter einen unverantwortlichen und unkontrollierbaren Brüsseler Apparat führen würde. Beides ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar und unter den Vorgaben von Art. 20 und Art. 79 III GG ohne weiteres als Staatsstreich zu qualifizieren – ganz egal, ob das Bundesverfassungsgericht sich dieser Ansicht anschließt oder ob es wieder eines jener Ja-aber-Urteile fällt, von denen es in seiner Rechtsprechung der letzten zwanzig Jahren nur so wimmelt, in denen die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes in den Leitsätzen bekräftigt und im Kleingedruckten kassiert werden; Urteile, bei denen das schlechte Gewissen der Richter aus jeder Zeile der Urteilsbegründung spricht.

Was allerdings jetzt mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen worden ist, sprengt alles bisher Dagewesene. Nicht nur, weil der ESM die reicheren Länder auf Dauer verpflichtet, die Schulden der ärmeren zu bezahlen, also sich selbst zugunsten anderer zu verschulden (letztlich zugunsten einiger Großbanken, deren am Rande der Kriminalität unseriöse Geschäftspolitik auf diese Weise noch versilbert wird), sondern weil:

- Entscheidungen des ESM durch Mehrheitsbeschluß zustande kommen, die Empfängerländer also die Geberländer überstimmen und gegen deren Willen zu Zahlungen zwingen können;
- sowohl der ESM als Ganzes wie auch die einzelnen Entscheidungsträger rechtliche Immunität genießen, also an geltendes Recht praktisch nicht gebunden sind;
- der ESM jederzeit kurzfristig die Geberländer zum Nachschießen von Kapital in praktisch unbegrenzter Höhe zwingen kann;
- der ESM unkündbar ist, dieser Blankoscheck also bis in alle Ewigkeit gilt.

Ein solcher Vertrag ist ein Versklavungsvertrag. Ein Staat, der ihn ohne Not unterschreibt, verwirkt den Anspruch auf die Loyalität seiner Bürger. Was also tun? Gibt es für diese Frage auch einen Politikberater?

Literaturhinweise:

Bat Ye'or: *Europe, Globalization, and the Coming Universal Caliphate,* Madison 2011;

Wilhelm Hankel, et al.: *Das Euro-Abenteuer geht zu Ende: Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört,* Rottenburg 2011;

Karl Albrecht Schachtschneider: *Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Ein Staatsstreich der politischen Klasse,* Rottenburg 2011;

Manfred Kleine-Hartlage: *»Neue Weltordnung«. Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?,* Schnellroda 2011.

# Verfassungsputsch – Umsetzung und Finte

von Martin Lichtmesz

Friedrich Romig, ein Urgestein der austriakischen Konservativen, warnt in der Online-Zeitschrift *Echo* (1/2012) vor einem »großen Verfassungsputsch im Mai«. Als einen solchen betrachtet er die bevorstehende Ratifizierung des Vertrags zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch die österreichische Regierung: »Zum 700-Milliarden-Euro-plus-Monster namens ›Europäischer Stabilitäts-Mechanismus‹ soll das Parlament ja und amen sagen und dann auf ewig seinen Mund halten. … Der ESM ist eine Mega-Bad-Bank, die uneinbringliche Schulden zahlungsunfähiger Staaten (PIIGS) aufnimmt, um sie von den reichen Staaten (Deutschland, Niederlande, Finnland, Österreich) und ihren Bürgern ›bedienen‹ zu lassen.« Der vom österreichischen Bundeskanzler Faymann »am 2. Februar 2012 unterzeichnete und im Mai zur Ratifizierung anstehende Knebelvertrag ist ein totalitärer Anschlag auf das Verfassungsrecht, auf den Primat des Nationalrats und die Souveränität unseres Staates in Finanz- und Budgetfragen.« Dieser führe in nichts weniger als den »kollektiven Selbstmord«. Mit dem ESM-Vertrag werde »einer kleinen Gruppe von Personen, dem aus den Finanzministern der Euro-Mitgliedsstaaten bestehenden ›Gouverneursrat‹ (Art. 5), eine praktisch unkontrollierbare, politische und finanzielle Macht übertragen. … Der einzige Zweck des Putsches ist die Entschuldung schwacher Euro-Staaten zu Lasten der starken und ihrer Bürger. Es soll also genau das geschehen, was bei Einführung des Euro ausdrücklich ausgeschlossen wurde«, und zwar durch die »No-Bailout«-Klausel (heute Art. 125 AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der EU): »Kein Staat haftet oder zahlt für einen anderen Staat.« Um diese auszuhebeln, ist eine auf den ersten Blick »unscheinbare Verfassungsänderung« notwendig: »Dies geschieht durch einen Zusatz zu Art. 136 AEUV, der das Bailout-Verbot aufhebt.« Romigs Resümee: »Durch die Aufhebung dieses Kernstücks der nach deutschem Vorbild einst konzipierten ›Stabilitätsunion‹ wird die Europäische Währungsunion zu einer Schulden-, Haftungs- und Transferunion.« Damit ginge der »Staat Österreich« de facto unter, vergleichbar dem »Anschluß« von 1938.

All dies sind Dinge, die nicht nur für Otto Normalverbraucher schwierig zu verstehen sind. Die Komplexität der Verordnungen und Maßnahmen bringt für die Nutznießer den Vorteil mit sich, daß sie mangels Übersichtlichkeit auch keinen allzu großen Widerstand auf den Plan rufen. Was hier geschieht, ist längst nicht nur der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle entzogen, sondern auch der allgemeinen Vermittelbarkeit. Um so zweckmäßiger ist es, das von der großen Finanzpolitik verunsicherte Volk mit weniger trockenen Themen zu versorgen, die die Welt wieder übersichtlich in Gut und Böse teilen. Bankgeschäfte und Verfassungsklauseln sind langweilig: Nazis machen Spaß.

Pünktlich zum 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, hielt Bundeskanzler Faymann (SPÖ) ein, wie in der

Friedrich Romigs Analyse kann im Internet abgerufen werden unter: www.conwutatio.at/images/downloads/echo3.pdf

Mit dem ESM-Vertrag wird einer kleinen Gruppe von Personen, dem aus den Finanzministern der Euro-Mitgliedsstaaten bestehenden »Gouverneursrat« (Art. 5), eine praktisch unkontrollierbare, politische und finanzielle Macht übertragen.

- Die »Gouverneure« können das zunächst mit 700 Milliarden bestimmte Stammkapital des ESM jederzeit beliebig erhöhen (Art. 8, Abs. 2; Art. 10, Abs. 1).
- Sie können jederzeit noch nicht eingezahltes Stammkapital einfordern. Innerhalb von sieben Tagen müssen die Staaten der Aufforderung nachkommen.
- Sie können es dem ESM gestatten, Kredite in unbegrenzter Höhe aufzunehmen (= Eurobonds!), um schwache Länder und ihre Banken zu finanzieren (Art. 21).
- Die Leitung des ESM kann unbeschränkt

Presse zu lesen stand, »Europa-Plädoyer«. Mit »Europa« war natürlich die Brüsseler Fiskalunion gemeint. Wer über unsere Geschichte spreche, könne sich nicht an Schuld und Mitschuld vorbeischwindeln, so Faymanns Absage an den Versuch, den 8. Mai als Anlaß zu nehmen, ein »verharmlosendes Geschichtsbild vom Zweiten Weltkrieg zu zeichnen«. Der Zweite Weltkrieg war, so Kanzler Faymann, ein Aggressionskrieg, der Millionen Opfer gefordert hat, darunter über sechs Millionen Opfer der Shoa. Klar sei auch, daß die Alliierten das nationalsozialistische Regime in die Knie gezwungen hätten. Auch mutige Frauen und Männer hätten im Widerstand aktiv an der Befreiung Österreichs mitgewirkt, so Faymann in »tiefem Respekt«. Europa habe aus der Tragödie des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs gelernt: »Wer den Frieden in Europa wahren will, muß wissen, daß er die europäische Integration nicht abschaffen kann, ohne diesen Frieden zu gefährden. Nicht weniger Europa heißt die Lösung, sondern mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und im Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit.«

Den konkreten Schritt zu dieser »europäischen Integration« hat Faymann mit der Unterzeichnung des ESM-Vertrags vollzogen, der weder Auflösungs- noch Austrittsklauseln beinhaltet. Von der immerwährenden »Schuld« zum immerwährenden Schuldentransfer bedarf es also nur eines rhetorischen Katzensprungs. Was Faymann als »europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und im Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit« umschreibt, bedeutet konkret, daß »alle künftigen Generationen unseres Landes in alle Ewigkeit die Schulden anderer Länder übernehmen und bedienen, und das auf Kosten des eigenen Wohlstands« (Romig). Faymanns Rhetorik erscheint in dieser Perspektive als eine orwellianische Bemäntelung der Realität, mit der er das seiner Regierung unterworfene Volk hinters Licht führt – etwa auch mit der Aussage: Ein »Europa im 21. Jahrhundert, 67 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs«, bedeute, ein »unerschütterliches Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit« abzugeben. Es sei von zentraler Bedeutung, daß die jungen Menschen Zugang zu den Erinnerungen an die Jahre vor 1945 bekämen. Daher sei der »Gedenkdienst eine unverzichtbare Einrichtung«.

Daß diese »Erinnerungen« und »Gedenkdienste« zuvor gefiltert, geklittert und in Reih und Glied gebracht werden müssen, versteht sich von selbst. Das fällt leicht in einer Zeit, in der das allgemeine geschichtliche Wissen geringer denn je ist. Zu der ideologischen Filterung gehört auch, die Deutung des 8. Mai 1945 vor die Scheindichotomie »Befreiung« vs. »Niederlage« zu stellen, um die Böcke von den Lämmern je nach Bekenntnis zu dem einen oder dem anderen Schlagwort zu scheiden. Die Sache ist historisch bekanntlich viel komplexer. In Wirklichkeit bedeutet gerade ein manichäisches Bild des Weltkriegs eine »Verharmlosung« fortgeschrittenen Grades, während das vermessene Sortieren von minder- und höherwertigen Opfern nach ideologischen und geschichtsteleologischen Vorgaben von nichts anderem als einer hypermoralisch kaschierten Niedertracht und (hier trifft das abgelutschte Wort einmal zu) Menschenverachtung zeugt.

Die auf Schlagworte reduzierte Geschichte wird dazu benutzt, Feindbilder zu schaffen, denen eine sehr praktische ablenkende Funktion zukommt. So werden etwa die nationalkonservativen Burschenschafter von den österreichischen Leitmedien als Buhmänner der Nation aufgebaut. Das Wort führen dabei die Grünen, die seit 2010 in Koalition mit der SPÖ die Stadt Wien regieren und sich vorrangig auf der Bewältigungs- und Kulturkampfwiese austoben. Nachdem der traditionelle Korporationsball infolge einer heftigen Kampagne aus den Hallen der Hofburg verbannt wurde, steht nun auch das alljährliche Gedenken der Burschenschafter für die gefallenen Soldaten der Weltkriege an der Gedächtniskrypta auf dem Heldenplatz unter Beschuß. Diese Zeremonie wurde in den Medien ausschließlich in Anführungsstrichen (»Totengedenken«) tituliert und als Ehrung der Institutionen »Wehrmacht und Waffen-SS« hingestellt. Vor allem auf letzterer wird mit Genuß herumgeritten, wohlwissend um den Knalleffekt des Gezischels »SS« und wohlvergessend, daß ein Konrad Adenauer und ein Kurt Schumacher Ehrenerklärungen für die Angehörigen der Waffen-SS abgegeben haben.

Nun gibt es unter den Burschenschaftern gewiß einschlägige Fans der jüngeren Militärgeschichte – worauf es ankommt, ist, daß von der Linken

Geschäfte jeder Art mit jedermann abschließen. Sowohl die Leitung wie die Gouverneure genießen Immunität vor gerichtlicher Verfolgung, auch dann, wenn sie Gelder veruntreuen oder aufs Spiel setzen (Art. 35).

- Die Gouverneure, Leitung und Mitarbeiter haben Schweigerecht und Schweigepflicht. Sie können von niemandem außerhalb des ESM zur Rechenschaft gezogen werden. Sie selbst bestimmen ihre Prüfer (Art. 26–30). Gehalt oder »Entschädigung« setzen sie sich selber fest. Beides ist von staatlichen Steuern und Abgaben befreit.
- Gesetze gelten für den ESM nicht, weder bestehende noch zukünftige. Kein Gericht kann den ESM belangen oder auf sein Vermögen zugreifen. Umgekehrt hat der ESM Klagerecht gegen jedermann (Art. 32).
- Der ESM braucht für seine Bankgeschäfte keine Banklizenz, noch untersteht er irgendeiner Finanzaufsicht (Art. 32, Abs. 9).
- Der ESM kann praktisch alle banküblichen Finanzgeschäfte tätigen (Art. 14–21): Er kann Euro-Ländern Kredite geben (Art. 16), Anleihen von Euro-Ländern zeichnen (Art. 17), Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt kaufen oder verkaufen (Art. 18), Banken finanzieren (Art. 15), Euro-Ländern Kreditlinien und Ziehungsrechte einräumen (Art. 14), Euro-Bonds ausgeben (Art. 21) und Zinsen festsetzen (Art. 20).
- Der ESM kann unbegrenzt Kredite aufnehmen und »hebeln« (Art. 21).
- Der ESM kann die Liste der Geschäfte jederzeit ändern und erweitern (Art. 19).

(aus der Analyse Friedrich Romigs)

suggeriert wird, es wäre an sich skandalös, der Gefallenen der Wehrmacht und Waffen-SS zu gedenken, weil diese ja auf der grundsätzlich »verbrecherischen« Seite gekämpft hätten. Diesen pauschal jede Menschlichkeit und Tragik abzusprechen, und damit den Krieg auf die Toten auszudehnen, widerspricht nicht nur zivilisatorischen und christlichen Prinzipien – es steht auch quer zu den tatsächlichen Erinnerungen, die die meisten von uns an unsere Väter und Großväter und ihre konkrete historische Situation haben.

Es ist schwierig, eine abweichende Berichterstattung oder gar kritische Stellungnahme zu der allgemeinen Hatz zu finden, an der sich offenbar unisono jede Zeitung, Partei, Institution, Initiative und NGO beteiligt. Selbst die FPÖ hat dem Gedenken nach massiver Kritik die Unterstützung entzogen. Die Angegriffenen selbst bekommen kaum eine Möglichkeit der Gegendarstellung. Nach einigem Suchen findet man folgende »Resolution der Mitglieder der nationalfreiheitlichen Studentenverbindungen im Wiener Korporationsring« (www.aldania.at): »Die im öffentlichen Leben stehenden Mitglieder des Wiener Korporationsringes gedenken an diesem Tag der Menschen, die in den beiden furchtbaren Weltkriegen starben. Dieses Totengedenken wurde seit vielen Jahren von den österreichischen Behörden genehmigt und dem Anlaß gemäß stets in Ruhe und Würde abgehalten. … Wir machen am 8. Mai keine Demonstration, sondern wir wollen zum Gedenken an alle im Ersten und Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten einen Kranz niederlegen. Dieser Akt ist ein Teil unserer humanitären Gesinnung! Denn der Würde eines Menschen gebührt auch nach dem Tode Achtung.« Das klingt wesentlich vernünftiger als die offizielle Stellungnahme der Grünen im Binnen-I-Deutsch, die »WiderstandskämpferInnen, Wehrdienstverweigerern und ihren UnterstützerInnen, PartisanInnen und Deserteuren« sowie »den Soldaten der alliierten Armeen« huldigt, »die für die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus ihr Leben gelassen haben. Wir gedenken nicht der TäterInnen, auch wenn wir uns mit ihren Taten und ihrer Ideologie weiter auseinandersetzen, und sie niemals vergessen dürfen!«



*Die Zivilgesellschaft, auf die nächste Hängung wartend – Rudolf Schlichter: Hausvogteiplatz, Aquarellfarben auf Papier, 1926*

Wie auch immer: Der von Faymann beschworene »Rechtsstaat« mußte die Gedenkveranstaltung unter erheblichem Polizeieinsatz sichern. Der war nämlich nötig angesichts eines Mobs, der nach Presseangaben die Anzahl der etwa 200 Burschenschafter um ein Sechsfaches (!) überschritt. Es ging wohlgemerkt nicht darum, zwei gewaltbereite Gruppen voneinander getrennt zu halten, sondern eine friedliche Gruppe vor dem Zorn der anderen zu schützen. Eingeleitet wurde der Zirkus durch eine Veranstaltung der Grünen unter dem opportunistischen Motto »Wer heute nicht feiert, hat verloren.« Ein Redner warf der Regierung vor, sie würde »hochoffiziell strammstehen« vor »der SS«. Zu dieser Unterstellung hatte

dieselbe Regierung nichts zu sagen, wohl aber »verurteilte« sie das Gedenken der Burschenschafter – so interpretierte zumindest der *Standard* Faymanns Beschwörung der »Schuld und Mitschuld«. Mit keinem Wort »verurteilt« wurde dagegen der Aufmarsch der militanten Linksextremisten, die von den Grünen als »Freunde« begrüßt wurden und die sich mit nicht unverdächtiger Lust dem Schwenken von Fahnen hingaben, darunter sowjetische, amerikanische und israelische (!) – Enkel der Besiegten, die mit siebzigjähriger Verspätung zu den siegreichen Bataillonen aufschließen und über die Phantome der »Nazis« triumphieren. Hatte der grüne Redner eben noch beklagt, daß die Wehrmachtsoldaten doch nicht »für Österreich« gefallen seien, füllte sich nun der Platz mit Horden, die patriotische Transparente mit Aufschriften wie »Österreich, du Opfer!« vor sich hertrugen. Aber das verurteilte die Regierung nicht, und auch nicht, daß in der Folge der Heldenplatz in eine dröhnende Partymeile verwandelt wurde.

Mit keinem Wort verurteilte die Regierung aber noch etwas viel Finstereres, das man wirklich einmal erlebt haben muß, um kuriert zu sein: Was nämlich am Anfang noch eine gewisse schrille Komik hatte, wurde irgendwann geradezu beklemmend. Niemand hatte zuvor die Grünen gestört, die ausreichend Zeit bekamen, öffentlich ihre Meinung zum Gedenktag zu äußern. Kein einziger Grüner wurde beschimpft oder niedergeplärrt. Kein einziger Grüner mußte von Polizisten beschützt werden, damit seine körperliche Unversehrtheit gewährt sei. Ganz anders sah es nun umgekehrt aus. Das vergleichsweise kleine Häufchen Burschenschafter, das in weiter Distanz von den Gegendemonstranten stand, gesichert durch geharnischte Polizeitruppen und multiple Absperrungen, wirkte wie menschliches Löwenfutter im antiken Kolosseum, umzingelt von einer etwa viermal so großen Masse, die unablässig brüllte, pfiff, sang und lärmte. Was man hier vor sich hatte, war nichts weiter als eine gerade noch gebändigte Pogrommeute, die ohne die Anwesenheit der Polizei mit Sicherheit handgreiflich geworden wäre.

»Wir möchten heute vor diesem Hohen Haus im Namen der Regierungen erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferungen ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die große Leistung des deutschen Soldaten trotz aller Schmähungen während der vergangenen Jahre in unserem Volk noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden. Es muß auch gemeinsame Aufgabe sein, und ich bin sicher, wir werden sie lösen, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen.«

Erklärung Konrad Adenauers vor dem Deutschen Bundestag (3. Dezember 1952)

Nicht wenige Demonstranten verhöhnten mit Wollust die neuen Untermenschen. Ventile öffneten sich. Einer brüllte: »Zum Mitschreiben für eure Blätter: Ihr und eure Freunde, Familien, Frauen und Kinder seid die Pestbeule am Sack von Adolf Hitler!« Andere skandierten: »Wir kriegen euch alle!« und das übliche »Nazis raus!« Manche Gesichter schwelgten im Triumphgefühl, Teil einer siegreichen Volksgemeinschaft zu sein, die alles Recht auf ihrer Seite hat. Die Burschenschafter verhielten sich dagegen friedlich, würdevoll und diszipliniert. Als sie abrückten, strömte die Masse ihnen gierig hinterher. Die Masse – folge ihr niemals, niemals! Sie verwandelt dich zum Schaf, zum Schwein und dann zum Wolf.

All dies firmierte in der Presse als »Störversuche ohne gröbere Zwischenfälle«. Vermutlich sieht man auch darin ein »unerschütterliches Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit« und eine »richtige« Art des »Gedenkens und Erinnerns«. Dabei war es nichts anderes als der staatlich nicht unterbundene, sondern als Ablenkungsmanöver willkommene Kampf der guten Mehrheit gegen eine unbelehrbare, böse Minderheit, die es wagte, von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Anläßlich der Ausschreitungen von Salafisten gegen eine Demonstration der islamkritischen Bürgerbewegung Pro-NRW in Bonn sprach der Publizist Manfred Kleine-Hartlage auf seiner Internetseite *korrektheiten.com* von einer gezielten Politik der »Entdemokratisierung und Entliberalisierung, von Gängelung und Mobterror, von Gesinnungsjustiz und unverhohlenem Rechtsbruch.«

»Sehr geehrter Herr Generaloberst! Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede am 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Erklärung für Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.«

Aus einem Brief Konrad Adenauers vom 17. Dezember 1952 an Generaloberst der Waffen-SS a.D. Paul Hausser

Was am Heldenplatz am 8. Mai 2012 besonders auffiel, war die peinliche Abwesenheit des Staates, dem die Aufgabe zufiele, ein würdiges Gedenken jenseits der Bürgerkriegsgräben zu garantieren. Er hat, wie auch auf dem Finanzsektor, freiwillig das Feld geräumt und dem Mob die Drecksarbeit überlassen, die Widersassen seiner Politik wegzuputzen. Tatsächlich zeigt Faymanns Rede, daß sich das propagierte Geschichtsbild der Regierung weitgehend mit dem der Grünen und der Antifa deckt. Die extreme Linke zeigt sich einmal mehr als nützlicher Idiot und blinder Kettenhund einer Strategie der Ablenkung von den wahrlich demokratiegefährdenden globalen Finanzinteressen und einem quasi schon vollzogenen Verfassungsputsch. Dabei wäre doch der einzige Verbündete im Kampf gegen diesen Ausverkauf der starke Nationalstaat – und mit ihm sein Rückgrat: eine starke Rechte.

# Die Macht des Geistes

von Erik Lehnert

Eine Erörterung über die Macht des Geistes ist kein akademisches Glasperlenspiel, sondern eine notwendige Selbstvergewisserung für jeden, der am Kampf des Geistes um den Gang der Welt teilhat. Folgende Punkte sind dabei ausschlaggebend:

1. Je mächtiger der personale Geist eines einzelnen ausgeprägt ist, um so eher hat er die Chance, im Kampf mit dem objektiven Geist, dem Zeitgeist, nicht unterzugehen.
2. Für jede Opposition ist unverzichtbar, einen objektiven Gegengeist auszubilden. Das birgt zwar die Gefahr der Entfremdung und Isolierung, verhindert aber Zynismus. Der Erfolg mißt sich an der Stärke dieses Gegenbildes.
3. Im Kampf des Geistes um die Macht dürfen die irrationalen Momente nicht unterschätzt werden. Geist ist gerade nicht nur rational, bloßer Verstand. Die besseren Argumente allein genügen nicht.
4. Der Kampf des Geistes wird über Ideen geführt und entschieden. Ideen zeichnen sich weniger dadurch aus, daß sie gut begründet sind, sondern daß sie als Wahrheit akzeptiert werden, für die genügend »Verrückte« (Kaltenbrunner) bereit sind, vielleicht nicht ihr Leben, aber wenigstens ihren guten Ruf zu opfern. Vor allem also dadurch erhalten Ideen Macht.
5. Das Prinzip der Jüngerschaft wird Ausnahme bleiben, nicht zuletzt, weil die Wirksamkeit beschränkt ist und von der Person des Meisters abhängt, mit ihm steht und fällt. Dennoch bleibt der Geist exklusiv, allerdings nicht im Sinne eines Geheimwissens, sondern als etwas, das mit Fleiß, Aufmerksamkeit und dem entsprechenden Willen erschlossen werden kann.
6. Der personale Geist muß, um objektiver Geist zu werden oder daran Anteil zu haben, einen entsprechenden Machtanspruch vertreten. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: Die vertretene Idee darf nicht den Eindruck erwecken, verhandelbar zu sein. Das verstärkt die Geschlossenheit. Sie muß aber andererseits mit einem gewissen Spielraum vertreten werden, um nicht als »fixe Idee« in den Bereich des Pathologischen abgeschoben zu werden.
7. Abschließend stellt sich die Frage, von deren Beantwortung viel für die Motivation des personalen Geistes abhängt, in den Kampf einzutreten. Sie lautet: Wann hat eine Person oder eine Institution sich objektiviert, wann wird aus Erlebnis Gebilde, wann aus Seele Werk (Hans Freyer)? Eine Antwort ist oftmals nur aus der Rückschau möglich.

Wer sich die Macht des Geistes vergegenwärtigen will, erinnere sich einfach an einige Momente der deutschen Geschichte. Immer wenn Deutschland am Boden lag und von militärischer Macht entblößt war, kam eine Wiedergeburt über den Geist in Gang. Das war nach dem Dreißigjährigen



*Der Gegner des Geistes ist die Macht der Dummheit – A. Paul Weber: Triumphzug der unsterblichen Dummheit, Litho, 1949.*

Krieg nicht anders als nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt im Jahre 1806. Immer ging es zunächst darum, physische Verluste durch geistige Leistungen auszugleichen. Daß sich daraus wieder greifbare Macht entwikkelte, liegt im Wesen der Macht des Geistes begründet. Clausewitz faßte das in die bekannte Formel: »Es gibt keine Hilfe außer uns selbst, es gibt keine Rettung außer der, welche in unserer Kraft, in unserem Verstand, in unserem Herzen ist.« Neben den Willen, sich wieder herauszuarbeiten, tritt also die Bereitschaft zum Wagnis, gegen jede Wahrscheinlichkeit und berechenbare Möglichkeit eben genau diesen Weg zu wählen.

Bereits an diesem Beispiel wird deutlich, daß es sich bei der Macht des Geistes um das Zentrum der Macht überhaupt handelt, von der alle anderen Macht-Formen, ob militärische oder politische, abgeleitet sind. Ohne den Geist würde es sie nicht geben. Und dennoch ist die Rede von der Macht des Geistes problematisch, da zwischen Macht und Geist oftmals ein Widerspruch gesehen wird. Auf der einen Seite steht die Macht, die wahlweise böse ist (Jacob Burckhardt) oder mit nackter Gewalt assoziiert wird. Auf der anderen Seite steht der Geist, dem gern etwas Normatives unterstellt wird und der nicht selten das gute Prinzip gegen die Macht symbolisieren soll. Wie tief diese Entgegensetzung verankert ist, wird am Erstaunen darüber deutlich, daß sich Gebildete durchaus auch in den Dienst einer »bösen Macht« stellen (etwa »Das dritte Reich und seine Denker«).

»Vor der Macht fühlt sich der liberale Geist unsicher. Die Macht erscheint ihm als böse, als notwendiges Übel und als Gegensatz zu den beiden Ideen, denen er sich ganz verschrieben hat: denen des Geistes und des Rechtes.«

Gerhard Nebel: »Versuch über Ernst Jünger«, S. 229

Es geht um die Frage, welche Macht Ideen entfalten können und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen. Immer steht eine konkrete Idee, ein konkreter Geist im Mittelpunkt, der sich zur Macht aufschwingt. Das eingangs genannte Beispiel der Ereignisse in den Jahren nach 1806 belegt die Macht des Geistes sehr deutlich. Denn das, was sich dort geistig ereignete, hatte nicht nur zur Folge, daß Preußen Deutschlands Einheit vorantrieb und damit Großmacht werden konnte, sondern auch, daß diese geistige Grundlage über hundert Jahre Bestand hatte und den Deutschen ihren objektiven Geist gab, der in einigen Institutionen bis heute nachwirkt.

Von dort zeugt sich eine Tradition fort, die schon vor der Niederlage von 1918 in diesem Sinne die geistigen Kräfte, die sich abzunutzen drohten, zu erneuern und das schlapp oder hohl gewordene Gemeinwesen mit neuem Geist zu füllen gedachte. Es muß ja, so der Gedanke, nicht immer zur Katastrophe kommen, bevor die Selbstreinigungskräfte einsetzen. Nach 1918 sah man daher nur das offizielle Deutschland besiegt, das eigentliche, das geistige, bestand weiter und sollte jetzt, wie 1806, zum Tragen kommen. Man wähnte sich sogar durch die Niederlage dem Sieger überlegen, gerade weil klar war, daß die alten Mächte gewonnen hatten und der Sieger die Gelegenheit versäumte, sich selbst in Frage zu stellen. In der Niederlage dagegen lag die Möglichkeit, die ungelösten Probleme des Massenzeitalters neu anzugehen. Anders als 1806 waren diese Bemühungen, vor allem die von der sogenannten Konservativen Revolution ausgehenden, nicht von Erfolg gekrönt. Dennoch demonstriert die Zwischenkriegsepoche die Macht des Geistes. Vor allem der Aufstieg Hitlers, zu dem sich Geld und Gewalt erst im Laufe der Jahre gesellten, gab der Epoche sein Gesicht.

»Das nach außen gewendete, der Sieg des Fortschritts, erscheint als eine Maske, die der Weltgeist jetzt langsam lüftet, um die Völker an das versteinernde Gorgonenantlitz der totalen Rüstung zu gewöhnen. Je mehr davon sichtbar wird, um so deutlicher wird es, daß der Sieg sich dem scheinbar Besiegten zuzuwenden beginnt.«

Gerhard Nebel: »Versuch über Ernst Jünger«, S. 209

Die Macht des Geistes ist, je nach Definition, überall und nirgends. Wenn man Geist nur Philosophen oder anderen Arbeitern des Geistes zugesteht (und den anderen den Verstand beläßt), wird er nur selten zur Macht vorstoßen, denn der Durchlaß dorthin ist eng, und Mark Aurel oder Friedrich der Große sind Ausnahmegestalten. Wenn der Geist aber den Menschen konstituiert, wird er überall, auch in allen Machtfragen, zu finden sein.

Da Geist nur dem Menschen zukommt, führt die Klärung der Geistfrage über jene nach dem Wesen des Menschen. Spätestens seit der Romantik und dem Deutschen Idealismus bildete sich der heute gebräuchliche Begriff des Geistes heraus, der bereits damals in Polarität zur Natur stand, dennoch auch (bei Hegel) die große Klammer war, die alles (die Weltgeschichte, die Philosophiegeschichte und die Philosophie selbst, aber auch den einzelnen, die Gesellschaft und den Staat) umfaßte und zusammenhielt. Die Macht des Geistes ist dabei vorausgesetzt. Daß der Mensch ein Tier sein könnte, das seinen Trieben hilflos ausgesetzt sei, kam damals nicht vor. Insofern stand das 20. Jahrhundert, nach Darwin, Nietzsche und Freud, neuen Fragen gegenüber, die auch den Geist betrafen.

»Sobald das Individuum sich etwas ›gegen‹ den lebenden Gemeingeist herausnimmt, stößt es auf Widerspruch, ja auf Gegenwehr. Und diese Gegenwehr ist dem Einzelnen weit überlegen. Sie ist eine Macht anderer Größenordnung.«

Nicolai Hartmann: *Das Problem des geistigen Seins,* S. 234

Seither stellen alle Philosophen zunächst die Frage nach der Unterscheidung von Mensch und Tier, die vieles gemeinsam haben. Max Scheler sah beispielsweise bei beiden eine identische Stufenfolge: Gefühlsdrang, Instinkt, assoziatives Gedächtnis, organisch gebundene praktische Intelligenz. Wenn es all das sowohl beim Menschen als auch beim Tier gebe, müsse der Unterschied anderweitig gefunden werden, und dazu gehöre auch die Bestimmung, ob es ein gradueller oder ein absoluter und damit wesentlicher ist. Scheler sieht im Menschen ein neues Prinzip am Werk, das dem Leben entgegengesetzt und demnach keine Steigerung der genannten Stufen ist. Es handelt sich um das Prinzip des Geistes, das die Geschlossenheit der tierischen Umweltstruktur durchbricht. Der Mensch kann sich von der Umwelt distanzieren und sie zu seiner Welt machen. Aus dieser Grundstruktur entstehen alle Werke des Menschen. Er muß dazu, so Scheler, die starke Triebenergie sublimieren, weil der Geist – als höchste Stufe – keine eigene Energie hat. Der Kraftstrom müsse von unten nach oben gelenkt werden, so daß eine Spannung zwischen Leben und Geist entstünde.

»... das neue Bild und Gesetz zu bringen in einer Zeit des Widerstreites aller entfesselten Gedanken und Instinkte, die nicht fähig ist, die Herrscher im geistigen Reiche zu denken auch als Herrscher im wirklichen Staate.«

Kurt Hildebrandt: *Platon,* S. 12

Daß der Geist über keine eigene Energie verfüge, ist eine These, die Hegel niemals hätte gelten lassen. Und insbesondere für die Machtfrage ist es wichtig, ob es nicht doch eigene Machtquellen des Geistes gibt. Allerdings ist klar, was uns Scheler sagen will: Ohne Leben ist der Geist nichts, weil er nicht im luftleeren Raum, also trägerlos existiert.

Wir können uns, Sublimierung hin oder her, aber auch keine eigene Welt bauen, sondern wachsen immer schon in geistige Gebilde hinein. Der personale Geist, der einzelne Mensch, steht nie allein. Er steht in einem unauflöslichen Grundverhältnis zum objektiven Geist, der durch die dauerhaften Hervorbringungen des Geistes repräsentiert wird. Beide bedingen einander: Der personale Geist bildet sich am objektiven Geist und wächst in ihn hinein, um ihn schließlich mitzugestalten. Hier erscheint wiederum die Machtfrage, wenn wir davon ausgehen, daß zum objektiven Geist der Zeitgeist gehört, der sich in all den je aufscheinenden Facetten wiederfindet. Dieser objektive Geist, so hat es der heute vergessene Philosoph Nicolai Hartmann geschrieben, ist eine Macht im Leben des Individuums, die es leitet, führt, formt und seiner persönlichen Initiative das Schicksal bereitet.

Der einzelne kann, so Hartmann, nur wirken, wo er den objektiven Geist für sich hat, indem dieser seine Gedanken aufgreift und sich zu eigen macht. Das passiert nur, wenn die Suche bereits in diese Richtung geht. Der Widerstand gegen den Zeitgeist kommt nie von einzelnen, sondern muß sich, um als objektiver Geist eine entsprechende Macht entfalten zu können, auf eine Mehrheit stützen. Hartmann spricht von der »Gleichgeformtheit der Vielen«, die zur Isolierung des einzelnen und damit seiner Ohnmacht führe. Eine Revolution kann dieses Prinzip nur dann durchbrechen, wenn die Macht und der objektive Geist keine Einheit mehr bilden und das Revolutionäre den neuen Gemeingeist repräsentiert. Der Versuch, gegen den Zeitgeist zu opponieren, ist aber auch die einzige Chance, Macht überhaupt zu spüren. Denn solange man konform lebt, bleibt die Macht des Geistes ungreifbar, weil einen die »Geborgenheit des Durchschnittsmenschen« (Hartmann) umgibt.

»Gerade weil der Geist jenes menschliche Element ist, das par excellence nach Macht dürstet, kann er auch alle nur denkbaren Entbehrungen auf sich nehmen und sie dem bloß Animalischen aufzwingen, um diesen seinen Durst zu stillen.«

Panajotis Kondylis: *Macht und Entscheidung,* S. 81

Die Konzentration auf den Machtkampf zwischen personalem und objektivem Geist führt bei Hartmann dazu, daß die Frage, wie sich der personale Geist bildet, recht konventionell beantwortet wird: Der einzelne wächst in den Zeitgeist bzw. den objektiven Geist hinein. Damit wollten sich zu allen Zeiten einige Leute nicht abfinden und selbst dem Zeitgeist ihren Stempel aufdrücken. Inwieweit Scheitern und Gelingen von der einzelnen Persönlichkeit oder einer untergründig bereits vorhandenen Strömung des Zeitgeistes abhängen, ist schwer zu entscheiden.

»Der ›Geist‹ ist nicht in dem Sinne sozial, daß er bestimmte soziale Zustände in seinen Produkten widerspiegelt, sondern gerade in dem Sinne, daß er von Polemik lebt, also sozial lebenden Existenzen ideelle Waffen in die Hand gibt und sich dabei gestaltet, entfaltet und bereichert.«

Panajotis Kondylis: *Macht und Entscheidung,* S. 87

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Macht des personalen Geistes und sein Bestreben, Anteil am objektiven Geist zu erlangen, ist der George-Kreis. Er lebte vom Sendungsbewußtsein des Meisters, dem es im Laufe seines Lebens gelang, einen Kreis von Jüngern um sich zu scharen, der auch nach seinem Tod Bestand hatte. Die Macht des Geistes ging in diesem Fall nicht so weit, daß das geistige Reich zum objektiven Geist geworden wäre. Doch immerhin wurden Beispiele gesetzt, an denen nicht mehr vorbeigedacht werden konnte. Wie ambivalent das Ganze ist, zeigt nicht zuletzt der Fall Stauffenberg, der ja von dem Geist Georges völlig durchdrungen war und diesen eher als objektiven denn als personalen Geist wahrgenommen hat. Die Folge ist, daß man sich auf diese Art dem objektiven Geist einer Zeit entziehen kann, weil man ein geistiges Gegenbild hat.

Wie stark der George-Kreis um die Frage nach der Macht des Geistes kreiste, zeigt nicht zuletzt seine Vorliebe für Platons Philosophie, worin der Kampf des personalen Geistes mit dem objektiven Geist die entscheidende Rolle spielt. Der Tod des Sokrates ist aus der Sicht Platons eine Folge eben dieses Kampfes. Eines der letzten Bücher, dem George vor seinem Tod das Imprimatur erteilte und das unter dem Signet der Swastika erschien, war 1933 die Platon-Monographie von Kurt Hildebrandt. Sie trägt nicht umsonst den Untertitel »Der Kampf des Geistes um die Macht«. Trotz dieses Anspruchs ist auch hier klar, daß Platon in seiner verblendeten Zeit scheitern mußte. Daher wandte er sich ab von der Politik, dem Bereich, der eigentlich sein »Geschäft« gewesen wäre, gründete seine Akademie und beschwor im Kreis seiner Jünger den Geist der Zukunft. Ebenso war George 1933 bewußt, daß seine Zeit und die Zeit seines geistigen Staates nicht mehr zu Lebzeiten kommen würden.

Hildebrandts Buch ist daher so etwas wie ein Abschluß (und wird von Ulrich Raulff in seiner Geschichte des Kreises auch so eingeordnet). Seine Platon-Deutung, die auf die Macht des Geistes und dessen staatliches Wollen abhebt, blieb innerhalb des Kreises nicht unwidersprochen. Weil Hildebrandt sich nach 1933 recht deutlich integrierte, war er entsprechenden Vorwürfen ausgesetzt. In einem Brief von 1949, in dem er sich dagegen zur Wehr setzte, heißt es: »Sie sagen ›Geist, der Macht sein will, ist Verderben.‹ Ich sage, Geist ist Macht.« Damit hat Hildebrandt etwas erfaßt, was den sprichwörtlichen platonischen Geistjüngern doch immer unangenehm war: Daß sich die Machtfrage eben auch im Bereich des Geistes stellt – nicht nur, wenn es um den Widerstand des personalen gegen den objektiven Geist geht, sondern auch innerhalb der jeweiligen Bereiche. Das wird gerne ausgeblendet – und zwar zugunsten der Eigenschaft des Geistes, der den Machttrieb überwinden soll. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade durch die Überwindung des Animalischen durch den Geist eröffnet sich das Feld für die »dynamische Erweiterung und Absicherung der Selbsterhaltung« (Kondylis). Im Bereich des Animalischen ist diese auf den Moment und die Gegenwart beschränkt. Der Geist öffnet die Schranken. Der Instinkt wird durch den Geist verlängert. Kultur, der objektive Geist, beruht auf einem paradoxen Verhältnis von Instinkt und Geist, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen. Damit hat er das Selbsterhaltungsstreben nur verbessert, nicht verändert. Der Geist behauptet das nur, um seine Chancen im Machtkampf zu steigern. Seine Objektivität ist Mittel im Kampf. Der Geist bleibt damit lebensnah, gerade weil er an den Kämpfen teilnimmt oder sie auslöst. Das gilt es zu beachten, insbesondere dann, wenn sich der Zeitgeist nur noch als objektiver Geist tarnt, weil er längst weiß, daß seine Zeit abgelaufen ist. Objektivität verspricht Geborgenheit und repräsentiert im Kampf die lichte Seite, weshalb diese Maskerade noch auf unabsehbare Zeit Gefolgschaft einfordern kann. Erst wenn der sprichwörtliche Kaiser nicht nur nackt ist, sondern auch als solcher angesehen wird, hat er den Kampf verloren.

Literaturhinweise:

Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Wege der Weltbewahrung. Sieben konservative Gedankengänge,* Asendorf 1985;

Otfried Höffe (Hrsg.): *Vernunft oder Macht? Zum Verhältnis von Philosophie und Politik,* Tübingen 2006;

Panajotis Kondylis: *Macht und Entscheidung. Die Herausbildung der Weltbilder und die Wertfrage,* Stuttgart 1984;

Hans Freyer: *Theorie des objektiven Geistes. Eine Einleitung in die Kulturphilosophie,* Leipzig/Berlin 1923;

Nicolai Hartmann: *Das Problem des geistigen Seins. Untersuchungen zur Grundlegung der Geschichtsphilosophie und der Geisteswissenschaften,* Berlin/Leipzig 1933;

Kurt Hildebrandt: *Platon. Der Kampf des Geistes um die Macht,* Berlin 1933;

Gerhard Nebel: »Versuch über Ernst Jünger«, in: ders.: *Feuer und Wasser,* Hamburg 1939, S. 202–242;

Ulrich Raulff: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben,* München 2009;

Max Scheler: *Die Stellung des Menschen im Kosmos,* Darmstadt 1928.

# Thesen zur Skandalokratie

von Felix Menzel

Das Standardvokabular der Meinungsmacher taugt nicht mehr zur Beschreibung der politischen Wirklichkeit. Wie ist das mit der Demokratie, wenn uns die wirklich entscheidenden Weichenstellungen als »alternativlos« aufgezwungen werden? Und trotzdem wäre es falsch, zu behaupten, wir hätten es mit einem anti-demokratischen System zu tun: Noch ist uns der Urnengang erlaubt, noch ist dessen Ergebnis offen.

Was also sagte der Begriff »Demokratie« überhaupt noch aus über unsere politische Wirklichkeit? Und wie ist es mit den anderen, sinnentleerten Begriffen: dem der Freiheit, des Rechtsstaates, des Parlaments, der Gewaltenteilung, der Macht, des Sozialen und der Ökonomie? Einerseits ist uns heute alles erlaubt, andererseits leben wir in einer Optimierungs- und Überwachungsgesellschaft, deren Methoden so subtil sind, daß wir sie im Grunde nicht durchschauen können. Wir beteiligen uns über die »sozialen Netzwerke« sogar an unserer eigenen Ausleuchtung und Überwachung. Wir haben einklagbare Grundrechte, und doch besteht kaum Hoffnung, auf diesem Feld Gerechtigkeit zu erfahren, weil letztlich fast jeder Sache so oder auch ganz anders ausgelegt werden kann. Wer ist denn das »deutsche Volk«, jener Souverän also, von dem alle Macht ausgehen muß? Wenn es schon nicht mehr souverän ist, ist es dann wenigstens noch eine Solidargemeinschaft? Wohl kaum, und über das Ende des Sozialen im vollendeten Wohlfahrtsstaat – um ein weiteres Beispiel zu nennen – schreibt Jean Baudrillard zu Recht: »Alle sind vollkommen ausgeschlossen und versorgt, vollkommen desintegriert und sozialisiert.« Ein politischer Begriff hat keinen Sinn mehr, sobald er von Widersprüchen zerfressen wird. Es nützt dann auch nichts, ihm einfach die Vorsilbe »post-« zu verpassen, um die Veränderung auszudrücken. Der Begriff der Postdemokratie ist deshalb unsinnig, weil er einen Idealzustand der Demokratie voraussetzt, den es historisch nie gegeben hat.

»Der postmoderne Journalismus maßt sich sehr oft an, Polizist, Staatsanwalt, Zeuge, Richter und Berufungsgericht in einem zu sein. (…) Eine ›Vierte Gewalt‹, die im Namen der Meinungsfreiheit Staatsgeheimnisse verrät, Gerichtsprotokolle veröffentlicht, Diskretion und Intimsphäre abschafft, die Profilierungsneurose eines Journalisten mit der Pressefreiheit verwechselt und die ganze Welt als eine einzige Veröffentlichung begreift, eine solche ›Vierte Gewalt‹ trägt totalitäre, terroristische Züge, sie kann zum ›Großen Bruder‹ werden.«

Gerd Bacher, ehemaliger Intendant des ORF

Die Herausforderung liegt also darin, die Herrschaftsmethoden des 21. Jahrhunderts mit neuen oder zumindest treffenderen Vokabeln zu beschreiben, als sie im Handbuch der Politikwissenschaft zu finden sind. Der französische Ethnologe Marc Augé bezeichnet unsere Epoche in seinem Buch *Nicht-Orte* zum Beispiel sehr treffend als Übermoderne (*surmodernité*). Diese sei durch Übertreibung, Überfülle und Übermaß gekennzeichnet und könne nur durch »ethisch indifferente Superstrukturen« (Arnold Gehlen) gebändigt werden, die auf drei Säulen ruhten: dem Bürokratismus (staatliche Herrschaft), der Skandalokratie (mediale Herrschaft) und der Finanzoligarchie (ökonomische Herrschaft).

Am Bürokratismus und der Finanzoligarchie arbeiten sich bereits etliche Experten ab. Ein eigenartiges Schattendasein führt hingegen die Skandalokratie, was ihre Macht weiter verstärkt. Gerade die Wissenschaft hat bisher den Schritt von der Analyse der Mechanismen des Skandals (vgl. *Sezession* 41, Hans Mathias Kepplinger: »Tabus bis zur

# Die Musterdörfer des Duce – Die Borghi Siziliens

Wahrscheinlich bringt nichts den Machtanspruch eines Staates, einer Religion, einer Weltanschauung so deutlich zum Ausdruck wie Architektur. In Bauten wird seit dem Beginn des Zeitalters der Hochkulturen Herrschaft manifestiert, legitimiert und deren Zukunft entworfen. Gigantische Projekte spielten dabei immer eine Rolle, aber erst seit der Französischen und der Industriellen Revolution haben utopische architektonische Entwürfe Aussicht auf Verwirklichung.

Das 20. Jahrhundert hat das überdeutlich werden lassen, von der Errichtung Neu-Delhis und Brasilias über die sowjetischen Maßnahmen zum Umbau bestehender und zur Gründung neuer Städte bis zu den nie verwirklichten Plänen Hitlers für »Germania«. Das faschistische Italien nimmt diesbezüglich eine Zwischenstellung ein. Zwar hat das Regime in der relativ langen Phase seiner Existenz, von 1922 bis 1943, viele Vorstellungen, die von Mussolini und seinen Mitarbeitern entwickelt wurden, umsetzen können, andererseits zögert man, diesen Entwürfen einen utopischen Charakter zuzuschreiben. Das hat nicht nur damit zu tun, daß es neben avantgardistischen Vorgaben einen ausgeprägten Klassizismus gab, sondern ist auch darauf zurückzuführen, daß viele Projekte einen eher unideologischen Charakter aufwiesen und einfach auf die Modernisierungsabsichten des Faschismus zurückzuführen waren.

Dem entspricht auch das Bild der *Borghi,* jener mehr als fünfzig Mustersiedlungen, die Mussolini ab 1922 auf Sizilien, einer der ärmsten Regionen des Landes, errichten ließ. Ohne Zweifel ging es dabei um die »Faschisierung« des Gebietes, aber auch darum, die Bevölkerung des Südens zu integrieren und vor allem etwas gegen das Elend und die Unbildung der Landarbeiterschaft zu tun, die im Grunde außerhalb der jungen italienischen Nation stand. Allerdings zeigte sich schon in der Zeit des Regimes, daß diese Absicht zum Scheitern verurteilt war. Nur die *Borghi,* die in der Nähe größerer Städte lagen, erfüllten ihre Aufgabe.

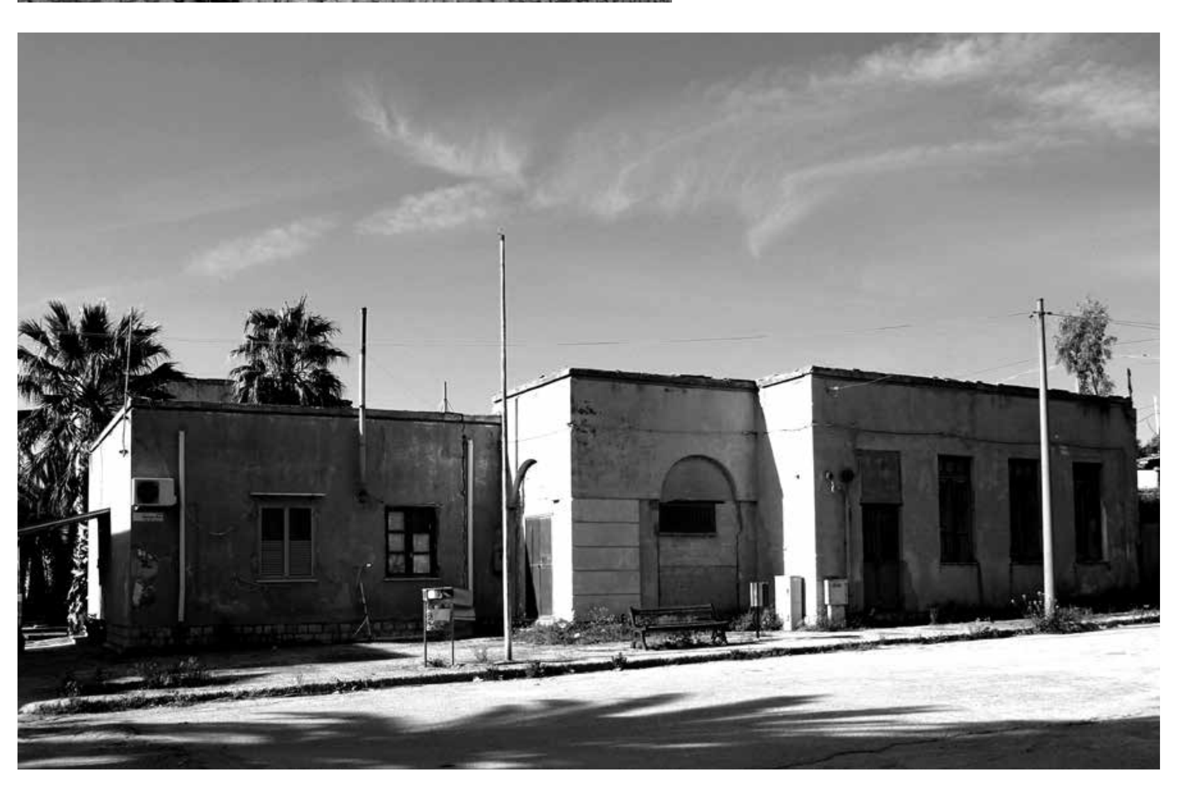
Gerade in den abgelegenen Gegenden wurden sie von den Sizilianern nicht angenommen. Etliche blieben leer, nach dem Zusammenbruch des Faschismus verfielen sie und wurden zu regelrechten Geisterdörfern. Andere nahm irgend jemand ohne Rechtstitel in Besitz, wandelte die großen Gebäude in Lagerhallen oder Garagen um, nutzte die kleineren als Wohnhäuser oder für die Verwaltung von Gutsbetrieben und landwirtschaftlichen Kooperativen. Heute reicht das Spektrum der Nutzungsarten daneben vom Bordellbetrieb bis zum Heim für schwererziehbare Jugendliche. Die *Borghi* sind insofern auch ein Sinnbild für die Grenzen der Macht – sogar in einem Staat, der seinem Selbstverständnis nach totalitär war.







Es gibt einzelne *Borghi,* deren Gebäude weitgehend intakt sind, weil sie intensiv genutzt werden, so die des Villagio la Loggia in der Nähe Agrigents, dessen »Hauptstraße« das obere Bild zeigt. Der Normalfall ist allerdings ein mehr oder weniger fortgeschrittener Zustand des Verfalls, den man auf den übrigen Fotografien erkennen kann. Sie stammen aus dem *Borgo* Manganaro bei Roccapaluma sowie dem *Borgo* Melli bei San Giovanni.



Die Gebäude der *Borghi* sind nicht auf traditionelle Weise errichtet worden, sondern aus vorgefertigten Elementen, was etwas von der relativen Modernität ihrer Architektur erklärt. Die Verwendung minderwertiger Materialien ist einer der Gründe für den maroden Zustand vieler Gebäude.










Anders als im Fall vieler Repräsentationsbauten der faschistischen Ära sind an den *Borghi* die Embleme des Regimes fast vollständig getilgt. Rutenbündel oder explizite Hinweise auf Mussolini finden sich kaum. Dasselbe gilt nicht für die Kirchen, die neben einem Gebäude, das administrativen Zwecken dienen sollte, zum Grundbestand jedes *Borgo* gehörten. Selbstverständlich kam darin etwas von der engen Verbindung zum Ausdruck, die der Faschismus seit dem Ende der 1920er Jahre mit dem Katholizismus eingegangen war. Auch bei den Kirchengebäuden kann man das Bemühen erkennen, einen Ausgleich zwischen Tradition – in bezug auf den Inhalt – und Neuerung – in bezug auf die äußere Form – zu erreichen.

*Die Fotografien stammen von Karlheinz Weißmann*

Verlogenheit«) zur Durchdringung der dahinterstehenden Herrschaftsmethodik nicht gewagt. Das muß nachgeholt werden – deshalb für den Anfang vier Thesen:

These I Die entideologisierte Konsensdemokratie gerät nach Skandalen in einen Ausnahmezustand. Die Enthüllungen in Echtzeit setzen die Politik unter enormen Handlungsdruck, den es ansonsten nicht gibt. Politische Konsequenzen mit verheerenden persönlichen Folgen für die Beschuldigten werden deshalb meistens bereits dann gezogen, wenn die Ermittlungen und die Aufklärung des Skandals noch nicht abgeschlossen sind. Es ist also zum Zeitpunkt der Beschlüsse noch unklar, was nur ein öffentliches Gerücht ist und was der Wahrheit entspricht. Diese Herrschaftsmethodik hat mit der Grundidee des Parlamentarismus, der Idee von offener Debatte um die richtigen Lösungen, nichts mehr zu tun.

Erläuterung: Im freiheitlich-demokratischen Weltbild sorgen Medien dafür, Mißstände der Politik aufzudecken und somit an ihrer Aufarbeitung mitzuwirken. Der Soziologe Karl-Otto Hondrich, ein Vertreter der funktionalistischen Skandaltheorie, meint etwa, daß nichts den guten Sitten und der Demokratie zuträglicher sei als der Skandal, weil er im entscheidenden Moment wirksamer zupacke als normale Wahlen. Im Einzelfall läuft es genau so, wie etwa bei der Enthüllung der zusammenplagiierten Doktorarbeit des ehemaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Aber der blinde Fleck ist riesig: Die Frage ist doch, »warum Hohmann geht und Friedman bleibt« (Arne Hoffmann). Der Medienwissenschaftler Steffen Burkhardt findet in seiner Promotion über Medienskandale zu einem beunruhigenden Befund: »Der Schritt von der Skandalisierung des Anderen zu dessen Vernichtung aus kollektiver Notwehr ist symbolisch äußerst marginal.« Getroffen hat es in dieser Weise in den vergangenen Jahren mutmaßliche Vergewaltiger wie Jörg Kachelmann, ideologische Abweichler wie Eva Herman und Politiker mit ausgeprägten (aber wohl völlig alltäglichen) Seilschaften wie Christian Wulff. Von einer solchen Skandalisierung, die einer symbolischen Vernichtung gleichkommt, kann gesprochen werden, wenn das Medienopfer von allen mächtigen Gruppen der Gesellschaft gemeinsam erlegt wird und eine Rehabilitierung von Vornherein ausgeschlossen ist, obwohl das Ausmaß des vermeintlichen Mißstandes noch unklar ist.

Der Regierung würde von Opposition und Öffentlichkeit Untätigkeit vorgeworfen, wenn sie in medialen Ausnahmezuständen nicht voreilig handelte: Gefahr könnte im Verzug sein, und schlechte Karten hat, wer stündlich nach Konsequenzen gefragt werden kann, und noch immer keine gezogen hat. Medien haben zudem ein »Gefahrenerfindungsrecht« (Günter Frankenberg). Sobald der Staat auf dieses mit einer hyperpräventiven Logik antwortet, gibt er seine Souveränität auf. Hier offenbart sich ein Grundproblem der Gewaltenteilung im modernen Staat. Die Medien haben ständig gut klagen. Sie üben durch ihr *agenda setting* sowie die Fähigkeit, das Ansehen von Führungspersonen entscheidend zu prägen, eine enorme Macht aus, für die sie keine Gegenleistung zu erbringen haben. Noch nicht einmal besteht für sie die Pflicht, sich an die Wahrheit zu halten, da die juristischen Sanktionen für falsche Anschuldigungen harmlos sind. Dadurch hat sich ein »System der organisierten üblen Nachrede« (Mappes-Niediek) entwickelt, von dem überschießende Impulse in Richtung öffentlichkeitswirksamen Handelns ausgehen, denen die Politik immer dann nachgibt, wenn sie keine standfesten Positionen entwickelt hat. Diese Praxis ist inzwischen zur Regel geworden: Den Technokraten in Deutschland fehlt ein ausgeprägtes historisches Langzeitgedächtnis und eine philosophische Weltanschauung. Sie entscheiden deshalb aus einem unhinterfragten Sinn heraus. Ihre Ideologie ist die Ideologielosigkeit, die dazu führt, daß die herrschenden Eliten Grundsatzfragen scheuen und alle Freigeister, die noch unbequem fragen, ins Abseits stellen.

Beispiel: Nach der Naturkatastrophe in Japan und den dadurch verursachten Schäden am Atomkraftwerk in Fukushima vollzog die Bundesregierung eine beispiellose Kehrtwende in ihrer Energiepolitik und beschloß wenige Monate nach einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke deren schnellstmögliche Abschaltung. Wie kurzsichtig dieser Schritt war,

»Medien eignen sich als vierte Gewalt, aber nicht als dritte. Wo keine verlässliche Jurisdiktion in letzter Instanz feststellt, was die Wahrheit ist, entwickelt sich investigativer Journalismus, selbst wenn er mit seriösen Mitteln und in lauterer Absicht betrieben wird, unweigerlich zu einem System der organisierten üblen Nachrede.«

Norbert Mappes-Niediek: »Rufmord ohne Folgen. Medien in Osteuropa.« In: Christian Schertz/ Thomas Schuler (Hrsg.): *Rufmord und Medienopfer, Die Verletzung der persönlichen Ehre,* Berlin 2007, S. 172

sieht man daran, daß Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien derzeit den Ausbau der Atomkraft forcieren und so der Verzicht der Bundesregierung auf Atomkraft nur einen Wettbewerbsvorteil für die europäischen Nachbarn bewirkt hat.

## These II

Diese Herrschaft des Skandals gefährdet den Rechtsstaat und setzt ihn zuweilen außer Kraft. In der Skandalokratie fällt die »Rechts-Ordnung« auseinander. Das Recht wird notfalls suspendiert, um die alte Ordnung zu bestätigen oder eine neue auf den Weg zu bringen. Hier wird der Unterschied zwischen Legalität und Legitimität sichtbar.

Erläuterung: Mit ihrem Gefahrenerfindungsrecht versuchen die Akteure der Öffentlichkeit auf Mißstände hinzuweisen, bei denen der Staat aus ihrer Sicht zu lange tatenlos weggeschaut hat. Überwiegen bei dieser Anklage moralische Argumente, droht eine Ausweitung dieses Rechts ins Unendliche. Journalisten, Politiker und Lobbyisten fordern allzugern, ihre hypermoralischen Vorstellungen auf die Allgemeinheit anzuwenden, um fragwürdiges Verhalten, das rechtlich straffrei ist, dennoch zu verfolgen. Sobald diese Forderung auf den Staat übergreift, erleben wir die Geburt des Siamesischen Zwillingspaars von »gesetzestreuem Verfassungsfeind« und »legalem Gesetzesmißbrauch« (Frankenberg). Egal, ob es »nur« zu einer medialen Hexenjagd kommt oder auch zu einer staatlichen Verfolgung, Fakt ist, daß hier eine Scheinlücke im Normengefüge und eine Rechtsleere geschaffen wird, durch die außerrechtliche Sanktionen als legitim erscheinen sollen.

»Die Skandalisierung hat schlimme Ausmaße angenommen. Sie verdirbt die Sitten, den Umgang der Menschen miteinander. Wenn Angeklagte als Bestien dargestellt werden, wird auch der Nachbar schnell zum Monster, nur weil man bei dem schon immer ein komisches Gefühl hatte. Gerade wenn ein Unschuldiger freigesprochen wurde, in der Öffentlichkeit aber weiterhin als Verbrecher gilt, wird es gefährlich. Dann ist die Justiz machtlos, dann regiert der Boulevard.«

Gisela Friedrichsen, *SPIEGEL*-Gerichtsreporterin

Beispiel: Die mediale und strafrechtliche Verfolgung der sogenannten Zwickauer Terrorzelle NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) geht weit über die gesetzlichen Grenzen hinaus. Die *BILD* hat in den letzten Monaten reihenweise Unterlassungserklärungen unterschreiben müssen, weil sie zu Unrecht Personen aus dem rechten Lager verdächtigte. Während die Opfer dieser Kampagne als mutmaßliche Terroristen stigmatisiert wurden, kann die *BILD* ihre juristischen Niederlagen unter »Sonstiges« abheften. Zugleich reagierten die Behörden auf den öffentlichen Druck, indem sie auf den Modus einer »Herrschaft des Verdachts« umschalteten. In der medialen Wahrnehmung erscheint so die »mutmaßliche Rechtsterroristin« Beate Zschäpe auch deshalb bereits als vorverurteilt, weil die Bundesanwaltschaft den Eindruck ihrer bewiesenen Schuld erweckt und nur über ein noch größeres Ausmaß des Falls spekuliert. Die Verteidiger von Zschäpe hingegen werfen der Bundesanwaltschaft vor, noch kein belastendes Material vorgelegt zu haben. Die Akten hätten bisher noch keine Beweise dafür geliefert, daß Zschäpe an der Bildung einer terroristischen Vereinigung mitgewirkt habe. Die Bundesanwaltschaft konterte das mit dem Hinweis, Zschäpe sei »Kopf und Herz« der NSU gewesen, weil sie »Hitlers *Mein Kampf* und einschlägige Nazi-Literatur gelesen« haben soll.

## These III

Die Skandalokratie verdrängt in der öffentlichen Wahrnehmung die eigentlichen Herausforderungen unserer Zeit und ist damit eine Debattenverhinderungskultur. Es findet ein Informations-Overkill bei gleichzeitigem Totschweigen der Hintergründe und Ursachen von Problemen statt. Souverän ist folglich, wer die permanenten Ausnahmezustände auslösen und steuern kann und wem es gelingt, im normalen Tagesgeschäft politische Entscheidungen und Debatten zu verhindern.

Erläuterung: Der liberale Staat verdrängt die Krise, weil er einen Regelungsoptimismus an den Tag legt. Durch »souveräne Nicht-Entscheidungen« (Giorgio Agamben) wird die Lage so immer prekärer und irgendwann nicht mehr mit den vorhandenen Staatstechniken zu lösen sein. Souveräne Nicht-Entscheidungen finden immer dann statt, wenn statt einer einfachen Lösung ein bürokratischer Popanz veranstaltet wird, der sich damit begnügt, die Behebung der Probleme an die ominöse Zivilgesellschaft (im Klartext: Lobbyorganisationen), an Kommissionen, »Runde Tische« oder Ausschüsse zu delegieren. Diese haben dann eine Legitimation solange an Einzelteilen herumzuschrauben, bis die Öffentlichkeit ein anderes Thema zerpflückt. Das große Ganze steht damit nie zur Diskussion.

Beispiel: Statt über den demographischen Niedergang zu sprechen, diskutiert die Öffentlichkeit hochemotional, wann man eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände einführt. Statt über das überfremdete Deutschland zu sprechen und dazu die Gesamtheit aller in Deutschland lebenden Ausländer zu betrachten, wird diese Diskussion durch einzelne Beispiele gelungener Integration unterdrückt. Hier schlägt die Strategie der Personalisierung die Brisanz des Gesamtthemas. Genauso lief es auch in der Debatte um den zurückgetretenen Bundespräsidenten: Statt über die Führungskrise des Staates zu sprechen, probten Opposition und insbesondere die *BILD* den Aufstand gegen Christian Wulff wegen eines Privatkredits. Dabei durchleuchteten sie sein Privatleben mit einer Intensität, die in der Geschichte der Bundesrepublik nie zuvor ein Spitzenpolitiker so erleben mußte. Die Forderung nach Transparenz hat hier ihre Schattenseite offenbart. Der Philosophen Byung-Chul Han ist sogar der Meinung, daß wir auf dem besten Weg sind, »Sklaven der Sichtbarkeit« zu werden. Da Wulff die Berichterstattung über diesen Kredit und sein Privatleben mit ein paar Anrufen im Hause Springer entweder verhindern oder verzögern wollte, wurde ihm zudem ein Angriff auf die Pressefreiheit unterstellt. Auch dieser Vorwurf ist eine Nebelkerze, die tatsächliche Bedrohungen unserer Freiheit übertünchen soll.

## These IV

Unsere Wahrnehmung ist so sehr von Boulevardisierung, Personalisierung, Ritualisierung, Beschleunigung der Neuigkeiten sowie Virtualisierung bzw. Anonymisierung geprägt, daß die eigentlichen Herausforderungen der Gegenwart nur auf die Agenda kommen, wenn jemand sie skandalös thematisiert. Neben moralischen Verfehlungen und tatsächlichen Straftaten reicht in traumatisierten Nationen häufig bereits eine ungeschminkte Schilderung der Wirklichkeit.

Erläuterung: Selbstverständlich gibt es täglich auch unzählige (angenommene und verweigerte) Skandalisierungsangebot an die Öffentlichkeit, die die Dominanz der Debattenverhinderungskultur brechen wollen. In einem Essay über das weltberühmte Skandalgemälde »Der Ursprung der Welt« von Gustave Courbet definierte Springer-Vorstand Mathias Döpfner in der *Welt am Sonntag* vom 9. Januar 2011, der größte Skandal sei der »direkte, realistische Blick auf die ersten und letzten Dinge«. Auf die politische Lage Deutschlands übertragen, würde dies bedeuten, daß eine prominente, charismatische Persönlichkeit die Nacktheit des Kaisers anprangern muß. Erfolg dürfte aber auch diese Anklage nur mit viel Glück haben und wenn sie an der Grenze zur Überzeichnung steht. Der Skandalisierer muß also auch noch ganz genau schildern, wie fett, häßlich und widerlich der Kaiser aussieht.

Beispiel: Den »Fall Sarrazin« hätte es nicht gegeben, hätte er nicht vorab von den »Kopftuchmädchen« gesprochen. Dies war eine bewußte Skandalisierung. Wenn man nichts zu verlieren hat und zudem noch ein dickes Fell besitzt, kann man einen Skandal provozieren, weil nur über ihn heutzutage noch neue Themen ansprechbar sind. Die Skandalisierung von Sarrazin hat danach nur noch partiell funktioniert. Zwar hat er seine Position als Bundesbanker verloren (personelle Skandalisierung), aber eine thematische Verschiebung im Diskurs über Ausländer in Deutschland hat es trotzdem gegeben. An die Stelle der Multikulti-Utopie ist die Utopie einer gelingenden Integration getreten. Am deutlichsten hat sich dies an zwei Aussprüchen der Kanzlerin gezeigt. Sie fand Sarrazins *Buch Deutschland schafft sich ab* »wenig hilfreich«, und trotzdem erklärte sie kurze Zeit später, Mulitkulti sei gescheitert.

Ebenfalls einen Skandal provozieren wollte Günter Grass im April 2012 mit seinem stümperhaften Gedicht »Was gesagt werden muss«. Darin teilt er mit, warum er so lange über die Bedrohung des »Weltfriedens« durch Israel geschwiegen habe. Er empfinde das als »belastende Lüge«, die er bisher nur aufrechterhalten habe, weil seine »Herkunft« mit einem »nie zu tilgendem Makel behaftet« sei. Trotz des Dilettantismus, mit dem Grass seinen Angriff vortrug, ist es ihm gelungen, sein Thema zumindest gute zehn Tage zum Leitthema der Massenmedien zu machen und die politischen Talkshows und Feuilletons der Republik zur Beschäftigung mit seinen Thesen zu bewegen.

Literaturhinweise:


Giorgio Agamben: *Ausnahmezustand,* Frankfurt a.M. 2004;

Marc Augé: *Nicht-Orte,* München 2010;

Jean Baudrillard: *Im Schatten der schweigenden Mehrheiten oder Das Ende des Sozialen,* Berlin 2010;

Steffen Burkhardt: *Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse,* Köln 2006;

Günter Frankenberg: *Staatstechnik. Perspektiven auf Rechtsstaat und Ausnahmezustand,* Berlin 2010;

Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates,* 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1992;

Byung-Chul Han: *Transparenzgesellschaft,* Berlin 2012;

Arne Hoffmann: *Warum Hohmann geht und Friedman bleibt. Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser,* Schnellroda 2005;

Karl-Otto Hondrich: *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals,* Frankfurt a.M. 2002;

Hans Mathias Kepplinger: *Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen – und andere nicht,* München 2012;

Udo Pollmer: *Wer hat das Rind zur Sau gemacht? Wie Lebensmittelskandale erfunden und benutzt werden,* Reinbek 2012;

Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus,* Zuletzt Berlin 2010;

Carl Schmitt: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität,* Zuletzt Berlin 2009.

# Machterhalt – Einsichtselite nach dem letzten Krieg

von Thorsten Hinz

Nach 1945 waren die Siegermächte bestrebt, ihrem Sieg über Deutschland Dauer zu verleihen, indem sie ihnen ergebene Eliten installierten oder erst heranzogen. In der sowjetischen Besatzungszone/DDR geschah das brutal und umstandslos: Zeitgleich mit der Roten Armee traf in Berlin die »Gruppe Ulbricht« ein, kommunistische Exilanten, die in der Sowjetunion überlebt hatten und nun energisch die Macht ergriffen. In der BRD bildete sich eine prowestliche, proamerikanische Elite heraus, die insbesondere durch die politische Bildung, transatlantischen Akademikeraustausch und Netzwerke geformt wurde. Bei näherer Betrachtung stellt man eine merkwürdige Dialektik fest: Der Elitenwechsel war deswegen so erfolgreich und durchschlagend, weil Angehörige der alten Eliten aktiv an ihm teilhatten und bereit waren, sich anzupassen.

Ein früher Ort der Elitentransformation war der Gerichtssaal im Nürnberger Justizpalast, wo vom November 1947 bis zum April 1949 der Wilhelmstraßenprozeß über die Bühne ging. Er war der elfte von zwölf Nachfolgeprozessen, die sich dem Verfahren gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher 1945/46 anschlossen. Auf der Anklagebank saßen 21 Angehörige der Ministerialbürokratie, darunter acht aus dem Auswärtigen Amt. Der prominenteste war Ernst von Weizsäcker, so daß die Anklage lautete: »Die Vereinigten Staaten gegen Ernst von Weizsäcker und andere«. Die Anklagepunkte waren: Verbrechen gegen den Frieden, Teilnahme an einer verbrecherischen Verschwörung, Ermordung und Mißhandlung von Angehörigen der kriegführenden Mächte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor und im Krieg, Raub und Plünderung in besetzten Gebieten, Sklavenarbeit/Deportation zu Zwangsarbeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen.

Ernst von Weizsäcker war von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, auf ihn fokussierte sich das Interesse. Er entstammte einer alten Gelehrten- und Beamtenfamilie, sein Vater war bis 1918 Ministerpräsident von Württemberg gewesen. 1916 hatte der württembergische König die Familie in den Erbadel erhoben, durch Heirat war sie längst auch mit dem Uradel verbunden. Ernst von Weizsäcker, damals deutscher Gesandter in Oslo, entschied sich 1933, im diplomatischen Dienst zu verbleiben. Vor Gericht stand er nicht nur für sich selbst, sondern stellvertretend für eine ganze Schicht. Er wurde zunächst zu sieben, dann zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Zum Verhängnis wurde ihm ein Dokument, in dem er bekundete, »keine Einwände« gegen die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz zu erheben. Allerdings räumten die Richter ein, daß er keinerlei Entscheidungskompetenz besessen habe.

Die Strategie der Verteidigung bestand darin, seinen Verbleib im Amt als Widerstand zu deklarieren. Etwas anderes blieb ihr auch nicht übrig. Alle Versuche, deutsche Kriegshandlungen mit denen der Kriegsgegner in Verbindung zu bringen, wurden vom Gericht mit dem Hinweis zurück-

»Auch heute gibt es genügend in Kameraderie und Autoritätsabhängigkeit fixierte Kleinbürger … Rudolf Höß ist das klassische Beispiel für das, was Horckheimer und Adorno mit ihren Mitarbeitern während des Krieges in Amerika in den soziologischen Forschungen über die ›authoritarian personality‹ untersucht haben: ein Mensch, der zur beliebigen Gefolgschaftstreue incliniert, ein Typ, der in der Zeit der Manipulierbarkeit der Massen durch die Meinungsbeeinflussung in der Demokratie nicht weniger gefährlich ist als in totalitären Staaten.«

Hellmut Becker: »Henker unter uns. Rezension zu: Kommandant von Auschwitz – Lebensbericht des Lagerkommandanten Rudolf Höß« 1958

gewiesen, mit dem deutschen Angriff auf Polen 1939 seien die Alliierten zur Notwehr befugt gewesen, gegen die Deutschland logischerweise kein Notwehrrecht geltend machen könne. Um sich aus dem Klammergriff der Kriegsverbrecher-Zuschreibung zu lösen, mußten die Angeklagten nachweisen, selber Widerstand gegen die Politik Hitlers geleistet zu haben. Damit verbunden war ein moralischer, gesellschaftlicher und politischer Gewinn: Zum einen behauptete man den ungebrochenen Elite-Status. Andererseits empfahl man sich den westlichen Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition als künftige Partner.

An der Verteidigung Ernst von Weizsäckers waren drei Personen beteiligt, die später in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen sollten: Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002) engagierte sich in der Wochenzeitung *Die Zeit* für Ernst von Weizsäcker und versuchte, eine Änderung des Urteils »durch eine entsprechende Kommentierung geradezu herbeizuschreiben« (Norbert Frei). Sie stieg bald zur einflußreichsten Journalistin der Bundesrepublik auf. Der Hauptverteidiger Hellmut Becker (1913–1993) wurde als »Bildungs-Becker« bekannt und wirkte durch seine Schlüsselstellung in der politischen Bildung führend an der Elitentransformation mit. Sein Name geriet kürzlich wieder in die Zeitungsspalten anläßlich des Mißbrauchsskandals an der Odenwald-Schule, einer Pflanzstätte der Reformpädagogik, die er protegiert hatte. Als Hilfsverteidiger agierte Richard von Weizsäcker (geboren 1920), der Sohn des Staatssekretärs und spätere Bundespräsident, der 1985 mit seiner Rede zum 8. Mai eine nachhaltige Wirkung erzielen sollte. Was Richard von Weizsäcker dabei als Schuldvorwurf an die Deutschen vorbrachte, war im wesentlichen schon 1949 zur Verteidigung seines Vaters formuliert worden. Besonderes Aufsehen erregte der Satz: »Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten.«

Als kontrastierende Außenseiterin sei die Journalistin Margret Boveri (1900–1975) genannt, die sich in den dreißiger und vierziger Jahren als Auslandskorrespondentin einen Namen gemacht hatte. Ihre Berichterstattung über den Prozeß faßte sie in der Broschüre *Der Diplomat vor Gericht* zusammen. Überzeugt davon, »daß hier ein Unschuldiger angeklagt sei«, hielt sie sich bei der Frage, ob Weizsäcker dem Widerstand angehört hatte oder nicht, gar nicht erst auf, sondern verwarf das Verfahren als Ganzes. Die Idee, in einem von den Siegern angestrengten Strafprozeß die Wahrheit zu ermitteln und über Schuld oder Unschuld von Diplomaten des besiegten Landes zu befinden, hielt sie für den Ausfluß derselben politischen und rechtlichen Anarchie, die den Angeklagten vorgeworfen wurde, »denn im Konfliktfall hat es noch in allen Gegenwarten eine Zeitlang so ausgesehen, als sei auf der einen Seite nur Recht, auf der anderen Seite nur Unrecht, und vor der historischen Betrachtung hat sich meist erwiesen, daß Recht und Unrecht, Torheit und Intelligenz, Verlogenheit und guter Wille auf beiden Seiten verteilt waren.« Das war nicht nur ein verklausuliertes Plädoyer gegen die Alleinschuldthese, sondern auch für die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands, die ihm mit der Begründung seiner Alleinschuld am Krieg vorenthalten wurde. Aus dieser Überzeugung heraus lehnte sie auch die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates ab, weil er die Teilung und Entmündigung Deutschlands dauerhaft zu machen drohte. Damit sollte sie politisch und beruflich bald ins Abseits geraten.

»Aufarbeiten unserer Geschichte seit 1945 ist gleichbedeutend mit dem Aufzeichnen einer Krankheitsgeschichte. Wir müssen uns klarmachen, daß die von den Siegermächten verfügte Spaltung unseres Landes spiegelbildlich in den Deutschen eine geistig-politische Schizophrenie verursacht hat, die einen fast totalen Realitätsverlust bedeutete. Nur gegen übermächtige Widerstände ist es vereinzelten kleinen Gruppen, die es nicht einmal zum Status einer noch so kleinen Opposition brachten und die ich deshalb ›unvocal opposition‹ nannte, gelungen, aufklärend zu wirken.«

Margret Boveri: *Die Deutschen und der Status quo,* 1974

Im Unterschied zu ihr, stellte Marion Gräfin Dönhoff das Prinzip der Siegerjustiz nicht in Frage. Sie monierte lediglich, daß die Alliierten die Falschen anklagten: »Wir sind es satt mitanzusehen, daß Männer wie Weizsäcker und andere … von alliierten Gerichten verurteilt werden, während Figuren wie der oberste Polizeichef und SS-Führer von Ostpreußen … frei herumlaufen.« Sie anerkannte die (West-)Alliierten nicht nur als unhintergehbare politische Macht, sondern auch als Quelle geistig-moralischer Legitimation. Das war wohlüberlegt. Im Januar 1945 war sie vor der heranrückenden Front von ihren Besitzungen in Ostpreußen geflüchtet. In Westdeutschland angekommen, arbeitete sie ein politisches Manifest aus, in dem sie keinen Zweifel daran ließ, daß sie sich berufen fühlte, in führender Position am Neuaufbau Deutschlands teilzunehmen.

Zunächst einmal identifizierte sie sich mit dem Ziel der Alliierten, den Nazismus auszurotten. Es müsse aber auch darum gehen, die Ideolo-

giespuren im Gemüt eines von Natur aus autoritätshörigen, unpolitischen und gutgläubigen Volkes zu beseitigen. Die Deutschen seien heute »eine demoralisierte, zur Unterscheidung von Gut und Böse nicht mehr fähige Masse«. Ihnen müsse die Einsicht vermittelt werden, daß »die besten ihrer Landsleute schon lange einen heroischen, doch erfolglosen Kampf gegen den Irrglauben und seine Künder« geführt hätten. Dabei dachte sie an die Verschwörer des 20. Juli, die Militärs und den landbesitzenden Adel. Aus deren Geist sollte eine Erneuerung Deutschlands erfolgen. Das auf englisch verfaßte Papier übergab sie einem Assistenten des britischen Luftmarschalls Cunnigham. Am 17. Mai 1945 wünschte auch ein Vertreter des amerikanischen Geheimdienstes CIC die Gräfin zu sprechen. Faktisch hatte sie ihnen empfohlen, sich mit ihr und den Standesgenossen die Vormundschaft über die Deutschen zum Zweck ihrer effektiven Läuterung zu teilen. War die Hitler-Diktatur nicht überhaupt die Angelegenheit des Pöbels gewesen?



*Einsichtselite in schwerer See – Ernst von Weizsäcker, vorne links mit Kopfhörer und Schnupftuch*

Weizsäcker-Verteidiger Hellmut Becker war der Sohn des früheren preußischen Kultusministers Carl Heinrich (C.H.) Becker, der sich in der Weimarer Republik als Bildungspolitiker einen Namen gemacht und die Preußische Akademie für Dichtung ins Leben gerufen hatte. Er hatte neue Fächer wie die Soziologie gefördert, andererseits stand er unter dem Eindruck Stefan Georges und sorgte dafür, daß Angehörige des George-Kreises an den preußischen Universitäten zu Ordinarien ernannt wurden. Hellmut Becker (ein NSDAP-Mitglied, wie nach Jahrzehnten bekannt wurde) ging nach einer schweren Kriegsverwundung an die Reichsuniversität Straßburg zu seinem Lehrer, dem nationalsozialistischen Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber. Er wohnte bei dem Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker, Richards Bruder, der später der Pate seines ersten Sohnes wurde.

Hellmut Becker dachte über die Voraussetzungen des Prozesses ähnlich wie Margret Boveri. In seinem Schlußplädoyer gibt es dazu etliche Anspielungen. Deutlicher wurde er in dem Aufsatz »Gericht der Politik«, den er nach Abschluß des Verfahrens publizierte. Hier zitierte er den amerikanischen Hauptankläger, Telford Taylor, der zugegeben hatte: »Die Prozesse haben einen wesentlichen Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik gebildet und einen wichtigen Ausschnitt der Besetzung Deutschlands.« Die Justiz, so Becker, sei zum »politischen Unternehmen«, das Recht zur »Maske der verschiedenartigsten politischen Nöte und Wünsche, Forderungen und Taktiken« geworden. Becker behielt dabei die internationalen Machtverhältnisse im Blick. Die Deutschen, mahnte er, dürften nicht versuchen, mit ihrer Kritik den Eindruck zu erwecken, den Krieg nun auf anderer Ebene fortsetzen zu wollen. Sie sollten den Alliierten nur das Material zur Verfügung stellen, um das Nachdenken, das bei ihnen eingesetzt habe, zu fördern.

Becker wandte sich bald darauf der Bildungspolitik zu, machte sich den Entscheidungsträgern unentbehrlich, bildete Netzwerke und übte selber Macht aus. Er saß in den Beiräten des Instituts für Zeitgeschichte in München, für Innere Führung der Bundeswehr sowie im Kulturbeirat des Auswärtigen Amtes. Besonders eng waren seine Verbindungen zum Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt am Main, das sein Vater bereits gefördert hatte und dessen führenden Köpfe jetzt aus dem amerikanischen Exil zurückkehrten. Zeitweilig unterhielt er dort ein eigenes Büro. Er verhandelte für das IfS mit den staatlichen Stellen und beantragte die deutsche Staatsbürgerschaft für Max Horckheimer. 1953 bereits hatte er Theodor W. Adorno die Teilnahme an einer Tagung der Lehrerakademie in Calw vermittelt. Im Jahr darauf publizierte er den Aufsatz »Die verwaltete Schule«, der das reformbedürftige Bildungswesen in Analogie zu Adornos »verwalteter Welt« setzte. Ohne ein Anhänger der Kritischen Theorie zu sein, wurde er einer ihrer Wegbereiter. Die politische Bildung war für ihn das Mittel, den überkommenen Elite- und Herrschaftsanspruch zu behaupten.

Der Buchausgabe seiner bildungspolitischen Aufsätze stellte er drei Texte zum Wilhelmstraßenprozeß voran und formulierte im Vorwort unmißverständlich: »Qualität ist nicht beliebig quantifizierbar. Qualität auf eine Masse bezogen, muß ihrem Wesen nach anders aussehen als die Qualität einer kleinen Schicht.« Die Spannung zwischen Elite und Masse, zwischen »Quantität und Qualität bestimmt auch Politik im engeren Sinne«. Die politische Bildung entscheide über die »Quantität und Qualität in der Innenpolitik der modernen Demokratie«, die »politische Bildung aller verbindet sich mit der politischen Bildung der Minderheiten«. Mit Ernst von Weizsäcker sei »ein Mann dargestellt, der versucht hat, mit der Vernunft einer Einzelperson gegen den Terror einer Massenbewegung anzuleben«.

Im Plädoyer stehen Sätze, die Richard von Weizsäcker 36 Jahre später aufgriff: »Heute können wir nachweisen, daß Züge mit diesen Juden schon rollten, als die Dokumente, auf die die Anklage sich stützt, erst Herrn von Weizsäckers Schreibtisch passierten.« Ins Rollen gebracht hatte sie offenbar die »Tyrannei der Massenherrschaft«, die sich aus der Obhut der Elite, der Ernst von Weizsäcker angehörte, selbst entlassen hatte. Es kam einer kollektiven Schuldzuweisung nahe, wenn Becker den angeklagten Staatssekretär unterschied von denen, die, »aus Schwäche, in Hitlers Staat von Stufe zu Stufe sich mitführen ließen, bis sie ganz allmählich selbst auf der Stufe standen, die die Bezeichnung Verbrechen trägt, die ihre Augen verschlossen hielten gegenüber dem Ziel dieses Wegs und die es bis heute nicht einsehen können oder wollen«. Wenn Kritiker Richard von Weizsäcker vorwarfen, die im Prozeß behauptete Schuldlosigkeit des Vaters – an der er bis heute festhält – und die Schuldzuweisung an die Allgemeinheit stünden im Widerspruch zueinander, so täuschten sie sich. Es handelt sich für ihn um die beiden Seiten derselben Medaille.

Man könnte für die Protagonisten dieser Kunst – sich von den vielen abzusetzen und als moralische Instanz zu positionieren – den Begriff »Einsichtselite« einführen, wobei die Einsicht zwischen echter Überzeugung und politischem Kalkül ihren indifferenten Ort besäße: Diese »Einsichtselite« bestätigte die grundsätzliche Richtigkeit der alliierten Standpunkte, formulierte die deutsche Schuld und empfahl sich so dafür, die Macht rückübertragen zu bekommen – in den gegebenen Grenzen. Die politischen Testamentsvollstrecker Ernst von Weizsäckers waren dazu um so mehr berechtigt, als sein Schuldigwerden einen unbedankten Opfergang für die Masse der Uneinsichtigen, Inferioren, sogar der Schuldigen darstellte.

Richard von Weizsäcker aber erlebte zunächst eine große Enttäuschung: Sein Wunsch, nach Abschluß des Jurastudiums in den diplomatischen Dienst einzutreten, wurde trotz hervorragender Voraussetzungen abschlägig beschieden; Adenauer fürchtete, der Name Weizsäcker würde das Auswärtige Amt ins Zwielicht setzen. Er ging in die Privatwirtschaft, ohne darin Erfüllung zu finden. Ersatzweise betätigte er sich in der evangelischen Laienbewegung, bis Helmut Kohl ihn 1966 in die Politik holte. Marion Gräfin Dönhoff bot ihm – neben Hellmut Becker und Bruder Carl Friedrich – in der *Zeit* eine Plattform, um sich bekannt zu machen. Früh favorisierte sie ihn als Bundespräsidenten. Sie alle blieben Freunde bis zum Schluß.

»Böll hatte den deutschen Mann der Zukunft: dem engagierten Antinazi und Gutmenschen, volltönend seine Stimme erheben lassen! Seine Eltern oder Großeltern hatten einst aktiv mit dem Nationalsozialismus paktiert, nun strebt auch er nach einer bevorzugten Position, indem er sich als **Einsichtselite** über die NS-Zeit geriert. Noch geschieht das in der Rolle des Opfers, des scheinbar Schwächeren, aber für den Scharfblickenden war klar, daß dieser Typus zukunftsfähig war.«

Thorsten Hinz: »Zum 90. Geburtstag Heinrich Bölls«, *Junge Freiheit* vom 28. Dezember 2007

Literaturhinweise:

Wolfgang Leonhard: *Die Revolution entläßt ihre Kinder,* Köln 1955;

Caspar von Schrenck-Notzing: *Charakterwäsche,* zuletzt Graz 2004;

Stefan Scheil: *Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945,* Berlin 2012;

Martin Wein: *Die Weizsäckers. Geschichte einer deutschen Familie,* Stuttgart 1988;

Thorsten Hinz: *Der Weizsäcker-Komplex. Eine politische Archäologie,* Berlin 2012;

Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik,* München 1997;

Margret Boveri: *Der Diplomat vor Gericht,* Berlin/Hannover 1948;

Klaus Harpprecht: *Die Gräfin Marion Dönhoff,* Reinbek bei Hamburg 2008;

Ulrich Raulff: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben,* München 2009;

Clemens Albrecht et al.: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule,* Frankfurt a. M. 1999;

Richard von Weizsäcker: *Vier Zeiten. Erinnerungen,* Berlin 1997.

# Machtfragen – eine Sammlung

von Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann

Das Gesetz der Macht war der Titel eines Buches des österreichischen Nationalökonomen und Soziologen Friedrich von Wieser (1851–1926), der als einer der Gründerväter der »Österreichischen Schule der Nationalökonomie« gilt. Die mehr als fünfhundert Seiten starke Monographie erschien 1926, im Jahr seines Todes, und erlebte keine zweite Auflage. Das hatte auch damit zu tun, daß viele Gedanken, die Wieser hier entwickelte, von anderen schon früher oder parallel zu ihm und deutlich präziser ausgesprochen worden waren. Allerdings wird man zugeben müssen, daß Wieser an einigen Stellen zu frappierenden – auch wegen ihrer Einfachheit frappierenden – Erkenntnissen durchgestoßen ist: Keine »äußere Macht« kommt ohne »innere Macht« aus, letztere ist die eigentliche »Schlüsselmacht« und unterscheidet sich von ersterer in der Wirkung nur durch die gebrauchten Mittel, nicht etwa im Hinblick auf Effizienz; weiter ist der sekundäre Charakter der »äußeren Macht« daran zu erkennen, daß sie, falls durch große Zahl bedingt, niemals direkt ausgeübt werden kann, wirkliche Macht hat immer nur eine kleine Zahl. Welche Sozialform der Vergangenheit man auch betrachtet, sie wurde von erstaunlich wenig Menschen beherrscht. Das gilt sogar für Imperien wie das römische oder britische, in denen eine verschwindende Minorität einer gigantischen Majorität ihren Willen aufzwang.

Macht an sich ist böse – Dieser Satz Jacob Burckhardts (1818–1897) aus den *Weltgeschichtlichen Betrachtungen* (ähnlich schon in der *Griechischen Kulturgeschichte*) wird ebenso oft wie gedankenlos zitiert. Regelmäßig findet man den Hinweis, die Aussage müsse aus der resignativen Skepsis eines Altliberalen nicht nur angesichts der Zeitläufe, sondern auch angesichts des Triumphzugs der Sozialdarwinisten verstanden werden. Allerdings wäre dem entgegenzuhalten, daß sich vergleichbare Aussagen auch und gerade im christlichen Kontext finden, daß die biblische Auffassung sogar von der Vorformung des Bösen in der Natur spricht und mit der noachitischen Ordnung von der Notwendigkeit, dem »Bösen mit Bösem zu wehren«, das heißt, durch Machtgebrauch dem Machtmißbrauch entgegenzutreten – eine Konzeption, die sich ganz ähnlich bei dem Agnostiker Burckhardt findet, wenn der von der »weltgeschichtlichen Ökonomie« spricht: »Jede gelungene Gewalttat war böse und ein Unglück und allermindestens ein gefährliches Beispiel. Wenn sie aber Macht begründete, so kam in der Folge die Menschheit heran mit ihrem unermüdlichen Streben, bloße Macht in Ordnung und Gesetzlichkeit umzuwandeln.«

Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut – Dieser Satz gehört in den Fundus einer christlich grundierten Skepsis gegenüber dem Menschen und geht – insofern nicht verwunderlich – auf Lord Acton (1834–1902), einen der bedeutendsten Köpfe des liberalen Katholizismus im 19. Jahrhundert, zurück. Ohne Zweifel wollte Acton durch die Verwendung des Begriffs »Korruption« ausdrücklich Bezug nehmen auf die Sündhaftigkeit des Menschen (*corruptio:* lateinisch für »Sünde«), das heißt seine Verfassung, die ihn grundsätzlich verführbar macht. Je größer die Versuchung, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß ihr nachgegeben wird. Angesichts der Tatsache, daß schon die Ursünde – der »Sündenfall« – auf die Verführung mit Hilfe von Machtversprechen (göttliche Macht, Macht über Leben und Tod, Wahrheit und Unwahrheit, Gut und Böse) zurückgeht, muß gefolgert werden, daß der Gebrauch von Macht per se problematisch ist, daß aber nichts so problematisch ist wie das Angebot von oder die Verfügung über unbegrenzte Macht. Menschliche Macht bedarf insofern immer der Kontrolle. Die politische Geschichte Europas ist eine ununterbrochene Folge von Ansätzen, einen Ausgleich zwischen der Organisation des Staats als Machteinheit und der notwendigen Kontrolle des Machtgebrauchs zu schaffen.

Macht und Herrschaft – In dem mit »Macht und Herrschaft« überschriebenen Abschnitt von Max Webers (1864–1920) Hauptwerk, *Wirtschaft und Gesellschaft,* heißt es: »§ 16. Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eignen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.« Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Verweis auf die Bedeutung des »Willens«, insofern, als ohne ein wollendes Subjekt die Ausübung von Macht nicht vorstellbar ist; das gilt sogar dann, wenn ausgedrückt werden soll, daß etwas Unpersönliches – das Schick-

sal, die Umstände etc. – Macht »haben«. Allerdings verwarf Weber den Begriff Macht als soziologischen Zentralbegriff, da er »amorph« sei, sich auf »alle denkbaren Qualitäten« (Schönheit, Jugend, Alter, Körperkraft, Ausstrahlung Intelligenz, Verschlagenheit, Skrupellosigkeit, moralische Überlegenheit etc.) und »alle denkbaren Konstellationen« (der eine gegen den anderen, alle gegen alle, der eine gegen die vielen, Normalfall, Ernstfall etc.) beziehen könne. Statt dessen stellte er den Terminus »Herrschaft« in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Unter Herrschaft verstand Weber »die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«.

**Macht und Konsens** ist ein Zentralmotiv in Carl Schmitts (1888–1985) Essay *Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber* (1954). Entsprechende Überlegungen finden sich schon bei dem von Schmitt hochgeschätzten französischen Staatsrechtler Maurice Hauriou (1856–1929), erhalten hier aber eine besondere Wendung. In dem von Schmitt entworfenen, fiktiven Gespräch heißt es, jeder legitimen Ordnung gehe es darum, »Machthaber und Machtunterworfene zu einer politischen Einheit« zusammenzufassen. Das sei nicht durch bloße Androhung oder Anwendung von Gewalt zu erreichen, sondern nur, wenn es gelinge – durch den Schutz des Mächtigen für den Machtlosen etwa, die gemeinsame Wahrnehmung gemeinsamer Interessen, wechselseitige Treue – einen Konsens zu erzeugen, der dann Macht »bewirkt«. Andererseits »bewirkt« aber auch das Vorhandensein der Macht Konsens und stabilisiert ihn. Diese Wechselwirkung hervorzurufen, war in der Vergangenheit ungleich schwerer war als unter modernen Bedingungen, die zahllose technische Mittel zur Verfügung stellen, die helfen, den Konsens zu produzieren und zu bewahren; Noam Chomsky (geb. 1928) spricht von der Wirkung der »Konsensmaschine«, ist allerdings ungleich skeptischer als Schmitt, der noch ganz von der Erfahrung des dauernd gefährdeten Konsens geprägt war.

**Macht geht vor Recht** ist eine Otto von Bismarck (1815–1898) zugeschriebene Wendung, die der allerdings so nie gebraucht hat. Nach Georg Büchmann: *Geflügelte Worte* ist das durch eine parlamentarische Kontroverse zu erklären, bei der Bismarck seine Position im preußischen Verfassungskonflikt – die sogenannte »Lückentheorie« – damit erläuterte, daß bei wechselseitiger Blockade von Legislative und Krone letzterer eine Prärogative zufalle: »Konflikte werden, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor.« Daraufhin erwiderte der liberale Abgeordnete Maximilian Graf von Schwerin-Putzar (1804–1872): »Ich erkläre, daß ich den Satz, in dem die Rede des Herrn Minister-Präsidenten kulminierte: ›Macht geht vor Recht‹ … nicht für einen Satz halte, der die Dynastie in Preußen auf die Dauer stützen kann … daß dieser vielmehr umgekehrt lautet: Recht geht vor Macht«. Bismarck hat sich gegen die Deutung seiner Aussage immer wieder zur Wehr gesetzt. Die Vergeblichkeit seines Bemühens hat wohl zu tun mit einer Art Grundzynismus bei der Betrachtung des Zusammenhangs von Macht und Recht auf Seiten der Mächtigen wie der Machtlosen, so daß sich in der Literatur seit je zahllose entsprechende Aussagen finden, vom alttestamentlichen Propheten Habakuk (»Es geht Gewalt über Recht«) bis zum neuzeitlichen Philosophen Baruch de Spinoza (»… weil jeder so viel Recht hat, als er Macht hat«).

**Macht ist Recht** – *Might is Right or Survival oft the Fittest* ist der Titel einer zuerst 1890 in den USA erschienenen Schrift, deren Verfasser das Pseudonym Ragnar Redbeard benutzte und jede Ethik zugunsten einer sozialdarwinistischen Auffassung radikal bestritt. Da der Autor die bestehende bürgerliche Ordnung angriff und ihr Naturwidrigkeit vorwarf, hat man vermutet, daß sich hinter dem nordischen Tarnnamen ein anarchistischer Schriftsteller verborgen halten könnte; ansonsten gilt auch Jack London als möglicher Anwärter. Während *Might is Right* bei Erscheinen – angesichts des Zeitklimas wenig verwunderlich – erhebliche Aufmerksamkeit erfuhr, fiel es später dem Vergessen anheim und wird heute praktisch nur in satanistischen oder ähnlich obskuren Bewegungen rezipiert.

**Machtstaat** ist der Staat, der in erster Linie als Machtorganisation, also nicht als Kulturstaat oder Rechtsstaat, verstanden wird. In diesem Sinn hat Hegel (1770–1831) das Wesen des Staates neu bestimmt: gegen naturrechtliche Vorstellungen einerseits, gegen universalistische Vorstellungen andererseits. Das erklärt auch sein Wohlwollen für die Monarchie im allgemeinen und deren preußische Ausprägung im besonderen. Aus der Analyse des geschichtlichen Verlaufs, vor allem der Erfahrung des revolutionären Zeitalters und der Folgen deutscher Machtlosigkeit und Zersplitterung, zog Hegel den Schluß, daß zur entscheidenden Voraussetzung für die Existenz eines Staates dessen äußere Unabhängigkeit gehöre, daß diese nur gewahrt werden könne, wenn man über entsprechende Machtmittel verfüge und sich das Volk mit dem Staat und dessen Verteidigung identifiziere. Eine besondere Tendenz erhielt Hegels Argumentation noch durch seine geschichtsphilosophische These, daß das Vorhandene nicht nur wirklich, sondern auch notwendig sei. Das verlieh seiner Staatslehre einen ausgesprochen agonalen Zug, denn über jeden geschlagenen Staat war automatisch das Urteil gesprochen, jeder Staat, der sich halten konnte, war als solcher sittlich gerechtfertigt. Dieser Gedankengang hatte – vor allem wegen des Einflusses der »Rechtshegelianer« – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts außerordentliche Bedeutung gewonnen, und letztlich übte Hegel eine Wirkung »auf das politische Denken des deutschen Volkes wie kein einziger anderer Denker« aus (Hermann Heller). Feststellbar blieb das bis in die Zeit des

Kaiserreichs (Treitschke: »... daß das Wesen des Staates zum ersten Macht, zum zweiten Macht und zum dritten nochmals Macht ist«) und der Zwischenkriegsjahre (Spengler: Staat als »Machteinheit«). Erst nach 1945 hat man unter dem Einfluß der *reeducation,* aber auch einer Selbstkritik infolge des Mißbrauchs bestimmter Aspekte des Machtstaatsgedankens, dessen vollkommen zutreffende Einsichten im Hinblick auf den »Primat der Außenpolitik« oder das Wesen der »Realpolitik« systematisch zurückzudrängen gesucht.

Machtvergessenheit ist ein Begriff, den – wohl in Anlehnung an Heideggers »Seinsvergessenheit« – der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz (geb. 1934) geprägt hat, der 1985 ein Buch mit dem Titel *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit* veröffentlichte. Der Band erregte einiges Aufsehen, da hier zum erstenmal seit den sechziger Jahren ein etablierter Autor die neudeutsche Neigung geißelte, politische Realitäten und mithin die zentrale Bedeutung des Faktors »Macht« zu vergessen. Schwarz, Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Bonn, gehörte damals zum Umfeld von Kanzler Kohl, wahrte aber in vielem seine politische Unabhängigkeit. Das galt auch in bezug auf das erwähnte Buch, in dem man zwar wenig wirklich Neues fand (die Analyse ähnelt oft sehr stark Armin Mohlers *Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik – Angst vor der Geschichte – Angst vor der Macht* von 1965!), aber doch eine Positionsbestimmung zu sehen hatte, die angesichts des Utopismus der Friedensbewegung einerseits, der allgemeinen Verzwergungsbereitschaft der Deutschen andererseits bemerkenswerte Akzente setzte.

Der Wille zur Macht geht auf Friedrich Nietzsche zurück. Unter diesem Titel erschien 1901 eine Sammlung von Aphorismen aus dem Nachlaß des seit 1889 geistig umnachteten und 1900 verstorbenen Philosophen. Die Herausgeber bezogen sich dabei auf eine Buchkonzeption Nietzsches unter diesem Titel und ordneten die Texte entsprechend an. Insbesondere über Umfang und Auswahl der Aphorismen gab es Streit, man warf den Herausgebern, zu denen seit 1906 auch die Schwester gehörte, vor, Nietzsches Intentionen verfälscht zu haben. Das stimmt, abgesehen von einigen Verkürzungen und redaktionellen Eingriffen, nur dann, wenn man überhaupt daran zweifelt, daß Nietzsche ein solches Buch hätte publizieren wollen (was er jedoch ausdrücklich vorhatte). Insgesamt bringt die Kompilation kaum Gedanken, die sich nicht auch in seinen Spätschriften (*Götzendämmerung, Der Antichrist* und *Ecce Homo*) finden lassen. Bereits dort taucht das Schlagwort vom »Willen zur Macht« auf, das allerdings im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht rezipiert wurde. Das geschah erst mit der Entdeckung Nietzsches vor dem Ersten Weltkrieg, als sein Werk als ein prophetisches gelesen wurde, das die Dekadenz vorhergesagt hatte: »Das Leben selbst gilt mir als Instinkt für Wachstum, für Dauer, für Häufung von Kräften, für Macht: wo der Wille zur Macht fehlt, gibt es Niedergang.« Im »Willen zur Macht« steckt die Anerkenntnis der starken Persönlichkeit, die sich ihren Platz gegen alle Widerstände erobern muß. Gleichzeitig steckt in ihm das dynamische Moment des grenzenlosen Vorwärtsschreitens, das weit über die bloße Selbsterhaltung und damit auch über das tierische Leben hinausgeht. Daß damit kein Voluntarismus gemeint ist, macht Nietzsche deutlich, indem er dem »Willen zur Macht« die Lehre von der »ewigen Wiederkehr des Gleichen« zur Seite stellte und Kriterien für die Gültigkeit von Macht entwickelte. Nietzsches Formel hat eine sehr heterogene Rezeption erfahren, sie reicht von der psychologischen Interpretation als individuelles Machtstreben über die Erfüllung im Übermenschen im Sinne der Emanzipation (ob der Arbeiterklasse oder der Juden) bis hin zum faschistischen Italien, in dem vor allem Julius Evola dem Schlagwort eine transzendente Seite abgewinnen wollte.

Die Formel Wissen ist Macht findet sich erstmals beim englischen Philosophen Francis Bacon, der damit allerdings ganz konkret die Macht des Menschen über die Natur meinte, die nur durch Wissen über sie zu erlangen sei: »Wissen und Macht des Menschen fallen zusammen, weil Unkenntnis der Ursache [auch] über deren Wirkung täuscht«. Um das zu unterstreichen, wählte Bacon durchaus drastische Bilder, die seinen Zeitgenossen zeigen sollten, daß Macht nicht metaphorisch gemeint war. Bacon, der auch Staatsanwalt war, empfahl richterliche Unerbittlichkeit: Man müsse die Natur »auf die Folter spannen«, bis sie ihre Geheimnisse preisgebe, heißt es in seinem 1620 erschienenen *Novum Organum.* In diesem inquisitorischen Verfahren zeigt sich die Macht desjenigen, der auf diese Art vorzugehen weiß und aus der Natur eine »Sklavin« macht. Die Formel »Wissen ist Macht« stammt aus Bacons 1597 erschienenen *Religiösen Meditationen.* Der Hintergrund ist die alttestamentarisch garantierte Herrschaft des Menschen über die Schöpfung. Da sie durch den Sündenfall verlorenging, muß sie jetzt anders, nicht lediglich durch Benennen der Dinge, wiedererlangt werden. Da Bacon, anders als Alchimisten und Mystiker, nicht an eine absolute Wiedereinsetzung der menschlichen Macht im Sinne des Paradieses glaubte, sondern die Grenzen des Machtstrebens realistisch einschätzte, ging von ihm so etwas wie ein Paradigmenwechsel innerhalb des Mensch-Natur-Verhältnisses aus. Die Ökologiebewegung der 1980er Jahre hat nicht zuletzt in Bacon den Grund allen Übels, wie Naturausbeutung und Umweltverschmutzung, ausgemacht. Einen positiven Klang hatte das »Wissen ist Macht« bei aufstrebenden Klassen, die sich nicht nur über Leistung, sondern auch über Wissen, im Sinne von Bildung, Aufstieg und Wohlstand erhofften. Im Deutschen Reich gab es seit der Gründung 1871 innerhalb der Sozialdemokratie eine starke Tendenz in diese Richtung, die sich allerdings weniger um die Macht des einzelnen als die der Arbeiterklasse sorgte.

# Günter Grass – ein Machtdiskurs

von Günter Scholdt

Schon 2007, in der *Sezession* 19, schrieb ich über Grass, und auch diesmal habe ich das Charakterrätsel seiner Handlungsweise nicht gelöst. Immerhin glaube ich, daß er sich in seiner selbstgewählten Rolle als *praeceptor Germaniae et orbis* dem Weltfrieden verpflichtet fühlt und schließlich dem Wagnis stellte, weil er es zugleich als persönlichen Emanzipations- und Befreiungsakt empfand. Ich schließe also nicht aus, daß der Autor bei dieser Entscheidung seit langem erstmals er selbst war. Offen bleibt, ob das tiefste Motiv nicht vornehmlich doch in einer langsam zur Gewohnheit gewordenen, mittelpunktsbesessenen Provokationslust lag, die ihn alle paar Jahre dazu treibt, einen sicherlich geschäftsfördernden, aber zunehmend riskanten Medien-Tsunami zu entfesseln.

Diesmal allerdings erwuchs ihm ein Gegner, der über beachtliche Sanktionsinstrumente verfügt. Traf er doch nicht mehr auf einen durch jahrzehntelange Schulddiskussionen zermürbten, widerstandsunfähigen Volkscharakter, sondern auf Mentalitäten, Institutionen und Netzwerke, die sich erfahrungsgemäß zu wehren wissen. Und die Farce, daß man ihm, wenn auch vergeblich, sogar seinen Nobelpreis streitig machte oder seine nahöstliche Reise- und heimische Wahlkampflust einschränkte, belegt die Toleranzgrenzen eines Mentalimperiums, das bekanntlich zurückschlägt.

Wie das geschieht, sei im folgenden erläutert. Dabei finden sich in der Hundertschaft der Debattenbeiträge fraglos auch differenzierte und weiterführende. Doch im Kern handelt es sich nicht um einen Problemlösungs-, sondern einen Machtdiskurs. Mein am Grundsätzlichen orientierter Rückblick erstellt daraus die Streittypologie bei Verstößen gegen die herrschende Politmoral. Im Modell betrachtet, steht die Grass-Schelte nämlich für Dutzende hierzulande üblicher »Diskussionen«. Vergangenheitspolitische Daumenschrauben wurden seinerzeit ganz ähnlich einem Nolte, Syberberg, Walser, Botho Strauß, Möllemann, Hohmann oder einer Eva Herman angelegt. Insofern mag es nützen, sich im Arsenal der Argumentationsfiguren und rhetorischen Kniffe ein wenig umzusehen und zehn der am meisten verbreiteten kurz zu mustern.

> Kein Wort zum »Gedicht« von Herrn Grass; es besteht weder Anlass, den alten Widerling zu unterstützen, auch inhaltlich nicht, noch mag sich ein Mensch von halbwegs Geschmack jenem allzugut organisierten publizistischen Freikorps anschließen, das jetzt so wohlfeil auf ihn einkeilt.
>
> Michael Klonovsky, *Acta diurna,* 7. April 2012

**1. Meinung vor Nachricht**

Dazu passen schon die äußeren Voraussetzungen. Denn in aller Regel hat die Presse den Grass-Text nicht veröffentlicht, sondern günstigstenfalls aufs Internet verwiesen. Wir erhielten also fast durchweg zunächst eine Auflistung vermeintlicher Irrtümer und »Gedankenverbrechen« des Autors. Der unmittelbare Eindruck des Gedichts war weniger erwünscht. Seine Publikation galt offenbar als anrüchig. Mehrere Zeitungen konstatierten fast triumphal, daß die *New York Times* den Text abgelehnt habe, und der US-Schriftsteller Louis Begley sah im Abdruck der *Süddeutschen Zeitung* sogar den eigentlichen Skandal.

**2. Die am meisten verfängliche Lesart**

Viele Angriffe speisen sich aus selektiver Textlektüre unter Favorisierung der jeweils ungünstigsten Lesart. Daher ein kurzer Blick auf die Kernaussagen des Gedichts. Jenseits der Begründung für Grass' langes Schweigen sind es drei:

1. Ein israelischer Angriff könne das iranische Volk auslöschen.
2. Die (durch deutsche Waffen gestützte) Atommacht Israel gefährde den Weltfrieden.
3. Zum Nutzen aller empfiehlt Grass, statt eines kaum legitimierten Präventivschlags, Gewaltverzicht und internationale Atomkontrolle in beiden Ländern.

Sind das unerhört skandalöse Einschätzungen? Oder liegt es nicht näher, diesen zwischen Horrorszenario und Pazifismus-Utopie pendelnden Warnruf zunächst einmal dort zu verorten, wo er gesinnungsmäßig beheimatet ist? In der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung nämlich seit den 1980ern oder den Ostermärschen. Er illustriert gewiß nicht die Komplexität der Nahost-

frage, die – wie Thorsten Hinz in seiner scharfsinnigen Analyse (*JF*, 13. April 2012) schrieb – »kein Gedicht der Welt erfassen kann«. Aber, konzentriert auf die Verhinderung des Präventivkriegs, will er das ja auch gar nicht.

Wie seinerzeit nur die Pershings, nicht die SS-20 als Friedensbedrohung im Fokus standen und die Guhas und Pausewangs sogleich den atomaren Holocaust beschworen, so enthält auch dieser Text Einseitigkeiten und Übertreibungen samt einer gegen die Realpolitik gerichteten Schlußidylle. Doch dergleichen galt damals in den progressiven Medien als wünschenswertes Politengagement. Und der Spott über die zuweilen geforderte Ausgewogenheit gehörte zum parteilichen Lebensgefühl. Auch hat sich daran im Grunde ja bis heute wenig geändert, sofern es nur die »Richtigen« trifft. Man denke an die alleinige Reduktion des 8. Mai auf Befreiungsaspekte sowie die polemischen Verkürzungen bezüglich der Wehrmachtausstellung oder der Studie *Das Amt,* die vielfach als Erkenntnisfortschritt gefeiert werden.

Kurz: Man wünscht(e), wenn es der guten Sache dient, geradezu Pointierungen. Und selbst Grass' kurzschlüssige Verbindung vom (gewiß konventionellen) Erstschlag zur atomaren Vernichtung Irans – der Text verbietet übrigens nicht, sich die »Auslöschung« erst in letzter Eskalationsstufe nach wechselseitigen Feindseligkeiten vorzustellen – entspricht den gängigen apokalyptischen Zuspitzungen. Diese Diagnose zu versachlichen, wäre Aufgabe der Kritik gewesen. Statt dessen flogen die Fetzen, als habe Grass in Strategiefragen mit gezinkten Karten gespielt, als belege jede rhetorische Übersteigerung verborgene seelische Abgründe oder moralische Roßtäuschereien noch dazu eines ganzen Volkes.

Verbale Ungenauigkeiten verstärken das Ganze. Grass' Sorge etwa, der Iran *könnte* vernichtet werden, mutiert bei einer ganzen Legion von Interpreten zum prekären Wunsch: »Jetzt werden die Juden als diejenigen imaginiert, die ein ganzes Volk vernichten *wollen*« (Sibylle Lewitscharoff). Nur eine winzige Wortvertauschung also, und wir gelangen vom Potentialis einer großen Gefahr zur (von Judenfeindschaft geprägten) Dämonisierung Israels, die den Autor ins völlige gesellschaftliche Abseits stellt. Bewährt haben sich dergleichen exegetische Fallstricke schon in zahlreichen Kampagnen zuvor. Sie gehören zum Tagesgeschäft gutmenschlicher Inquisitoren von heute und sind auch Durs Grünbein geläufig. Ihm zufolge zeigt das Gedicht nämlich Israel als »häßlichen Atomwaffenstaat, der in der Region *immer nur* Unfrieden sät«. Bezeichnenderweise endet sein Halali denn auch mit dem Bannspruch: »Weg du, Günter Grass!«

**3. Fatale Gesellschaft**

Auch Beifall von falscher Gesellschaft desavouiert. »Falsch« steht hier für Zustimmung durch Iraner, Araber, NPD oder andere des Extremismus Verdächtigte. Darüber hinaus bucht man verschiedentlich das Ausschlachten der Meldung durch Rechtsparteien in Israel zu Lasten des Autors.

**4. Du sollst nicht vergleichen!**

Ein (geschichts-)politisches Tabu liegt offenbar auf jeglichem Vergleich im Kontext mit Juden, der zudem in der Regel zur Gleichsetzung simplifiziert wird. Unser unvergleichlich hellsichtiger Außenminister nannte es denn auch »absurd«, Israel und Iran moralisch auf die gleiche Stufe zu stellen. Und Vergleichbares äußerten viele, von Netanjahu über Tom Segev und Fritz Stern bis Andrea Nahles. Merke: Konflikte, in denen Juden/Israelis verwickelt sind, erklären sich gemäß den Wünschen der einschlägigen Lobby weitgehend ursachelos-mythisch ausschließlich aus dem Dualismus zwischen Unschuldslamm und Wolf.

**5. »Gerade der nicht …«**

Größte Wirkung entfalten Angriffe ad personam, machen Sacherörterungen fast entbehrlich. Grass' Jugendsünde in der SS bietet die gewünschte offene Flanke, die ihn als Kritiker disqualifizieren soll. Jahrzehntelang hatte man sich mit seinen schrillen Deutschland-Analysen munitioniert. Doch bei Widerspruch fällt er sofort in den Status eines inakzeptablen Gesprächspartners zurück. »Der nicht«, lautet der Tenor von Anklägern wie Robert B. Goldmann: Israel sei zwar neuerdings »legitimer Diskussionsgegenstand«, »aber nicht für Grass und seine SS-Kollegen, die ihre eigene Vergangenheit so lange verleugnet haben.« Jacob Heilbrunn sekundiert: »Ein ehemaliges Mitglied der SS … hat nicht das moralische Recht, Israel zu kritisieren.« Und wo das so ist, liegen offenbar auch dessen Aussagen im Bereich der Gedankenkriminalität. Daß solche harsche Reaktion gerade das bestätigt, was das Gedicht bereits voraussagte, stört offenbar wenig.

**6. Die Antisemitismus-Keule**

Wir befinden uns damit im Zentrum des »argumentativen« Arsenals: bei den Vernichtungswaffen. Eine kleine Kostprobe: »Was gesagt werden muß, ist, daß es zur europäischen Tradition gehört, die Juden vor dem Pessach-Fest des Ritualmords anzuklagen«, höhnte Israels Botschafter in Berlin. Auch der frühere Gesandte, Shimon Stein, Netanjahu oder Ralph Giordano (»Anschlag auf Israels Existenz«) äußerten sich entsprechend. Für den Zentralrat der Juden in Deutschland resümierte Dieter Graumann: »Wer antisemitisch agitiert, wer judenfeindlich argumentiert, wer antisemitische Klischees zuhauf verwendet – was wäre der denn anderes als ein Antisemit?«

Ein solcher Vorwurf hat zwei Dimensionen. Er wirkt als unbedingte persönliche Widerlegung sowie als Signal zur Desolidarisierung, das ehemalige Gesinnungsgenossen von Unterstützung abhalten soll. »Sage mir, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist.« Und da mangels tatsächlicher oder gar bekennender Antisemiten sich das Jagdterrain in Deutschland zunehmend verkleinert hat, geraten auch scheinbare oder unscheinbare Gesinnungsverfehlungen ins Visier. Man diagnostiziert subkutanen, unbewußten, »gepflegten« oder »Antisemitismus light«. Der Delinquent braucht selber kein Rassist zu

sein (wie etwa Tom Segev oder Avi Primor konzedieren), es genügt bereits, »antisemitische Deutungsmuster« (Brumlik) zu transportieren oder auf entsprechende »Neigungen in Teilen der Bevölkerung« (Reich-Ranicki) anzuspielen.

Solche geheimen Abgründe gleichwohl zu ermitteln, sind methodisch geschulte Spezialistenteams am Werk, deren geistiges Rüstzeug zuweilen dem *Hexenhammer* entlehnt scheint – allen voran Henryk M. Broder, dessen periodisch eruptive polemische Schlichtheit nur durch seine Unberechenbarkeit überboten wird: »Hieß es früher ›Die Juden sind unser Unglück!‹, so wird es ab heute ›Israel ist unser Unglück!‹ heißen. Jetzt fehlt nur noch ein Update für ›Juda verrecke!‹«

Viele Kritiker bedienen sich exzessiv der Psychoanalyse, bei der man ja ohnehin kaum weiß, ob ihre Therapie tatsächlich Fremden gilt. Zumindest hat die Methode den Vorteil, daß man, abseits von wörtlicher Textexegese, vorwiegend über verborgene Motive und Subtexte spekulieren bzw. urteilen kann. Nach Jeoshua Sobol etwa erfand der ehemalige SS-Soldat Grass eine »wahnhafte Realität«, die ihn entlasten soll, weil Israel nun 80 intendierte, statt 50 Millionen realer Toter, angedichtet würden. (Daß der Blechtrommler respektive Deutschland übrigens bei solchen Zahlen für den asiatischen Kriegsschauplatz mithaftet, wen kümmert's.)

**7. Der kollektive Böse?**

Das »Der nicht« umfaßt zuweilen ganz Deutschland, sofern es sich nicht einem permanenten Reueritual ergibt und gar seinerseits Moral einfordert. Von der *Welt* über *Commentary* bis *Maariv* können wir lesen, Grass' Gedicht verleihe »dem deutschen Geist Ausdruck. Antizionismus ist ›koscher‹ und der politisch korrekte Ersatz für den alten Antisemitismus geworden.« (Ben-Dror Yemini) »Dank Gestalten wie Grass« seien »für Antisemiten die besten Tage in Europa angebrochen« (Jonathan S. Tobin). Und auch die Grünen-Abgeordnete Marieluise Beck liebt Gemeinplätze: »Dieser Text offenbart die ganze Wahrheit des Satzes ›Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.‹«

Deutsches Über-die-Bande-Spielen unterstellt auch Manfred Kleine-Hartlage in einem bemerkenswert schonungslosen Beitrag (*SiN*, 10. April 2012). Danach wehre sich ein durch Schuldkult dauertraumatisiertes Volk durch Kritik an Israel, bestreite ihm in realpolitischer Naivität die robuste Selbstbehauptung und verüble ihm quasi, daß es »nicht bereit ist, in Schönheit zu sterben«. Vielleicht gibt es solche Denkmuster, aber vermutlich weniger als Mehrheitsmotiv. In der Breite bewegt die Deutschen vor allem eines. Seit Jahrzehnten wurde ihnen eingebleut, daß Kriegführen und gar Angreifen böse ist und Israel gut. Der Umstand aber, daß nun Tel Aviv offen mit Präventivschlag droht, führt (im Verein mit früheren Aktionen im Irak, Libanon oder Westjordanland) zu großen Irritationen. Im Irak-Krieg durfte der Durchschnittsdeutsche noch (zu Schröders Wahlglück) gemäß seinem pazifistischen Primärreflex empfinden. Es waren ja bloß Amerikaner. Was aber, wenn die Guten angreifen? Da brechen Lebenslügen einer über alle Zweifel erhabenen sittlichen Wegweisung zusammen. Und diesem Grundgefühl hat Grass Ausdruck verliehen, in Kontrast zu den Eiertänzen unserer politisch-medialen Klasse, die sich wegen der bekannten Zwänge nicht offen äußern darf oder will.

Für diese Gesinnungslenker wird es künftig zunehmend schwerer, die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu schließen. Denn die Widersprüche mehren sich neuerdings aus ihren eigenen Reihen, von Walser bis Sarrazin. Und es fragt sich, ob der Durchschnittsbürger auch künftig noch so reflexhaft speichelt, wenn die Vergangenheitsbewältigungsglocke ertönt.

Für jüdische Interessenvertreter böte dies Anlaß zum Umdenken. Ein bißchen weniger ideologischer Schraubstock könnte ein bißchen mehr deutsches Selbstbewußtsein bewirken und ehrlichere, von tatsächlichem Verständnis getragene Beziehungen, was übrigens von nicht wenigen Juden außerhalb der Funktionärsebene begrüßt würde. Dann käme zwar keine regierungsamtliche Nibelungentreue heraus, aber vielleicht auch kein verbogener Menschenschlag, der sich pausenlos verstellen muß oder, wie bei allen Glaubenseiferern, irgendwann zum lautstarken Renegatentum neigt. Auch das sind – wie Grass zeigt – nicht immer angenehme Zeitgenossen.

**8. Böse Menschen dichten schlecht**

Eine kurze Blütenlese kennzeichnet das ästhetische Tribunal: »Wenn der Grass-Text ein Gedicht sein soll«, habe sie gerade, schrieb Sibylle Lewitscharoff, mit »drei melodischen Fürzen eine neue Matthäus-Passion komponiert.« Andere Vergleiche bemühen ein »Porzellan-Urinal« (Begley) oder »intellektuelle Senkgruben« (Gil Yaron). Schirrmacher sieht den Text »sprachlich Lichtjahre von irgendeiner Art heutzutage praktizierter Literatur entfernt«, und Kleine-Hartlage will deshalb gar den Nobelpreis kassieren.

Einspruch, Euer Ehren! Zwar hat Grass bei seinem leicht rhythmisierten, versifizierten Appell wohl mehr an aktuelle Wirkung als an Artistik gedacht. Aber ein Großteil der kollektiven Häme entspringt persönlichen bzw. politischen Aversionen. Das Gedicht ist kein Kunstwerk, aber auch nicht so abgrundtief schlecht, wie es in durchsichtiger Herabsetzung parteiübergreifend eingeschätzt wird. Es repräsentiert eher ein durchschnittliches Niveau politischer Lyrik, z. B. im Bereich von Friedensbewegung, Vietnam-Gedichten oder der (anti-)faschistischen Agitationsliteratur. Auch der »große Brecht« schuf wahrlich nicht nur Meisterwerke wie etwa »An die Nachgeborenen«, sondern gar nicht so wenig unreflexive »Gebrauchstexte« als Dutzendware.

Auch inhaltlich handelt es sich – bei allen etwas fahrigen Übertreibungen, Fehlern, Halbherzigkeiten oder anbiedernden Absicherungen – um kein Kloakenprodukt. Es widerspricht der allzu simplen Annahme, daß man diesen Teil der Welt auf Dauer mit Bomben befrieden könne und daß der ständige Rekurs auf vermeintliche Appeasement-Lehren der Weisheit letzter Schluß sei. Wen Grass' Propheten-Gestus, sein egozentrisches Pathos (»mit letzter Tinte«) oder die Ratschläge stören, mag dem Ganzen immerhin entnehmen, daß in dieser Krise etwas mehr deutsche Zurückhaltung angebracht wäre. Weit vom Schuß und von Nachrichten abhängig, die alles andere als objektiv oder interesselos gefertigt werden, geht es für uns ja auch weniger um Lösungsvorschläge oder Rezepte. Ausgenommen, die an die Bundesregierung, nicht gar zu vollmundig mit der Staatsraison umzugehen, zumal uns in diesem Ränkespiel jenseits der Kosten in der Tat nur ein Fußnotendasein zugebilligt ist.

> Warum können wir nicht mehr streiten, ohne den anderen als Person zum Teufel zu wünschen? … Ich möchte nirgendwo lesen: »Weg du, Ingo Schulze!«, »Weg du, Durs Grünbein!«
>
> Ingo Schulze, *FAZ,* 16. April 2012

**9. Meinungsfreiheit ja, aber so nicht …**

Natürlich keilte ein Grass auf Kritik hin zurück. Er assoziierte dabei Goebbels und Mielke, was erwartbare Reaktionen hervorrief. »Bewußt etwas Falsches sagen, um eine Wirkung zu erzielen«, schimpfte Werner Kolhoff, »das nennt man Demagogie. Grass ist dabei ertappt worden. Man muß schon sehr dreist oder sehr halsstarrig sein oder beides, um sich nun als Opfer einer gleichgeschalteten Presse zu verkaufen«. Thorsten Hinz wiederum nannte es »possierlich, wie auf den Vorwurf, die Presse sei gleichgeschaltet, eine Schafsherde deutscher Journalisten sich wie ein Mann erhebt und mit einem ohrenbetäubenden Blöken das Gegenteil behauptet.«

Pluralismus-Verteidiger argumentieren, was Grass angeblich aufdecke, hätten im Prinzip schon viele geschrieben. Unstatthaft und unentschuldbar sei nur seine völlig verfehlte Auslegung. Im übrigen dürfe man hier alles sagen. Tatsächlich sind auch hierzulande Israel-kritische Artikel erschienen. Doch eine ähnliche politische Zuspitzung wie Grass, der über ein beträchtliches Netzwerk verfügt, hätte sonst niemand im deutschen Feuilleton zu Gehör bringen können: die Beschwerde nämlich, wie es nervt, Woche für Woche lesen zu müssen, daß ausgerechnet an einem so sensiblen Knotenpunkt des Weltverkehrs ein Militärschlag bevorstünde. Daß mit größter Selbstverständlichkeit erörtert wird, ob man besser vor oder nach der US-Wahl angreifen sollte, und Deutschland diskussionslos Waffen liefert. Und unangebracht scheint den Reaktionen nach auch die Feststellung, daß Präventivschläge zunächst einmal den Weltfrieden bedrohen.

Es mag ja Gründe dafür geben, daß dieser nicht »der Güter höchstes« ist. Aber die Besorgnis davor muß ungeschminkt benannt werden dürfen – auch gegen Interessen der Regierung in Tel Aviv, der das Gedicht zweifellos zur Unzeit kommt. Es stört eine propagandistische Kriegsvorbereitung, einerlei, ob dieser Angriff tatsächlich geplant oder nur eine Drohkulisse aufgebaut werden soll um bestimmter Abmachungen oder sonstiger Vorteile willen, wie van Crefeld schon länger vermutete, der übrigens von der unmittelbaren Gefährdung durch Irans Nuklearprogramm weniger beeindruckt scheint.

**10. Pseudoliberale Weichspülung**

Zu den Keulenschwingern der Grass-Kontrahenten gesellten sich mit fortschreitender Debatte kurioserweise vermehrt (vorgebliche) Israel-Kritiker, zumindest aber Netanjahu-, Siedlungs- oder Präventivschlag-Gegner. Die verwahrten sich dann weltmännisch gegen ein illiberales Einreiseverbot oder Pauschalverdächtigungen bei Kritik, aber – und nun kommt das Entscheidende – so ein Gedicht, das gehe wirklich nicht. Bei aller honorigen Musterung (exemplarisch Fritz Sterns abwägendes *FAZ*-Interview vom 14. April 2012) läuft diese Haltung nun aber faktisch leider darauf hinaus, sozusagen mit halber Ladung das gleiche Ziel zu beschießen. Denn zusammen mit obigen Verdikten wirken solche Statements lediglich als subtilere Kampagnen-Formen einer Arbeitsteilung, wobei den geistig unbedarfteren Kollegen der Part fürs Grobe zufällt.

Doch wo man Grass und anderen im Kern die (moralische) Legitimität ihrer Meinung bestreitet, also nicht nur sagt: »Du liegst gewaltig daneben«, sondern unterschwellig vermittelt: »Du bist ein Schurke«, interessiert es wenig, wie differenziert dies geschieht. Der – wie verhalten auch immer – lancierte Antisemitismus-Vorwurf ist kein Gesprächsangebot, sondern dessen geistig erbärmlicher Abbruch. Er markiert die Zone, wo Staatsanwälte drohen, macht quasi vogelfrei, disqualifiziert Kontrahenten im Kreis der Gesitteten und zielt auf Einschüchterung ähnlich Empfindender. Es ist auch fast zwecklos, sich dagegen zu wehren, da immer »etwas hängenbleibt«. Wer das ohne hinreichende Belege auch nur zuläßt, sollte von aufgeklärter Diskussionskultur schweigen.

# Briefe aus feindlicher Nähe – neue Schmittiana

von Siegfried Gerlich

*Schmittiana. Neue Folge. Beiträge zu Leben und Werk Carl Schmitts,* Bd. 1, hrsg. von der Carl-Schmitt-Gesellschaft, Berlin: Duncker & Humblot 2011. 343 S., 48 €.
Herbert Kopp-Oberstebrink/Thorsten Palzhoff/Martin Treml (Hrsg.): *Jacob Taubes – Carl Schmitt. Briefwechsel mit Materialien,* München: Fink 2012. 327 S., 39.90 €.

In Erinnerung an Piet Tommissen hat sich die Carl-Schmitt-Gesellschaft nach einem knappen Dezennium Unterbrechung zur Fortsetzung der seinerzeit von dem jüngst Verstorbenen herausgegebenen *Schmittiana* entschlossen. Der aktuelle Band macht neben dem frühen Rezensionswerk zum Weimarer Staatsrecht hauptsächlich Korrespondenzen Schmitts zugänglich. Eher marginal erscheinen die Briefwechsel mit dem jüdischen Staatsrechtler Erwin Jacobi, der sich nach 1933 von seinem engen Kollegen allein gelassen fühlte, sowie mit dem Schmitt in Haßliebe verbundenen Politologen Waldemar Gurian, der später aus dem Exil scharfe Polemiken gegen den »Kronjuristen« publizierte. Zeitgeschichtlich erhellender sind die über einen Zeitraum von sechzig Jahren gewechselten Briefe zwischen Schmitt und der getreuen Freundin Lilly von Schnitzler, die als Grande Dame einen großbürgerlichen Salon führte. Als einziger Sachbeitrag imponiert Martin Tielkes minutiöse Recherche über Schmitts vielsprachige Privatbibliothek, die des hochgebildeten Juristen »intimstes Eigentum« war, bevor sie nach Kriegsende für sieben Jahre von den Amerikanern beschlagnahmt wurde. Charakteristischerweise übertrifft der literarische und philosophische Bücherbestand den juristischen bei weitem, und handschriftliche Glossierungen zeugen von einer intensiven Auseinandersetzung mit Leo Strauss' Spinoza-Arbeit, aber auch mit Walter Benjamins Trauerspiel-Abhandlung. Daß Schmitt sein eigenes Hobbes-Buch als Antwort auf Benjamin verstand, wirft ein neues Licht auf den berüchtigten *Leviathan*. In ihrer editorischen Sorgfalt weiß sich auch die neue Folge dem hohen Standard des altbewährten Periodikums verpflichtet.

Zu den wenigen Büchern, die mehr halten, als ihr Titel verspricht, muß die materialreiche Edition des Briefwechsels zwischen Carl Schmitt und dem Religionsphilosophen Jacob Taubes gerechnet werden, die obendrein noch die Beiträge von dessen Merve-Klassiker *Ad Carl Schmitt* sowie Korrespondenzen mit Tommissen, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Hans-Dietrich Sander und Armin Mohler enthält. Letzterer befand treffend: »In der ganzen Affäre geht es doch um eine Auseinandersetzung zwischen Judaismus und deutschem Geist.« Mit Fug und Recht darf gesagt werden, daß diese Publikation den notorischen Kitschtitel des deutsch-jüdischen Dialogs rehabilitiert und ihm eine geistige Substanz rückerstattet, von der sonst nur noch längst vergilbte Bücher zeugen.

Kaum vorstellbar wäre heutzutage ein freimütiges Gespräch, wie es 1958 in Mohlers Wohnhaus bei Paris geführt wurde, als Taubes, Hans-Joachim Arndt, Dieter Wolf und der Gastgeber sich zu einem Gedenkabend an Schmitt einfanden. Besiegelt wurde dieser durch eine von allen unterschriebene Ansichtskarte an den abwesenden Meister: Taubes grüßt, indem er Schmitts private Sonderdrucke mit einem Wort Adornos als »Flaschenpost« kennzeichnet, die »am anderen Ufer«, in Amerika, immer erwartet werde. 1977 sucht der jahrelang rastlos umherreisende Taubes in München einmal wieder Mohler auf, welcher seinen Jugendfreund wie einen »verlorenen Sohn« empfängt. Hier lernt Taubes auch Sander kennen, und so wird über »die Ortlosigkeit des Marxismus, des Judentums« debattiert. Anlaß bietet ein Brief Benjamins an Schmitt von 1930, der dessen Nachlaßverwaltern, Adorno und Scholem, als verschollen galt und erstmals 1970 in Sanders Dissertation publiziert wurde.

Schon frühzeitig hatte Taubes sein Interesse an Schmitt bekundet. In einem Brief an Mohler von 1952 aus Jerusalem feiert Taubes den deutschen Gelehrten nicht nur als »die« geistige Potenz, sondern lobt zumal dessen selbst von Mohler zur »Rechtfertigungsliteratur« gezählte Schrift *Ex captivitate salus* als einen »wahrhaftigen« und »erschütternden Bericht«, der von einem Mut zeuge, wie ihn ein Heidegger habe vermissen lassen. Unerschrocken geht Taubes *in medias res:* »Das Judentum ›ist‹ polit. Theologie – das ist sein ›Kreuz‹«. Dabei schrickt er nicht vor einem kleinen Geheimnisverrat zurück: Für seinen Verfassungsentwurf habe der israelische Justizminister Pinchas Rosen heimlich die *Verfassungslehre* Schmitts studiert. Mit der Frage,

*Taubes an Schmitt, 1979, faksimiliert*

wie er denn darüber denke, »zum Geburtshelfer der Verfassung Israels« geworden zu sein, leitet Mohler das Schreiben an Schmitt weiter. Und der ist von diesem »ganz erstaunlichen, grossen Dokument« so bewegt, daß er insgesamt 33 Abschriften für Freunde anfertigen läßt.

1978 wendet sich Taubes mit dem kühnen Vorhaben, den fünften Teil des 1938 erschienenen *Leviathan* in einer neuen Zeitschrift namens *Kassiber* wiederabzudrucken, endlich direkt an Schmitt. Wenn dieser angesichts seines »zerstörten Images« auch ablehnt, so empfindet er Taubes' kokett-subversiv betiteltes Projekt gleichwohl als eine »Auszeichnung«, die ihm mehr bedeute als ein »Pour le Mérite«. Einen ersten persönlichen Besuch in Plettenberg vermittelt Sander, der selbst »ganz berauscht« ist von den durch Taubes eröffneten Perspektiven und diesem versichert, Schmitt habe sich einen solchen Gesprächspartner »seit Jahrzehnten gewünscht«.

Nach der beiderseits langersehnten Begegnung dankt Schmitt herzlich: »Die kostbaren Tage Ihres Besuchs werden mich noch lebenslang beschäftigen.« Taubes geht es kaum anders, denn die »stürmischsten Gespräche, die ich je in deutscher Sprache geführt habe«, waren auch ihm nicht leichtgefallen, wußte der bekennende »Erzjude« doch, daß er von Schmitt einst als Feind markiert worden war. Aber er bricht darum doch nicht den Stab: »Wir hatten keine Wahl: Hitler hat uns zum absoluten Feind erkoren. Wo aber keine Wahl besteht, da auch kein Urteil, schon gar nicht über andere.«

Der sagenumwobene Brief Benjamins wiederum steht ab 1978 im Zentrum von Taubes' Seminaren an der FU Berlin, worin jenes »Geschichtsphilosophische Thesen« als Antithesen zu Schmitts *Politischer Theologie* exponiert werden. In der damaligen »marxoiden Atmosphäre« bringt ihm seine Rehabilitierung Schmitts allerlei »Schmähungen und Verleumdungen« ein, und vollends als Taubes, der auch als Berater des Hauses Suhrkamp tätig war, dort die Neupublikation von *Hamlet und Hekuba* anregt, darf er getrost befürchten, »Habermas werde sein gewaltiges Wort ad faschistische Intelligenz in den Raum brüllen«. Aber das »Geheul der Habermasse« und deren »linksliberale Tyrannei« verderben ihm mitnichten seine Streitlust um die letzten Dinge.

In zentralen Problemstellungen erweisen sich der jüdische »Apokalyptiker der Revolution« und der deutsche »Apokalyptiker der Gegenrevolution« als wahlverwandt. Schmitts eigenste Fragen wurden in Taubes zur Gestalt. Mit einer Wendung des von diesem hochgeschätzten Ernst Nolte lassen sich beider Positionen in »feindlicher Nähe« verorten, denn bei allem messianischen Eifer gab Taubes Schmitt zu bedenken, daß auch das »Mysterium Judaicum« zur »katechontischen Form der Existenz« gehöre. Für Sander hingegen spiegelte die Konstellation Schmitt/Taubes den unversöhnlichen Gegensatz zwischen »geortetem« deutschen und »entortendem« jüdischen Denken in geradezu idealtypischer Reinheit wider. Von einem verschärften Schmittianismus jedoch, wie ihn Sander in *Die Auflösung aller Dinge,* seiner posthumen Antwort auf Taubes, propagieren sollte, hebt sich die geistige Offenheit von Schmitt selbst nur um so einnehmender ab. Durchweg wird das Gespräch zwischen Taubes und Schmitt von dem gemeinsamen politischen Willen zur »Hegung des Bürgerkriegs« getragen, und auch in ihrem theologischen Verständnis der Geschichte als einer »Galgenfrist« rücken sie zusammen. Aber freilich wollte der eine die Apokalypse »aufhalten«, während der andere ihr Nahen noch zu »beschleunigen« suchte, um so die finale An- oder Wiederkunft des Messias zu provozieren. In seinem persönlichen Leben jedenfalls beschleunigte Taubes durch seine manischen Eskapaden und depressiven Einbrüche nur eine todbringende Krebserkrankung. Schmitt hingegen bewährte sich noch viele Jahre als unerschütterlicher Aufhalter seines eigenen Todes.

## Schöne Literatur

Jens Wonneberger: *Sture Hunde,* Göttingen: Steidl 2012. Roman, 233 S., 19.90 €

Es ist ein paar Jahre her, daß ich an dieser Stelle deutsche Autoren aufzählte, die wir »im Auge behalten sollten«. Einen Roman von Jens Wonneberger kannte ich damals noch nicht, nun kenne ich einen und habe meine Autoren-Liste ergänzt. *Sture Hunde* also: Der in Ohorn/Sachsen 1960 geborene Wonneberger erzählt aus den Monaten nach der Rückkehr der Hauptfigur, Martin Rohrbachs, in sein Heimatdorf Ahornstein (dialektal etwa: Ohornstein). Dort ist sein Vater verstorben, die Mutter ist schon lange tot, und nach der Beerdigung bleibt Rohrbach einfach im elterlichen Haus auf dem Hügel. Seine Wohnung in der Stadt besucht er noch zweimal, seine Stelle in einem Institut für Kommunikationsforschung läßt er ruhen, irgendwann kündigt er. In Ahornstein trifft er manches so an, als seien nicht zwei Jahrzehnte vergangen, seit er zum Studium aufbrach und nicht wiederkehrte, sondern bloß ein Tag: In der Trinkhalle sammeln sich die Kumpels von früher, die Gespräche haben sich in Form, Niveau und inhaltlich nicht weiterentwickelt, ein paar alte Mißverständnisse und Rivalitäten sind nicht vergessen und müssen ausgeräumt werden, und die Jugendliebe kommt – frisch geschieden – nicht nur tags zu Besuch. Deren Vater vermutet auf einem zu Unrecht den Rohrbachs zugeteilten Stück Landes einen vergrabenen Schatz aus dem enteigneten Rittergut, aber man findet nichts. Man findet auch im Roman nichts, keinen vergrabenen Sinn, kein Urteil über dieses Dorf – nur eine latente, durch Wonnebergers Sprache glänzend eingefangene Atmosphäre des Gehen-Wollens, Aufbrechen-Müssens in eine weite Welt. Wer Phantasie hat und jung ist, will solch ein Dorf verlassen, Rohrbach tat es. »Die Vorstellung, ein Leben lang mit denselben Leuten am Sonnabendnachmittag auf dem Dorfplatz zu stehen, bei den gleichen Gesprächen, den gleichen Witzen und einer wachsenden Menge Bier, diese Vorstellung ist es gewesen, die ihn einst hatte in die Großstadt gehen lassen.« Indes: Die – von einem Aufbruchsstandpunkt aus betrachtet – geradezu jämmerliche Geborgenheit eines typischen Ost-Dorfes ist immerhin eine: berechenbar, heimatlich, entlastend, für manchen eine Rückkehr wert. Alles ist, wie es ist, oder ganz einfach: alles ist, Punkt – und damit ist es mehr als etwa jene Erfassung einer Realität durch die Zahlen, die Rohrbach im Institut für Kommunikationsforschung erheben mußte. Manchmal machte er sich einen Spaß daraus, »die Passanten abzuzählen, jeder fünfte wünschte sich die Mauer zurück, bis sechzehn mußte er zählen, um noch jemanden zu finden, der noch Achtung vor Politikern hatte.« Aber wo sind dieser fünfte und dieser sechzehnte im Dorf, und was sind sie darüber hinaus? Rohrbach »kennt die Statistiken über die rechte Gesinnung der Jugendlichen auf dem Land, sie haben ihm oft genug einen Schrekken eingejagt, trotzdem gelingt es ihm jetzt nicht, den jungen Mann als Bedrohung zu empfinden oder wenigstens mit Verachtung zu strafen«, denn der hat freundlich gegrüßt und befüllt auf dem Dorffest für die Kinder Luftballons aus einer Heliumflasche. In einem Interview, das auf dem Literaturportal *poetenladen.de* veröffentlicht ist, gibt Wonneberger sein Desinteresse an freier Fiktion zu Protokoll. Er müsse »über das schreiben, was ich erlebt habe, über mein Umfeld, das ich zu kennen glaube« – wobei das ein bißchen zu bescheiden klingt: Natürlich kennt Wonneberger die Ahornsteiner Typen, und man kann den Ton, den er anschlägt, um ihre Dialoge zu notieren, mit dem Ton Knut Hamsuns vergleichen: den zugeneigten Blick auf die einfachen Leute; die alles Kapriziöse ablehnende Sprache ohne Spott, Überheblichkeit oder artistische Zuspitzung der Wirklichkeit. Alles geschieht und hat kein Ziel. Jens Wonneberger hat die Sprache gefunden, mit der diese in jeder Hinsicht lebensnahe Ziellosigkeit zu einem Roman werden konnte.

William H. Gass: *Der Tunnel,* Reinbek: Rowohlt 2011. Roman, 1093 S., 36.95 €

Vermutlich hat auch der US-amerikanische Autor William H. Gass irgendeine Sprache gefunden. Seine bereits 1995 erschienene Schwarte *Der Tunnel* ist nun übersetzt und liegt angelesen auf meinem Schreibtisch. Ich habe nicht grundsätzlich etwas gegen 1093 Seiten, und die Kurzbeschreibung des Romans lockte: Ein Professor Kohler, deutschstämmiger Ich-Amerikaner, hat ein Werk über »Schuld und Unschuld im Dritten Reich« verfaßt und schafft es nicht, die noch fehlende Einleitung zu schreiben. Statt dessen entstehen gleichzeitig eine immer tiefer schürfende Seelenerforschung nach dem »Faschisten in uns« und ein Tunnel, den Kohler mit vielen Blindgängen in seinen Garten vortreibt. Gass' assoziatives, ausfälliges Großexperiment wird als »Meisterwerk der Post-Moderne« gepriesen. Dabei ist es bloß unlesbar: ein Angeberbuch, über das man alles und nichts sagen kann, weil niemand das Urteil nachzuprüfen vermag. Daher endet hier meine Rezension.

Götz Kubitschek

## Die merkwürdige Scheu beim Reden über Krieg

Stefan Bayer/Matthias Gillner (Hrsg.): *Soldaten im Einsatz. Sozialwissenschaftliche und ethische Reflexionen,*
Berlin: Duncker & Humblot 2011. 344 S., 62 €

Bei der Bundeswehr müßte eigentlich etwas in Bewegung kommen: Die Einsatzrealität in Afghanistan, die Aussetzung der Wehrpflicht und die forcierte Umstellung auf eine Einsatzarmee – all das muß Konsequenzen für das Selbstverständnis der Armee haben. Welche das sein könnten, müßte endlich einmal mit Bestimmtheit gesagt werden. Denn die Bundeswehr hat es seit langem mit einem Paradoxon zu tun: Sollte der Einsatz in Afghanistan einerseits gelehrt haben, daß die Realität anders aussieht, als es sich mancher ausgemalt hatte, so bleibt doch andererseits eine merkwürdige Scheu bestehen, die richtigen Fragen zu stellen (etwa die, ob es sinnvoll ist, aus Frauen Soldaten zu machen). Diese Situation ist deshalb paradox, weil nur realistische Antworten auf diese Fragen dazu beitragen, unnötige Opfer zu vermeiden.

Insofern hat der vorliegende Band immerhin den richtigen Titel.

Doch leider verbirgt sich zwischen den Buchdeckeln eine Ansammlung von Aufsätzen, die nur in den wenigsten Fällen bereit sind, kritische Fragen zu stellen. Positiv ist hingegen, daß sich alle Beiträge an der aktuellen Situation orientieren und es thematisch eigentlich nur eine abseitige Untersuchung gibt: »Bilder des indigenen Kriegers in der russischen Literatur«.

Der Rest bewegt sich auf dem vorgegebenen Feld. Es gibt strategische Untersuchungen über den Sinn des Afghanistankriegs, über die Erfahrungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, über den Rückhalt der Bundeswehr in der Bevölkerung, über das Bundeswehrehrenmal, den Sanitätsdienst im Krieg, Sexualität im Einsatz (in dem erst einmal pauschal die deutschen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkriegs zu Vergewaltigern erklärt werden!) und eine Vielzahl von Texten zu ethischen Aspekten, die vor allem von der moralischen Verantwortung des Offiziers in Ausnahmesituationen und den entsprechenden Berufsleitbildern handeln.

Zu diesem Aspekt ist auch ein Vortrag des ehemaligen Generalinspekteurs Schneiderhan abgedruckt – er mußte bekanntlich im Zusammenhang mit der sogenannten Kunduz-Affäre zurücktreten. Darin nimmt er die Kernaufgabe des Offiziers, die militärische Führung, ausdrücklich als Ausgangspunkt für seine Überlegungen zum Berufsbild desselben.

Es sagt viel über den Zustand der Bundeswehr, daß Schneiderhan in dieser Rede (an der Führungsakademie der Bundeswehr!) eigens an diese Kernaufgabe erinnern muß. Letztlich will Schneiderhan damit nur verdeutlichen, daß dieser Begriff des militärischen Führers vielfach umhegt und begrenzt werden muß, um im 21. Jahrhundert noch Gültigkeit zu haben. Auch wenn Schneiderhan von den Spitzenoffizieren als Verantwortungselite spricht, darf man sich davon nicht täuschen lassen, heißt es doch an anderer Stelle: Die »in der Demokratie verankerten Werte [wie Frieden, Menschenwürde, Sicherheit, Recht] geben ihm [dem Offizier] Halt und einen inneren Kompaß, um auch schwierigste Situationen psychisch und moralisch bestehen zu können«.

Hier ist noch immer die Ausrichtung an der sogenannten »Inneren Führung« zu spüren, um deren Fortbestehen sich der Soziologe Elmar Wiesendahl ernsthafte Sorgen macht, denn immerhin habe die Bundeswehr durch deren Einführung mit der »unsäglichen deutschen Militärvergangenheit« gebrochen. Er sieht zwei neue mögliche Leitbilder heraufziehen: Athen und Sparta bzw. Ordnungshüter (*miles protector*) und Kämpfer (*miles bellicus*). Die völlig schiefen Anleihen bei der Antike lassen dabei Schlimmes befürchten, wenn es sich wirklich, wie der Autor behauptet, um zwei konkurrierende Denkschulen an der Führungsakademie handeln soll.

Der beste Text des Bandes stammt von dem Historiker Martin Kutz, der früher Wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie war.

Er zeigt in seinem »Versuch über die rationale Art Krieg zu führen: Das Beispiel Afghanistan« die Leichtfertigkeit, mit der man sich vor mehr als zehn Jahren in das »Abenteuer« Afghanistan gestürzt hat und in welch ungünstige Lage sich schon die Amerikaner manövriert hatten: »In dieses Umfeld sind die deutschen Kräfte hineingestolpert. Ohne hinreichende Ausrüstung, ohne hinreichende logistische Verbindungen« Kutz formuliert abschließend sieben Lehren aus dem Dilemma Afghanistan. Eine lautet: »Kriege dürfen nie ohne konkretes und erreichbares Kriegsziel begonnen werden.« Gleichzeitig müsse man bei der Kriegsplanung, gut konservativ, »immer von der denkbar schlechtesten Möglichkeit für die eigenen Aktivitäten ausgehen«.

Der einzige Wermutstropfen, und das verbindet Kutz mit den restlichen Beiträgern, ist eine gewisse Unernsthaftigkeit, wenn er abschließend schlußfolgert, daß es am besten sei, sich solcher Dinge wie Krieg durch Geldzahlungen zu entziehen.

Das hätte für den Afghanistaneinsatz sogar eine Option sein können, läßt aber für den Fall eines existentiellen Konfliktes Schlimmes befürchten – solange zumindest, wie »Macht immer noch aus Gewehrläufen« (Martin van Creveld) hervorgeht.

Erik Lehnert

### Wir müssen die Deutschen töten

Klaus Farin/Eberhard Seidel: *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland,* Berlin: Archiv der Jugendkulturen 2012. 228 S., 12 €

Klaus Farin ist Vorsitzender der Stiftung »Respekt!«, die sich für »jugendkulturelle Vielfalt und Toleranz« einsetzen will. Eberhard Seidel ist Geschäftsführer von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. Beide sind damit maßgeblich verantwortlich für die Verschleierung der Ursachen der »Jugendgewalt« in Deutschland. Das Programm »Schule ohne Rassismus« treibt dies auf die Spitze, indem es in einem aktuellen Themenheft allen Ausländern, die sich deutschenfeindlich geben, einfach das Etikett »rechtsextrem« verpaßt. Damit wird so getan, als würde es genügen, zwischen bösen, menschenverachtenden Einstellungen und guten, pazifistischen zu unterscheiden.
Daß es so einfach nicht ist, zeigt zum einen die Realität, zum anderen ein in diesem Jahr neuaufgelegtes Buch von Farin und Seidel, das bemerkenswerterweise zuerst 1991 im Rotbuch-Verlag erschien. *Krieg in den Städten* heißt es und klärt in Form von Reportagen und Hintergrundanalysen über »multikulturelle Streetgangs«, »Sturmtruppen für Doitschland«, Hooligans und Autonome auf. Brisant ist vor allem das unveränderte Kapitel über ausländische Jugendgruppen. Zieht man den politisch-korrekten Sprachgebrauch ab, bleiben einige unbequeme Fakten und Schilderungen übrig. Zum Beispiel heißt es, im Berlin der 90er Jahre hätte jeder zweite Türke eine nationalistische Einstellung gehabt. In einer Kreuzberger Grundschule seien sich zudem die zehnjährigen Türken einig gewesen, was ihre zukünftige Aufgabe wäre: »Wir müssen die Deutschen töten, bevor die uns töten.« Berichtet wird auch von dem zwölfjährigen Nazim, der mit Dolch und Beil durch die Hinterhöfe Berlins zog: »Damit bringe ich Schweine um. Deutsche Schweine und Nazischweine«. Im weiteren Verlauf schildern die Autoren, wie sich türkische Jugendliche auf die Straßenschlachten zu Hitlers 100. Geburtstag am 20. April 1989 vorbereiteten und warum die »Türkische Mädchen Armeefraktion« von den eigenen Landsleuten nur als ein »Haufen Nutten« belächelt wurde. Das Buch illustriert damit sehr anschaulich jene Lage in Deutschland, die Hans Magnus Enzensberger 1993 veranlaßte, seine *Aussichten auf den Bürgerkrieg* zu schreiben. Ob und wie sich die Lage seither verändert hat, läßt sich nur schwer beantworten. Zu nebulös sind die Auskünfte der Polizei, Justiz und des Statistischen Bundesamtes.
Das neugeschriebene, letzte Kapitel von Farin und Seidel fügt sich nahtlos in dieses Nebelbild ein. Die zwei haben das Interesse an der Wirklichkeit verloren und verfassen ihre Beiträge jetzt so, daß ihre Posten auch weiterhin sicher sind.

Felix Menzel

### Pabst ließ Liebknecht & Luxemburg richten

Rüdiger Konrad: *Waldemar Pabst. Noskes »Bluthund« oder Patriot?,* Beltheim-Schnellbach: Bublies 2012. 348 S., 24.80 €

Er gehört zweifelsohne zu den bekanntesten Persönlichkeiten des deutschen Bürgerkriegs: Waldemar Pabst. Als Stabschef der Garde-Kavallerie-Schützendivision war er es, der im Januar 1919 die beiden Spartakistenführer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, liquidieren ließ. Pabst selbst sprach 1962 in einem Interview mit dem *Spiegel* von »richten lassen«. Nach dem Scheitern des Kapp-Putschs 1920 floh Pabst nach Österreich und wirkte dort entscheidend beim Aufbau der Heimwehr mit, deren Stabschef er wurde. Zurück in Deutschland arbeitete Pabst ab 1931 für den Rüstungskonzern Rheinmetall. Das Angebot Hitlers, ihn zum »politischen Organisationschef« der Partei zu machen, lehnte der überzeugte Monarchist ab. Den 30. Juni 1934 überlebte er nur dank dem persönlichen Schutz Hermann Görings.
Pabst unterhielt enge Kontakte zu einer Reihe von Widerständlern, darunter Hans Oster und der frühere Freikorpskämpfer Friedrich Wilhelm Heinz. Von Admiral Canaris gewarnt, setzte sich Pabst nach dem Auffliegen Osters 1943 in die Schweiz ab. Erst 1955 kehrte er in die Bundesrepublik zurück, wo er aufgrund seiner guten Kontakte zur Bundeswehr bis kurz vor seinem Tod 1970 als Waffenhändler erfolgreich war.
Obwohl Pabst einen umfangreichen Nachlaß hinterließ, scheiterten die meisten Versuche einer wissenschaftlichen Untersuchung an seiner umtriebigen Biographie – eine Erfahrung, die auch der Publizist Heinz Höhne machen mußte, dessen unvollendetes Manuskript sich im Militärarchiv in Freiburg befindet. Der Regisseur Klaus Gietinger legte 2008 das – stark linkslastige und keineswegs frei von ideologischen Bewertungen – erste Werk überhaupt zu Pabst vor (*Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere*).
Dem setzt nun Rüdiger Konrad seine Biographie entgegen. Gestützt auf den Nachlaß Pabsts, läßt er den einstigen Generalstabsoffizier über weite Teile selbst zu Wort kommen, indem er reichlich aus dessen Aufzeichnungen zitiert und dessen Ausführungen, kursiv gesetzt, zum Teil sogar mit seinen eigenen Worten verwebt. Die Lücken in Pabsts Biographie, insbesondere seine Rolle in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, vermag aber auch Konrad nicht zu schließen.

Wiggo Mann

## Menschenfleischsuche

Bernhard Pörksen/Hanne Detel: *Der entfesselte Skandal,* Köln: Herbert von Halem 2012. 248 S., 19.80 €

Hans Mathias Kepplinger: *Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen und andere nicht,* München: Olzog 2012. 224 S., 26.90 €

Nach einigen Fällen von digitaler Selbstjustiz vor den Olympischen Spielen in Peking 2008 hat sich dort der Begriff »Menschenfleischsuche« (Renrou Sousuo) etabliert. Beschrieben wird mit diesem martialischen Begriff, wie sich im Internet über soziale Netzwerke Lynchmobs zusammenschließen, die den Ruf einer Person zerstören wollen. Der Anlaß dafür ist zumeist vollkommen banal: ein peinliches Foto, das irgendwo auftaucht; ein etwas zu flotter Spruch oder ein Video auf *Youtube,* das Mißverständnisse auslöst.
Zum Ausgangspunkt ihrer Skandaltheorie machen dieses Phänomen Bernhard Pörksen und Hanne Detel, die an etlichen Beispielen illustrieren, wie völlig normale Menschen durch eine kleine Unachtsamkeit oder die Handykamera eines Freundes unrühmliche Prominenz erlangen. Während bisher die Medien hauptsächlich das Verhalten von Mächtigen skandalisierten, wandelt sich dies gerade. Die »Überall-Medien« Handy, Kamera und Internet sorgen dafür, daß es jeden zu jeder Zeit treffen kann. Verbunden damit ist der Verlust jeglicher Privatsphäre. Alles ist potentiell öffentlich und gefährlich, wenn schon die fünfjährige Tochter ihren Vater mit einem Schnappschuß landesweit blamieren kann oder eine längst vergessene Jugendsünde, die sich ins Internet verirrt, zum Verlust des Arbeitsplatzes führt.
In ihrem Buch *Der entfesselte Skandal* fragen Pörksen und Detel folgerichtig: »Was passiert, wenn man in dem Bewußtsein lebt, daß überall Spiegel herumstehen und sich die Spiegelung des eigenen Selbst zu strategischen Zwekken nutzen läßt?« Die Antwort: Es führt in eine totale Überwachungsgesellschaft, in der die Sucht nach Transparenz und Selbstdarstellung das gegenseitige Vertrauen der Menschen erschüttert. Die Wichtigtuer und Denunzianten haben in dieser Gesellschaft das Sagen, aber nur solange, bis sie durch einen eigenen Fauxpas gestürzt werden. Der Skandal ist somit kein Kampf »David gegen Goliath« mehr. Vielmehr kämpft jeder permanent gegen jeden.
Obwohl Hans Mathias Kepplinger in den letzten Jahrzehnten immer ein feines Gespür für Medienopfer hatte, geht er diesmal auf diesen entscheidenden, neuen Aspekt überhaupt nicht ein. Er füttert lediglich seine – durchaus profunde – Kernthese mit neuen Belegen. Der Mainzer Kommunikationswissenschaftler geht davon aus, daß Skandale in erster Linie die kollektive Sichtweise festlegen, wer zur Öffentlichkeit dazugehören darf. Erhellend sind dabei seine Äußerungen zum Abgang von Horst Köhler: Dieser habe seinen drohenden Skandal frühzeitig durchschaut und sei deshalb überstürzt abgetreten, weil er wußte, daß er machtlos gegen die »Verschwörung« der Medien ist. Ausgelöst hatte diesen Skandal übrigens ein einfacher Student, der sich in seinem Weblog über Köhler echauffierte.

Felix Menzel

## Geschichtsphilosophie

Alexander Demandt: *Philosophie der Geschichte. Von der Antike zur Gegenwart,* Köln u.a.: Böhlau 2011. 438 S., 34.90 €

Alexander Demandt zählt seit Jahrzehnten zur Crème de la Crème der deutschen Geschichtswissenschaft. Diverse seiner Publikationen bewegen sich im Horizont der Universalhistorie, so auch seine neueste Darstellung über die *Philosophie der Geschichte.* Diese Untersuchung trägt dem Umstand Rechnung, daß gerade in den letzten beiden Jahrzehnten über Deutungen der Geschichte wieder häufiger (bis in die Feuilletons hinein) diskutiert wird.
Gerade die kolossalen Umbrüche nach 1989/90, etwa der Aufstieg Ostasiens, lassen das Bedürfnis nach historischer Orientierung und Einordnung wachsen. Insbesondere die Bestseller von Francis Fukuyama (*Das Ende der Geschichte*) und mehr noch von Samuel Huntington (*Kampf der Kulturen*) sind Ausdruck dieses Wunsches.
Demandt beleuchtet in 16 Kapiteln gewohnt gründlich und gut lesbar die seit dem antiken Mythos stets wiederkehrenden Versuche, das Auf und Ab des menschlichen Daseins im Wandel der Zeit zu interpretieren. Die frühen Kreislauftheorien, etwa von Polybios, werden von der linearen jüdisch-christlichen Heilsgeschichte abgelöst – ein Paradigmenwechsel großen Ausmaßes, der selbst Nietzsche noch erzürnt. Renaissance, Aufklärung und Idealismus sind bezüglich des Verlaufes der Weltgeschichte zumeist optimistisch gestimmt. Der Historismus und vereinzelte Skeptiker des 19. Jahrhunderts wie Jacob Burckhardt mahnen hingegen leise zur Vorsicht vor Überschwang und Vollkommenheitswahn. Im 20. Jahrhundert erhalten sie dafür spätes Lob. Das ist nicht zuletzt deshalb verständlich, weil die totalitären Strömungen auch als »Historizismen« (Karl Popper), die Einsicht in wesentliche Geschichtsgesetze vorgeben, verstanden werden können und sich als notwendige Exekutoren dieser Prozesse sehen.
Ein Verdienst der Schrift des Berliner Althistorikers ist es,



neben den bekannten Standardtheorien auch jene Denker zu berücksichtigen, die selten als Geschichtsinterpreten rezipiert werden, etwa Konrad Lorenz, Sigmund Freud und Charles Darwin. Es verwundert nicht, daß der Verfasser am Ende der Erörterungen zu dem Schluß kommt, daß sich sämtliche Prognosen vom »Feierabend« der Geschichte bisher immer als falsch herausgestellt haben. Wer Demandts umfangreiches Werk auch nur im Überblick kennt, ist über das besondere Maß an Akribie und Solidität der neuesten Monographie nicht erstaunt.

Felix Dirsch

## Das Haus der Deutschen Kunst

Friedrich Burgdorfer: *Das Haus der Deutschen Kunst 1937–1944. Kunstgeschichte in Farbe. Bände I und II, Neue deutsche Malerei.* Weiterhin erschienen: *Band III, Kriegsmaler,* Kiel: Arndt Verlag 2011. (je:) 160 S., 25.95 €

Staatskunst ist ein Elefant auf dem Eis. Authentisches läßt sich nicht herbeimalen. Die heutigen Deutschen entsprechen dem in der SPD-Kunst »dokumentierten« Menschenbild aus sich heraus ebensowenig, wie sie es 1933 vermochten, sich die stilistische Haltung des NS ad hoc einzuverleiben, die Autor Friedrich Burgdorfer als antimodern beschreibt. Doch stilistischen Opportunismus verwechselt man heute wie einst gern mit Authentizität. Die NS-Staatskunst war von Anfang an auf Größe und Wirkmächtigkeit angelegt. Wie Max Klinger versuchten die vom Staat protegierten Künstler, Sujets der Kunstgeschichte zu aktualisieren, am liebsten der Antike. Doch selbst der nicht zivilreligiös Eingestellte sieht ein: Das »Urteil des Paris« (Ivo Salinger) mit drei nackten BDM-Damen und einem Bauern ist unendlich bemüht. Haltlos schlittert so etwas den Kitsch-Hang hinab, sei es, daß für »Alltagsszenen« der Biedermeier Pate steht, sei es, daß Aktmotive durchweg plumpdralle Mädel »nach dem Bade« zeigen, die entweder dümmlich ins Nichts hinein sinnieren oder als passive, kindliche Wesen ohne Libido und eigenen Willen erscheinen, sei es, daß ein gottgleicher Hitler im Harnisch daherreitet. Friedrich Burgdorfer glaubt, die beste Antithese zur heutigen 200-Prozent-Ablehnung dieser Jahre und somit auch deren Kunst, sei eine Feier derselben. Wenig subtil stellt er dem Ganzen also ein Hitlerzitat voran. Die Begleittexte vermitteln oft den Eindruck, der Kalender zeige noch 1933.
In der Einleitung zum zweiten Band wird versucht, die Ausstellungsreihe »Entartete Kunst« ins »richtige« Licht zu rücken. Burgdorfer ist besessen von der Idee, der NS-Kunst eine weltgeschichtliche Rolle zu erstreiten. Leider übersieht er so den eigentlichen Schatz seines Kompendiums, dessen umfangreiche Recherchearbeit ausdrücklich zu loben ist! Dieser Schatz wäre tatsächlich eine kunstgeschichtliche Vertiefung wert: Die Kunst dieser Jahre wird dort bemerkenswert und authentisch, wo sie nichts vorspielt, sondern wo sie festhält, was typisch für die Zeit war.
Es sind die Bilder der unzerbombten Städte vor der Zeitgrenze 1945, aber vor allem die der Menschen, der verschwundenen Phänotypen. Sepp Hilz' »Bauernbraut« steht stellvertretend für seinen in sich geschlossenen Themenkreis unverfälscht ländlichen Lebens. Max von Poosch-Gablenz gibt Lichtstimmungen gleich einem Max Liebermann wieder und hinterläßt ebensoviel Eindruck wie der an Dürer geschulte Adolf Wissel mit seinen klaren und ehrlichen Portraits. Beide verschreiben sich Szenen bäuerlichen Alltags, ohne durch die Hintertüre Berge weltanschaulichen Ballasts mitzuschleppen. Der Maler Udo Wendel wagt in seinem feinsinnigen Meisterwerk »Die Kunstzeitschrift« eine für ihn gefährliche Sezession: Stilistisch unverkennbar auf Otto Dix bezogen, kritisiert er die gesellschaftlichen Zustände, vor allem die lebensferne Spießbürgerlichkeit. Leider verschwinden diese heute allesamt vergessenen und verbrämten Talente bei Burgdorfer unter einem Wust von Hakenkreuzen, Hitlerzitaten und Übermenschen. Auch damit wird man die Historisierung der zwölf Jahre weiterhin erfolgreich verhindern.

Benjamin Jahn Zschocke

## Spengler ist kein Megatrend

Matthias Horx: *Das Megatrend Prinzip. Wie die Welt von morgen entsteht,* München: DVA 2011. 335 S., 22.99 €

Als sogenannter »Zukunftsforscher« (aber kann denn etwas, das noch gar nicht ist, bereits »erforscht« werden?) will Matthias Horx aufzeigen, wie die Welt von morgen entsteht. Das weckt natürlich Erwartungen, wobei man genau hinhören muß: Nicht, wie die Welt von morgen aussehen wird, will er verraten, sondern wie sie entsteht. Tatsächlich erhebt sich der Journalist, der schon viele Bücher zum gleichen Thema geschrieben hat, nicht zum Propheten. Statt dessen hält er sich an die alte Methode der Wetterprognose: Willst du wissen, wie das Wetter von morgen wird, schau dir das heutige an. Also beschreibt er anhand vieler Statistiken, die bekanntlich alles und nichts beweisen, flankiert von einer Menge Wikipedia-Wissen, den politisch-sozialen Zustand der Gegenwart, um dieses Ergebnis auf die Zukunft hochzurechnen. Das bedeutet, die Zukunft wird nicht viel anders sein als das Heute, nur daß sich die gegenwärtigen Trends noch wirklichkeitsbestimmender durchgesetzt haben werden. Diese Prognose ist nicht sehr originell,

aber geeignet, den Leser ein paar hundert Seiten lang mehr oder weniger klug zu unterhalten, zumal der Autor für eine gelassen-optimistische Sicht in die Zukunft plädiert.
Das Buch ist ein populärwissenschaftlicher Mutmach-Ratgeber, der es versteht, gute Laune zu verbreiten. Und mehr hat Horx auch gar nicht vor, denn seine an sich durchaus interessante Grundthese, daß es sogenannte Megatrends seien, die als Triebfeder aller Entwicklung fungierten, bleibt in ihren Tiefen unerschlossen. »Megatrends sind keine zufälligen Phänomene, die aus irgendwelchen soziokulturellen Launen entstehen und dann wieder verschwinden. Sie sind vielmehr Ausdruck eines übergeordneten evolutionären Prinzips.« – Wie dieses Prinzip nun aber genau funktioniert und welche Auswirkungen es auf das Denken der Menschen hat, ist jedoch nicht die Frage, die Horx als Trendforscher interessiert. Deshalb bleibt ihm auch Spengler völlig fremd, auf den er als Antipoden in der üblichen, blasiert-mißverstehenden Weise anfangs eingeht.
Der Plauderton, die Neigung, als Teil des Bestehenden dieses bloß zu spiegeln, anstatt es in seiner Art zu hinterfragen, sowie das Infotainment, mit dem Horx seine Thesen stützt, verraten vielleicht mehr über die herrschenden Megatrends, als der Inhalt des insgesamt recht seichten Buches selbst.

Frank Lisson

## Pankraz kehrt wieder

Günter Zehm: *An der Kehre. Über die Krisen des Kapitalismus, des Westens und der Demokratie,* Berlin: Edition JF 2012. 240 S., 19.90 €

Seine »Pankraz«-Kolumne, als solche wohl die dauerhafteste Autorenrubrik bundesweit, verfaßt der Philosophieprofessor und Publizist Günter Zehm schon seit Jahrzehnten. Zunächst für die *Welt,* dann für den *Rheinischen Merkur,* seit den 1990er Jahren für die *Junge Freiheit.* Der Leser hat stets den Eindruck, daß diese Beiträge von einem scharfsinnigen Beobachter der Zeit geschrieben sind, der zudem über außerordentliche Kenntnis sowohl der Geistesgeschichte als auch relevanter Gegenwartsliteratur verfügt und daher nicht einfach »ins Blaue« hineinschreibt.
Es ist schon gute Tradition, einige Zeit nach der Erstveröffentlichung eine Sammlung der entsprechenden Texte herauszugeben. Die neueste Edition beschäftigt sich mit dem vielleicht wichtigsten Thema unserer Zeit: der Situation der Krise, die der Verfasser in eine solche des Kapitalismus, des Westens und der Demokratie aufdröselt.
Der erste Bereich läßt bekannte Stichworte Revue passieren, von der Konkursverschleppung Griechenlands bis zu den Nachteilen des Euro. Das zweite Kapitel spricht Klartext zur Immigrationsproblematik. Das wichtigste Problem des Zusammenlebens mit gläubigen Muslimen bestehe darin, daß diese zumeist ihre Religion nicht als Freizeit- und Wochenendbeschäftigung betrachten, sondern als »heiße« (Rüdiger Safranski) Angelegenheit, die das ganze Leben durchdringe. Dieser Unterschied habe signifikante Folgen. Nicht nur in dieser Aussage findet sich ein wohltuender Kontrapunkt zur verbreiteten Verharmlosung dieser Thematik!
Im abschließenden Abschnitt erläutert Zehm, warum die Demokratie im Zeichen von Wikileaks und Internet sich nicht nur auf das »Kreuzchenmachen« verlegen kann. Obwohl auffällig ist, daß der Autor ein wenig die vielleicht nachhaltigste Krise unseres Landes zu kurz kommen läßt, die demographische Katastrophe, sind für ein tiefgründiges Verständnis der Gegenwart auch die neuesten Zehm-Analysen sehr zu empfehlen.

Felix Dirsch

## Soldatenkönig – marginal

Jürgen Kloosterhuis (Hrsg.): *Annäherungen an Friedrich Wilhelm I. Eine Lesestunde im Schloß Königs Wusterhausen,* mit zahlr. Abb., Berlin: Dunker & Humblot. 66 S., 14.80 €

Legendär ist jenes Zittern, das nach und nach den ganzen preußischen Hofstaat in den Stunden nach dem Ableben König Friedrichs I. erfaßte. Es hielt an, bis der Thronfolger nach einer knapp bemessenen Zeit am Totenbett seines in jeder Hinsicht verschwenderischen Vaters nun hinter dessen Schreibtisch trat und sich die Personallisten vorlegen ließ. Mit schwarzer Tinte strich Friedrich Wilhelm I. die Bögen samt und sonders durch, und nur hinter wenige Namen schrieb er auf den Rand die beiden Wörter »kann bleiben«. Bereits diese erste Amtshandlung des späteren Soldatenkönigs gebar also jene Randbemerkungen, die als »Marginal-Dekrete« zu einem eigenen Forschungsgegenstand der preußischen Geschichte geworden sind. Bearbeitet durch Jürgen Kloosterhuis, Leiter des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, ist nun ein schmales Heft erschienen, das eine Annäherung an Friedrich Wilhelm I. just über diese Marginalien sucht. Das Bändchen ist das Ergebnis einer »Lesestunde im Schloß Königs Wusterhausen« und bietet neben den erwähnten Marginal-Kommentierungen auch Textstellen aus Jochen Kleppers überragendem Roman *Der Vater,* aus Leopold von Rankes *Zwölf Bücher preußischer Geschichte,* Reinhold Schneiders *Die Hohenzollern. Tragik und Königtum* sowie aus Carl Hinrichs *Friedrich Wilhelm I. König in Preußen.*
Wer den Vater hinter Friedrich dem Großen in seiner verdichteten, urtümlichen Art kennenlernen will, kann mit diesen Seiten beginnen. Die

»Marginal-Dekrete« belegen bei aller Lakonie nämlich vor allem ein gutes Gedächtnis, detaillierte Sachkenntnis, Entschiedenheit und jene Wachheit, die nur an den Tag legt, wer eine große Sache zu seiner eigenen gemacht hat. Friedrich Wilhelm I. urteilte in der Einsicht, daß in Regierungsfragen der meiste »Quark nicht das Papier wert sei« – weshalb er sich sparsam auf den Rand beschränkte.

Götz Kubitschek

## Gemischte Munition gegen Genderwahn

Manfred Spreng/Harald Seubert: *Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie,* hrsg. von Andreas Späth, Ansbach: Logos Editions 2012. 168 S., 11.80 €

Mächtig viel Stoff für ein schmales Büchlein! Schon der Titel trägt schwer: Lucas Cranachs Adam und Eva vor dem umschlängelten Baum der Erkenntnis haben hier farblich markierte Gehirne verpaßt bekommen; vor dem pinkfarbenen Hirn die verbotene Frucht. Um nichts weniger als die »Vergewaltigung der menschlichen Identität« geht es den beiden Autoren und dem Herausgeber Andreas Späth, der »anstelle eines Vorworts« eine einleitende Übersicht über den »Gesinnungsterror« des *Gender-Mainstreaming* (GM) verfaßt hat. Ziel des in seinen Beiträgen äußerst heterogenen Bandes (als Klammer dient die christliche Weltsicht) ist es, »mit den Mitteln der Wissenschaft« herauszustellen, daß die Geschlechtsunterschiede einebnende *Gender*-Ideologie sowohl naturwissenschaftlich als auch geistesgeschichtlich unhaltbar sei. Manfred Spreng liefert einige grobe, dennoch nicht immer eingängige Grafiken, die unter anderem erläutern sollen, warum die »subkortikale Region Amygdala und der Nucleus arcuatus« dafür sorgen, daß Männer mehr trinken: »Frauen benötigen bis zu 30 Prozent weniger Flüssigkeit!« Da Spreng auch in der Lärmwirkungsforschung tätig war, kann er darlegen, warum Frauen und Männer Lärmbelästigungssituationen unterschiedlich empfinden. Ob er damit den Postulaten und sogenannten Erkenntnissen der *Gender-Studies* einen argumentativen Brocken entgegenstellt oder nur ähnlich hermetisch verfährt, bleibt fraglich. Wer Späths leicht zustimmungsfähigen Beitrag mit Gewinn liest und von Sprengs Argumenten beeindruckt wird, mag bei Harald Seuberts weitführenden Einlassungen ins Stolpern geraten – und *vice versa*. Wer vermag die Bedeutung einer »pascalschen Wette« nachvollziehen, die die Mystikerin Simone Weil einging, wem sagt – ohne nachzuschlagen – der kaum ausgeführte Verweis auf Luce Irigaray etwas?
Wer sich hingegen in aller Ruhe (und möglichst verortet in einer Bibliothek) einläßt auf die GM-Kritik und den auch sprachlich herausfordernden Gedankenstrom des Philosophieprofessors, der zieht großen Gewinn aus der Lektüre. Nicht zuletzt, weil er mit Edith Stein und Simone Weil zwei großartige christliche Philosophinnen zu Wort kommen läßt, die sich mit dem Phänomen der Geschlechterdifferenz existentiell und frei von jeder geistigen Enge auseinandergesetzt haben. Weils sozialphilosophisches Denken umschritt die Frage nach gültiger Herrschaft und gerechtem Dienst. Einen »Albtraum« stellte für die in jeder Hinsicht grenzgängerische Gottsucherin die Vorstellung von Gehorsam einem Menschen gegenüber dar, »dessen Autorität nicht von Legitimität verklärt« sei: »Die wahre Hierarchie bewirkt, daß jeder sich an dem Platz, den er einnimmt, auch seelisch einrichtet.« Hätte man dieses Buch durch Redaktion und Lektorat trefflich eingerichtet, es hätte eine wahre Fundgrube sein können!




Ellen Kositza

## Noch gibt es sie

Andreas Vonderach: *Die deutschen Regionalcharaktere. Psychologie und Geschichte,* mit zahlr. sw-Abb. und Karten, Husum: Husum 2012. 204 S., 19.95 €

Das Thema dieses Buches wird – jenseits des akademischen Bereichs – nur noch für kurze Zeit von allgemeinerem Interesse sein. Die Ursache dafür liegt in einem Prozeß, den man höflich als Ethnomorphose bezeichnen könnte. Dieser dürfte aufgrund des demographischen Zusammenbruchs der deutschen Bevölkerung, der Zuwanderung Fremder und der wachsenden Mobilität einen Zustand erzeugen, in dem das, was der Anthropologe Andreas Vonderach hier »Regionalcharaktere« nennt, kaum noch Bestand haben kann. Denn solche »Regionalcharaktere« oder Stammeseigentümlichkeiten beruhen eben nicht (nur) auf der Prägung eines bestimmten Typus durch Landschaft und Klima, die Lebensweise, Annahme oder Verweigerung bestimmter Sitten und anderer Überlieferungen, sondern auch auf bestimmten biologischen Voraussetzungen. Wer die Schriften von Vonderach kennt, weiß, daß er diesen Sachverhalt weder zu beschweigen noch zu umgehen sucht, sondern hinreichend deutlich macht, daß ein Volk auch deshalb als wirkungsmächtige Realität betrachtet werden muß, weil es mehr ist als das Ergebnis von Kulturprozessen. Gleichzeitig wird man hier durch den Blick auf seine Bausteine – die Stämme – darüber belehrt, welche Vielfalt da zusammengeführt wurde. Manches von dem, was Vonderach im Hinblick auf die Differenzen ausbreitet, entspricht unserem Alltagswissen, etwa die größere Lebhaftigkeit des Bayern oder Rheinländers, die Zurückhal-

tung des Niedersachsen oder Friesen; anderes wird eher überraschen, etwa die deutlich stärkere Tendenz zu sexueller Freizügigkeit im (katholischen) Süden, verglichen mit dem (protestantischen) Norden, oder die flächendeckende, vor allem in Ostdeutschland massierte, Neigung zu Innerlichkeit und Grübelei.

Karlheinz Weißmann

## Aufstand, verlängert

Botho Strauß: *Der Aufstand gegen die sekundäre Welt. Aufsätze,* 3. erweiterte Auflage, München: Hanser 2012. 175 S., 17.90 €

Der Essay »Anschwellender Bocksgesang« gehört zu den mythischen Texten der Neuen Rechten. Wer ihn im Februar 1993 las und in den Monaten danach die Reaktionen, weiß seither, wie es ist, wenn eine Debatte mit offenem Ausgang geführt wird, in der es um nichts weniger geht als um die Frage, ob die Deutungsmacht links bleibe oder rechts werde. Ein dieser Phase vergleichbares Ringen hat es seither nicht wieder gegeben.

Thorsten Hinz schreibt im zweiten Band des *Staatspolitischen Handbuchs* (*Schlüsselwerke,* Schnellroda 2011) über die Sammlung *Aufstand gegen die sekundäre Welt,* daß Botho Strauß mit solchen Texten »Irritationen und Beängstigungen in einer saturierten, doch ihrer selbst nicht sicheren liberalen Gesellschaft« auslöse, und resümiert: »Die Fernwirkung dauert an.« Das allein schon ist Grund genug für jeden, der noch nicht ausgestattet ist, zu der deutlich erweiterten, dritten Auflage der Sammlung zu greifen: Sie enthält nun einmal Schlüsseltexte gegen die »Totalherrschaft der Gegenwart« (Strauß).

Neu aufgenommen sind Texte aus dem vergangenen Jahrzehnt – wichtig der über Spenglers aus dem Nachlaß herausgegebenen persönlichen Aufzeichnungen, die Strauß eben nicht mit Skandalwitterung liest, sondern zu einem Aufruf für ein an Spengler geschultes »abendländisches Wachsein« nutzt, für ein »Denken in groben Zügen«. Und wenn Strauß sich den 81. Band der Heidegger-Gesamtausgabe vornimmt, weiß man, daß er auf seinem Refugium in Brandenburg tatsächlich sich ohne Blick auf die journalistische Verwertbarkeit an einem Feuer wärmt, »das einen Haufen zeitgeschichteten Müll verbrennt«.

Götz Kubitschek

## Konziliare Revolution

Roberto de Mattei: *Das Zweite Vatikanische Konzil. Eine bislang ungeschriebene Geschichte,* Ruppichteroth: Canisius Werk 2011. 667 S., 35,90 €

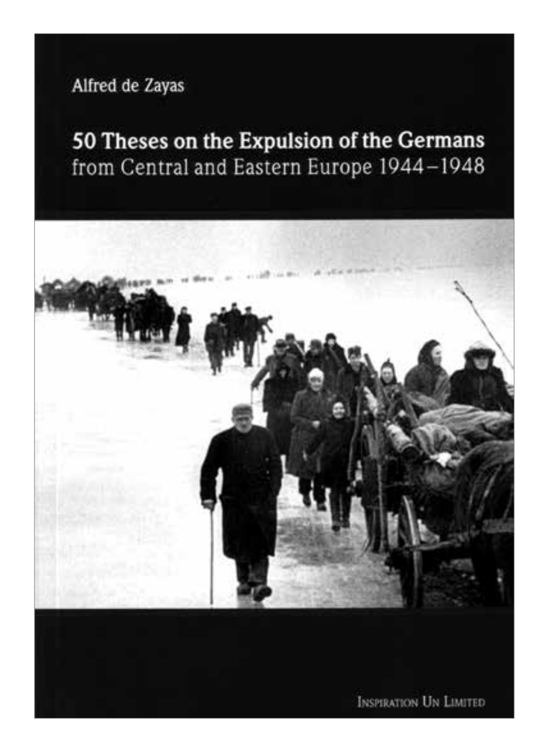
Das Zweite Vatikanische Konzil war das bedeutendste Ereignis in der Geschichte der katholischen Kirche des 20. Jahrhunderts. Es intendierte die »Heutigwerdung« der Kirche, das Aggiornamento. Die Kluft von alltäglicher Lebenswelt einerseits und der »Existenz des Christen« (Romano Guardini) sollte, wenn nicht überwunden, so doch deutlich verringert werden. Wie sind die Folgen dieser Versammlung höherer Kirchenvertreter zu bewerten? Progressive Interpreten erkennen Anzeichen einer »Hermeneutik des Bruches« im Vergleich zur Vergangenheit, ebenso ihre traditionalistischen Kritiker. Freilich sind die jeweiligen Beurteilungen unterschiedlich. Eine davon gänzlich verschiedene Sicht vertritt der gegenwärtige Papst. Benedikt XVI. bevorzugt eine »Hermeneutik der Reform«, ja der Kontinuität. Auch wenn das gleichgebliebene Subjekt Kirche nach außen hin seine Gestalt gewandelt habe, die Lehrauffassung sei indessen bewahrt worden. Welche Deutung ist nun die adäquate? Mit Roberto de Mattei hat sich ein Geschichtswissenschaftler und ehemaliger Berater der italienischen Regierung der Materie angenommen. Seine detaillierte Studie hat den renommierten Historiker-Preis »Premio Acqui Storia« erhalten. Der Autor zeichnet die theologisch-kirchenpolitischen Veränderungen bereits der 1950er Jahre nach, etwa den »Neomodernismus« unter dem Pontifikat Pius' XII., und schildert die Umstände der Konzils-Einberufung, die nicht von der Persönlichkeit Johannes XXIII. zu trennen sind. Des weiteren belegt die Arbeit wissenschaftlich akribisch, was in Teilen der kirchenpolitischen Literatur ohnehin kaum strittig war und etwa in der wichtigen Schrift von Pater Ralph M. Wiltgen (*Der Rhein fließt in den Tiber*) vertreten wird: die »fortschrittlichen« Einflüsse der Achse der Bischöfe aus dem deutsch- und französischsprachigen Bereich (Frings, König, Suenens und so weiter) und deren theologischer Berater (Rahner, Küng, Congar und andere). Dieser Fraktion, die sich letztlich durchsetzte und die in besonderer Weise die »Epoche der konziliaren Revolution« (de Mattei) repräsentierte, stand eine konservativ-kuriale Gruppierung gegenüber, die bedeutende Kardinäle wie Ottaviani, Siri und Ruffini umfaßte. Papst Paul VI. neigte eindeutig den Neuerern zu.

Alle vier Sitzungsperioden werden minutiös beschrieben. Besonders studierenswert ist das Kapitel über die »Konzilsepoche« (1965–1978). Selbst einige Etappen der Konzilsrezeption werden dargestellt, zudem eine Episode aus der Profangeschichte (»Der italienische Weg zum Kommunismus«). Die Kulturrevolution zeigte sich nicht nur im kirchlichen Leben, sondern auf allen sozialen Sektoren. Nach der Lektüre wagt der Leser es nicht mehr, die »Hermeneutik des Bruches« ernsthaft zu hinterfragen. Unstrittig ist: De Matteis Monographie stellt einen Meilenstein in der umfangreichen Literatur zu diesem Thema dar.

Felix Dirsch

## Vertreibung ist keine Bagatelle

Der amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas war hoher UNO-Beamter und Chef der Petitionsabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Genf. Er wirkte unter anderem in den UN-Ausschüssen gegen Folter und gegen Rassendiskriminierung mit; heute ist er UNO-Sonderberichtserstatter und Professor an der Geneva School of Diplomacy. Er sitzt im Beirat des Zentrums gegen Vertreibungen und zählte zu den Unterzeichnern des skandalträchtigen »Appel de Blois« (*Sezession* 27/2008). In den siebziger Jahren war de Zayas nach Göttingen gekommen, wo er in Geschichte promoviert wurde. Seine Promotionsarbeit, *Nemesis at Potsdam* (1977), gilt als Standardwerk zu den Vertreibungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die deutsche Übersetzung erfuhr 14 Auflagen. 2008 veröffentlichte er in so pointierter wie grundlegender Form seine *50 Thesen zu Vertreibung*. Hierin präsentierte er 17 historische und 18 völkerrechtliche Thesen, die gewisse Schlußfolgerungen zwangsläufig nach sich ziehen. De Zayas betrachtet die Vertreibung der Deutschen nicht nur historisch in ihren umfassenden Zusammenhängen (Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Ribbentrop-Molotow-Pakt, Generalplan Ost), sondern vor allem in ihrer menschenrechtlichen Dimension.




Für de Zayas ist der Zweite Weltkrieg zwar der Anlaß, nicht aber die Ursache der Vertreibung gewesen. Seine Thesen beziehen vehement Stellung gegen die Bagatellisierung der Vertreibung, gegen Aufrechnungen, gegen Kollektivschuld, gegen die Täter/Opfer-Dichotomie. Weil dergleichen historisch gerecht, aber nicht unbedingt zeitgeistig korrekt ist, kam es im vergangenen Jahr zu einem kleinen Sturm im Wasserglas, als das hessische Sozialministerium seine Broschüre in einigen hundert Exemplaren unter anderem an Abendschulen und Studienseminare verteilte.

Das geschah in kluger Absicht: Die Broschüre ist auch eine in didaktischer Hinsicht hervorragende Zusammenstellung, die sich für Schulunterricht und Erwachsenenbildung bestens eignet. Soeben ist das formidable Büchlein im gleichen Verlag auch in englischer Sprache (*50 Theses on the Expulsion of the Germans from Central and Eastern Europe 1944–1948*, Berlin/London: Verlag Inspiration Un Ltd. 2012, 72 S., 8 €) erschienen.

## Exklusionen, überall

Neben der medizinischen Wissenschaft spricht auch die Gemeinschaftskunde gelegentlich von »Syndromen«. Hier wie dort werden bestimmte Krankheitszeichen unter dem Deckel eines Begriffs zusammengeführt. Seit Jahren geht die Rede vom GMF-Syndrom, im wesentlichen hat der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer es entdeckt. Drei seiner Schüler legen nun dar, welche Ausprägungen dieses Syndrom der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« haben kann. Darunter fallen weitverbreitete feindselige und diskriminierende Einstellungen gegenüber zwölf gesellschaftlichen Gruppen. Heitmeyers Schüler vermeiden es, von »Obdachlosen«, »Fremden« etc. zu reden, im Vordergrund steht das Menschsein der Betroffenen. Also geht es um »abwertende« Einstellungen gegenüber »Menschen, die Asyl suchen«, »Menschen mit einem anderen Geschlecht« oder »Menschen mit religiösen Überzeugungen wie das Judentum oder den Islam« (sic!). Stilprobe der vorliegenden Erörterung über das »empirisch geprüfte GMF-Syndrom«: »Im Einklang mit der funktionalistischen Beschreibung von Vorurteilen als Stabilisatoren sozialer Ungleichheit konnten wir empirisch zeigen, daß die Befürwortung von Leistungs- und Erfolgsprinzipien, die als spezifische Gerechtigkeitsprinzipien einer fundamentalen Legitimation sozialer Ungleichheit dienen, signifikant mit einer Menschenfeindlichkeit gegen gegenwärtig statusniedrige Gruppen zusammenhängt.«

Wem dieser Tobak nicht stark genug ist, der darf bei Anatol Stefanowitsch über »Sprache und Ungleichheit« weiterlesen. Stefanowitsch beklagt, daß das diskriminierende Potential scheinbar neutraler Unterscheidungen oft bestritten werde. Wer naiv von Mann und Frau, von schwarzen und weißen Menschen spreche, gebrauche »relativ substanzlose Kategorisierungen«. Es sei

»a priori kaum vorstellbar, in welchem Zusammenhang Hautfarbe (als folge Hautpigmentierung klar abgrenzbaren Stufen!) oder Geschlecht von so fundamentaler Bedeutung sein sollte«, daß man »Menschen nach diesen Eigenschaften einteile«! Was heißt hier »Frau«?: »Außer einer Tradition, deren Ursprünge sich nicht nachvollziehen lassen, gibt es keinen besonderen Grund, den Aspekt ›äußerliche Geschlechtsmerkmale bei Geburt‹ anderen Aspekten vorzuziehen!« Was wäre denn mit Personen mit »abweichenden Geschlechtschromsomen«? Mit Leuten »nach einer Geschlechtsumwandlung?« Hm?

Die leidige altbackene Geschlechterordnung kann man umgehen, folgt man den Vorschlägen des Autors: »Regierungsteil« statt Minister oder Ministerin, »Backkraft« statt Bäcker/Bäckerin.

Nana Adusei-Poku widmet sich dem modischen Phänomen der Intersektionalität, das heißt der Mehrfachdiskriminierung; also jenen Menschen, die nach Rasse, Klasse und Geschlecht abgewertet werden. Nicht zu vergessen die sogenannten Trans*Personen, denen nicht nur Transphobie entgegenschlage, sondern die zusätzlich unter »prekarisierender Diskriminierung«, also Armut und Arbeitslosigkeit litten.

Finden wir all diese Aufsätze (und mehr) in einem randständigen Extremistenblatt? Nein, sie sind in der Ausgabe 16/17 2012 (Titel: »Ungleichheit, Ungleichwertigkeit«) des 64seitigen Heftes *Aus Politik und Zeitgeschichte* abgedruckt; Herausgeberin ist die Bundeszentrale für politische Bildung. Das kostenlos bestellbare Medium (Tel. 069/75 01 42 53; www.bpb.de/apuz) versteht sich nicht als Meinungsäußerung der Zentrale, sondern dient der »Unterrichtung«.

## Verstorben: Jonathan Bowden

Jonathan Bowden gleiche mehr einem Dämon als einem Menschen, schrieb der britische Schriftsteller Alex Kurtagic und mutmaßte: »Wahrscheinlich schläft er in seinen Schuhen, mit Anzug und Krawatte, in einem Sarg, mit offenen Augen.« Geboren am 12. April 1962 im Zeichen des Widders, erschien Bowden seinen Zeitgenossen als eine fleischgewordene Urkraft der Natur, eine »Handgranate in Menschengestalt«. Um so überraschender kam die Nachricht seines frühen Todes am 29. März 2012. Bowden war einer der schillerndsten Köpfe der angelsächsischen »Neuen Rechten«. Seine Stärke lag vor allem im mündlichen Vortrag: Augenzeugen berichten von der elektrisierenden Wirkung, die von dem glühenden Nietzscheaner ausging, der mit seiner notorisch lauten Stimme und physischen Präsenz noch den trägsten Hörer mitriß. Bowdens metapolitisches Schlachtfeld erstreckte sich von Syberberg bis Evola, vom deutschen Stummfilm bis zu amerikanischen Fantasy- und Superhelden-Comics, von Savitri Devi bis zur Frankfurter Schule, von George Orwell bis H. P. Lovecraft, von Max Stirner bis Ernst Jünger, vom sowjetischen Gulag bis zur esoterischen Bedeutung des Kasperletheaters. Kein Wunder, daß seine Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit bei der British National Party nur ein Zwischenspiel blieb. Daneben verfaßte Bowden eine erkleckliche Anzahl bizarrer, kaum lesbarer Romane und Kurzgeschichten, trat als Schauspieler in Experimentalfilmen auf und wirkte als bildender Künstler mit ästhetischen Vorlieben, die für einen Mann der Rechten ungewöhnlich sind: Seine Gemälde und Zeichnungen können es an greller, teuflischer Häßlichkeit durchaus mit den Werken seines Landsmannes Francis Bacon aufnehmen. Interviews und Vorträge Bowdens gibt es auf *Youtube* zu hören und sehen, leider zum überwiegenden Teil in erbärmlicher Aufnahmequalität; diverse Artikel und Podcasts finden sich unter anderem auf den amerikanischen Netzseiten *Alternativeright.com* und *Counter-Currents.com*.

## Glanz & Grauen der NS-Mode

Eminent empfehlenswert ist ein Besuch der Ausstellung »Glanz und Grauen – Mode im ›Dritten Reich‹«, die noch bis zum 27. Januar 2013 im Industriemuseum Cromford/Ratingen präsentiert wird. Bezopft, pausbäckig und wenigstens angedirndelt mag mancher den weiblichen Idealtypus der NS-Zeit wähnen, doch mitnichten: Die komplizierte, sogenannte »Entwarnungsfrisur« (»Alles hoch!«) galt in den frühen Vierzigern als letzter Schrei, und keinesfalls die stämmige Walküre war das Leitbild der gängigen Modezeitschriften, sondern – selbst in dezidierten Parteiblättern –




die ätherische Nymphe, die bis heute die Laufstege dominiert. Zwischen den Frauenschenkeln der Glaube-und-Schönheit-Turnerinnen, die als Titelgrazien anmutig hochgeworfenen Bällen nachschauen, kann man durchgucken, und über die überkommenen Trachtenstile mit ihren figurverhüllenden Schnitten rümpften selbst maßgebliche BDM-Führerinnen die Nase. Daß die Ausstellungsmacher dergleichen nicht als systemim-

manente Ambivalenzen oder gar modischen Freiheitsraum bewerten, sondern als groteske Widersprüche deuten, tut wenig zur Sache, auch nicht, daß sie behaupten, an der Kleidung sei die individuelle Stellung zur Politik ablesbar. Die Vielfalt der Exponate und die hunderterlei Details machen die Schau zu einer wohlsortierten Fundgrube, in der man mit Gewinn stöbert.

Die Ausstellung in der Cromforder Allee 24, 40878 Ratingen ist dienstags bis freitags von 10–17, am Wochenende von 11–18 Uhr geöffnet, Informationen und Buchung von Führungen unter 02234/9921555.

### Deutsch: Bauen, Schützen, Fürchten

»Denken Deutsche anders?« fragt die neue Ausgabe des 2011 gegründeten, zweimonatlich erscheinenden *Philosophie Magazins* auf dem Titel. Immerhin sei der »politische Einfluß der Bundesrepublik so groß wie nie zuvor in der Nachkriegszeit«. Die tautologische Fügung – als hätte es vor dem Nachkrieg eine BRD gegeben – ist dem Umstand geschuldet, daß es sich bei dem reich bebilderten, über weite Strecken auf Kompilationen fußenden Magazin eben nicht




um eine Fachzeitschrift, sondern um ein Medium für philosophisch interessierte Laien handelt. Aufsatzweise sehr lesenswert ist das Heft gleichwohl: Bauen, Schützen, Fürchten wird als »deutscher Dreiklang« ausgemacht, wobei innerhalb des 25seitigen Dossiers die Einlassungen zum »Bauen« unentschieden mager ausfallen. Ja, die deutsche Ingenieurskunst, beflügelt durch mutmaßlich spezifisch deutsche Zutaten wie Systembauwillen, technische Vorstellungskraft, Pedanterie, Ehrgeiz und »Bastelpassion« genieße hohes Ansehen. Aber sei die resultierende Kombination aus Haltbarkeit und Nachhaltigkeit nicht nur ein Mythos, aus einem »frühen PR-Erfolg« und gelungener Selbstdarstellung erwachsen? Letztlich sei jedes Produkt aus Komponenten unterschiedlichster Herkunft zusammengesetzt, und war nicht auch die Sowjetunion »mit gutem Grund« stolz auf ihre Ingenieure? Ebenfalls kritisch, doch fundierter widmet man sich dem Aspekt des »Schützens«, und zwar entlang einer Ortsbegehung des von Rudolf Bahro mitinitiierten ökophilosophischen Beispielprojekts Lebensgut Pommritz. Fein wird die »Krux der deutschen Naturphilosophie-Misere« herausgearbeitet: Der nachkriegsbedingte Bruch mit Werten der Natürlichkeit, den biologischen und »volksseelischen« Appellen habe ein identitätsbefreites »Trauma wie nach einer Amputation« hinterlassen. Lebendiges schützen ohne die Natur unter einer rigiden Moralität zu ersticken, dieses komplizierte Unterfangen gelinge den Deutschen schwer. Hervorragend der Aufsatz der stellvertretenden Chefredakteurin, Svenja Flaßpöhler, zum »Fürchten« als Schlußton des deutschen Dreiklangs. Ist die sprichwörtliche *German Angst* erworben oder ererbt? Müssen wir das fürchterliche Duo aus Erwartungsangst und Gewissenhaftigkeit pathologisieren, als Ausdruck einer Enge, einer Abwehr gegen alles »Uneigentliche«? Nein, es umreißt eine existentielle Tiefe. Das »als unheimlich« Gefürchtete wäre demnach »das Eigene, das Heimische: die deutsche Heimat.« Ebenfalls lesenswert im Heft: ein Interview mit Robert Pfaller über »reaktionäre Genußfeindlichkeit« sowie ein Aufsatz von Susan Neiman gegen den Opferkult: Her mit den Helden!

Das *Philosophie Magazin* umfaßt 100 Seiten und kostet 5.90 €; Philomagazin Verlag, Rodenbergstraße 29, 10439 Berlin; www.philomag.de.

### Kleine Geschichte Schlesiens

Daß unsere Nationalelf durch »Polen« wie Klose und Podolski bereichert wird, ist längst ebenso Gemeingut wie die statistisch relevante Zählweise, wonach Vertriebene unter »Menschen mit Migrationshintergrund« gerechnet werden. Was dürfen wir eigentlich unter der Ortsangabe »Schlesien« verstehen? Der Historiker und Slawist Helmut Neubacher, geboren 1933 in Grottkau/Oberschlesien, hat bereits vor Jahrzehnten die Broschüre *Kleine Geschichte Schlesiens* erarbeitet, die immer wieder rasch vergriffen war und neu aufgelegt werden mußte. Nun ist eine überarbeitete Fassung über die Geschichte (und Gegenwart) des einst reichen Grenz- und Brükkenlandes in der neunten Auflage erschienen. Die knappe, doch profunde Darstellung besticht auch deshalb, weil sie inhaltlich sachgerecht ist und sprachlich poetisch dort, wo es kaum anders geht, etwa bei der Nennung der Nebenflüsse der Oder, die das Land eichenblattähnlich durchädern: »Rechts flossen und fließen ihr zu: Ostrawitza, Olsa, Ruda, Malapane, Stoder, Weide und Bartsch, von links: Oppa, Zinna, Hotzenplotz, Ohle, Lohe …« Man sollte sie kennen, und sei es den Namen nach, die schimmern, als sei dies Land unberührt.

Das 45seitige Büchlein mit Karte, Register und ausführlichem Literaturverzeichnis ist für 2.90 € zu beziehen über den Senfkorn Verlag, Brüderstraße 13, 02826 Görlitz; info@senfkorn-verlag.de.

# Briefe an alle und keinen

**Lieber blutmussfliessen@...,**
um es kurz zu machen: Es wird schwierig mit Ihrem Abonnement. Wir können nicht ausgerechnet für Sie die *Sezession* in ein fensterloses Kuvert stecken und als Absender irgendeine »unverfängliche, möglichst staatliche«(!) Stelle erfinden, damit Sie sich das Heft in Ihr wiederum stattlich finanziertes Beamten-Büro senden lassen können.

Uns drängen sich nachmittäglich nun zwei Fragen auf: 1. Was bitte wäre am Absender »Sezession« eigentlich verfänglich? Noch immer (wir bedauern das!) verbindet doch der überwiegende Teil der Gebildeten und Halbgebildeten mit diesem Wort eine Kunst-Richtung und NICHT das auflagenstärkste neurechte Denker-Magazin, das je in Schnellroda redigiert wurde. 2. Warum wählt jemand wie Sie, der mit vollen Hosen seiner Pension entgegenzittert, ausgerechnet die ePost-Adresse blutmussfliessen@...? Sollen wir einfach mal das fehlende Teilchen auch noch veröffentlichen, damit es richtig spannend wird auf Ihrem Dienst-Rechner?

Fragt,
*Sezession*

**Lieber Herr Wallauf aus D.,**
nein, Ihre Reaktion wundert uns gar nicht! Ausweislich Ihrer fulminanten Bewertungsliste auf der Gebrauchtwarenplattform sind Sie uns doch als »superfix!« und als »hochprofessionelle Partner« bekannt! Und: na klar dürfen Sie die »Transaktion« rückgängig machen! Sie haben das auch sehr hübsch recherchiert, daß Sie Ihren alten Lederschulranzen an einen »rechten Haushalt« übersenden sollten. Richtig ist wohl auch, daß Thilo Sarrazins Buch rund anderthalbmillionenmal verkauft wurde. Falsch hingegen ist, daß es unser »rechter Haushalt« ist, der daran »geschätzt mindestens zehn Millionen Euro« verdient hätte. Richtig wiederum ist Ihre Vermutung, daß wir es nicht wirklich nötig hätten, Gebrauchtwarenartikel wie Ihren Ranzen einzukaufen. Sie dürfen das Teil, das wäre unser Vorschlag, gern an Bedürftige verschenken. Die haben sich vielleicht auch nicht so wegen der zwei Wasserflecken, dem fehlenden Trageriemen und der angerosteten Niete. Also: Halten Sie die Augen weiter auf, beruhigen Sie sich dennoch: Oft ist es viel weniger arg, als man denkt!

Ihre *Sezession*

**Möönsch, Christiane Rösinger,**
nu gucken Sie uns nicht aus allerlei Blättern so verkniffen qualmend entgegen! Gute fuffzich Jahre sind defaitistisch's jetzt? Da geht's doch erst richtig los! Immerhin sind Sie längst dem berüchtigten »Horror Kleinfamilie« entkommen und sangen sich unlängst als Frontfrau der Lassie Singers mit rührenden Liedern (»Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs« oder »Pärchenlüge«) in die Herzen Ihrer Leidensgenossinnen. Und dann ist da auch noch Ihr vielgelobtes Buch *Liebe wird oft überbewertet,* in dem Sie beteuern, daß »gerade Frauen oft total zufriedene Singles« sind, denen halt nur »dieser Status« fehlt, »um den immer so ein Theater gemacht wird.«

Wir fragen uns jetzt, warum Ihnen dieser »Status« nicht einfach egal ist. Ihren »Lieblingszustand: auf der Bühne stehen und dann hinterher mit ein paar Leuten bei Getränken dummes Zeug reden«, will Ihnen wirklich niemand nehmen! Was scheren Sie sich also um Leute, die ihre Kinder als »Ausrede« benutzen, obwohl sie in Wahrheit »zu faul sind zum Ausgehen?« Meine Güte, Frau Rösinger, Sie sind mittlerweile selbst oft »zu faul zum Ausgehen«, aber dann haben Sie gleich »ein richtig schlechtes Gewissen«?

Bitte, beruhigen Sie sich! Sie haben doch bislang immer alles toll auf die Reihe gekriegt! Tochter schläft, ab »in die Disco an der nächsten Ecke.« Geht doch! Lächeln, Frau Rösinger, lächeln!

Ruft herzlich Ihre
*Sezession*

**Nicht nachlassen, liebe GendernautInnen,**
– oder woher rührt Eure Trägheit? Nun gibt es schon diese finanziell interessante »Querschnittsaufgabe« namens *Gender,* und Euch geht die Phantasie aus? Okay, wir finden da, angekündigt für die nächsten Monate, ein paar Anstrengungen, also: Psychotherapie und *Gender,* Musik und *Gender,* Informatik und *Gender,* Rentenreformpolitik und *Gender, Gender*unterschiede in der Orthopädie, Terrorismus und Geschlecht, Geschlecht im postdramatischen Theater; löblicherweise selbst etwas zu *Gender* im Westsaharakonflikt und das Neueste zur Geschlechtergeographie der Schweizer Friedenspolitik.

Aber, Mädels: Da geht noch was! Wo sind die didaktischen Anleitungen zum *gender*gerechten Frühschwimmen, wo jene zum ge*gender*ten Junggesellenabend, wo die Ausarbeitung zu den Spezifika von Schweißbrillen für Monteurinnen? Abgelegene Themen scheinen Euch nicht zu interessieren. Das wäre schade, um nicht zu sagen: dämlich oder vielmehr ein weiterer Beweis, daß das universitäre Patriarchat Euch hübsch unter der Knute hält.

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, denn sie stirbt zuletzt, gell?

Die *Sezession*

Nicht alle Verschwörungstheorien
sind falsch.

(Arbeitshypothese, vielfach überliefert)